



Staats-Anzeiger

FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, den 28. Oktober 1963

Nr. 43

Inhalt:	Seite:	Seite:
Der Hessische Ministerpräsident		
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten	1213	
Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 9. bis 11. 10. 1963	1213	
Der Hessische Minister des Innern		
Anerkennung von Diplomaten-Blattpässen der Republik Mali	1214	
Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Inhaber amtlicher deutscher Pässe durch Liberia	1214	
Der Hessische Minister der Finanzen		
Tarifvertrag über die Eingruppierung der Grubenkontrolleure vom 18. Juli 1963; hier: Ergänzung der Anlage 1a zum BAT	1214	
Reisekosten bei Benutzung eigener Kraftfahrzeuge zu Dienst- reisen	1215	
Durchführung des Fünften Besoldungsänderungsgesetzes vom 4. Juli 1963; hier: Art. 4 Nr. 4 des Gesetzes	1215	
Änderung des Niederlassungsortes und des Wohnsitzes von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren	1216	
Der Hessische Kultusminister		
Behördenbezeichnung	1216	
Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr		
Richtlinien für die Festlegung von Planungsgebieten nach dem Bundesfernstraßengesetz	1217	
Widmung der im Zuge der Landstraße 3288 neugebauten Streck- ken sowie Einziehung von bisherigen Teilstrecken der Landes- straße 3288 in der Gemarkung Weitershausen, Landkreis Marburg	1218	
Anordnung über Gebühren für Leistungen der Eichverwaltung, für die das Gebührenverzeichnis der Eichgebührenordnung — EGO — vom 30. Juni 1959 keine Gebührensatzungen enthält	1218	
		Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesund- heitswesen
		Typenmäßige Zulassung von gußeisernen Niederdruckdampf- kesseln der Bauart Ca 72 D für Koksfeuerung
		Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten
		Wahlvorschläge für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landeszahnärztekammer Hessen
		Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das Land Hessen
		Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
		Flurbereinigung Heuchelheim, Krs. Limburg
		Personalnachrichten
		C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern
		D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen
		H. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohl- fahrt und Gesundheitswesen
		I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten
		Regierungspräsidenten
		WIESBADEN
		Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger
		Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger
		Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger
		Erlöschen einer Bestellung als Schätzer und Sachverständiger
		Bestellung als Schätzer und Sachverständiger
		Buchbesprechungen
		Öffentlicher Anzeiger

1081

Der Hessische Ministerpräsident

Staatliche Anerkennung von Rettungstaten
Die Hessische Rettungsmedaille habe ich verliehen an Frau Hannelore Köhler, wohnhaft in Köln-Merheim.
Wiesbaden, 22. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident
II/6—14c.

Die Hessische Rettungsmedaille habe ich verliehen an Herrn Philip Frank Dyer in London.
Wiesbaden, 22. 8. 1963

Der Hessische Ministerpräsident
II/6—14c.
StAnz. 43/1963, S. 1213

1082

Veröffentlichungen des Hessischen Statistischen Landesamtes in der Zeit vom 28. 9.—11. 10. 1963
Erhältlich durch den Buchhandel oder unmittelbar beim Hessischen Statistischen Landesamt, 62 Wiesbaden, Rheinstraße 35/37.

	Preis DM
Statistische Berichte	
AO/VZ 1961 — 3 Die Privathaushalte nach der Größe sowie die Anstaltshaushalte am 6. 6. 1961	2,—
* C II 1 — m 9/63 (erscheint nur für April bis Dezember) Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland in Hessen Anfang September 1963	—,50
* C II 3 — m 9/63 (erscheint nur für Mai bis Oktober) Ernteberichterstattung über Obst in Hessen im September 1963	—,50
* C III 1 — vj 3/63 Der Schweinebestand am 3. September 1963 in Hessen (Endgültiges Ergebnis)	—,50
* C III 2 — m 8/63 Die Schlachtungen in Hessen im August 1963	—,50
* F I 1 — m 8/63 Das Bauhauptgewerbe in Hessen im August 1963	—,50
* F II 1 — 8/63 Die erteilten Baugenehmigungen in Hessen im August 1963	—,50

* G I 1 — m 8/63 Umsatzentwicklung im Einzelhandel in Hessen im August 1963	—,50	M I 1 — m 8/63 Erzeuger- und Großhandelspreise in Hessen im August 1963	1,—
* H I 1 — m 7/63 Die Straßenverkehrsunfälle in Hessen im Juli 1963 H I 2 — hj 2/63 Bestand an Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeug- anhängern am 1. Juli 1963	—,50	* N I 1 — vj 2/63 Teil I Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Mai 1963 — Teil I: Verdienste und Arbeitszeiten der Industriearbeiter	1,—
* H II 1 — m 8/63 Die Binnenschifffahrt in Hessen im August 1963	1,—	* N I 1 — vj 2/63 Teil II Verdienste und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hessen im Mai 1963 — Teil II: Angestelltenverdienste	1,—
* L I 1 und 2 — j/61 Die hessischen Staats- und Gemeindefinanzen im Rechnungsjahr 1961	5,—	Wiesbaden, 11. 10. 1963	
L I 2 — vj 2/63 Die Gemeindefinanzen in Hessen im 2. Vierteljahr 1963	1,—	Hessisches Statistisches Landesamt Z 2 c 1 Az.: 77a 241/63 StAnz. 43/1963, S. 1213	

1083**Der Hessische Minister des Innern**

An die Ausländerpolizeibehörden

Anerkennung von Diplomaten-Blattpässen der Republik Mali

Die Diplomaten-Blattpässe der Republik Mali enthalten lediglich den Vor- und Zunamen sowie ein Lichtbild des Paßinhabers.

In einem Erlaß an die Grenzschutzdirektion in Koblenz vom 2. Oktober 1963 — VI B 5 — 62 165 A — 1756/62 — hat der Bundesminister des Innern auf Grund des § 4 Satz 1 des Paßgesetzes für Diplomaten-Blattpässe der Republik Mali eine Abweichung von § 43 Abs. 1 der Verwaltungsvorschrift zur Ausführung des Gesetzes über das Paßwesen zugelassen und sie weiterhin als ausreichend für den Grenzübergang und den Aufenthalt im Bundesgebiet anerkannt.

Ich bitte, Diplomaten-Blattpässe der Republik Mali als ausreichend für den Aufenthalt im Bundesgebiet (§ 2 des Paßgesetzes) anzuerkennen, auch wenn sie nur den Vor- und Zunamen sowie ein Lichtbild des Paßinhabers enthalten.

Wiesbaden, 11. 10. 1963

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 43/1963, S. 1214

1084**Aufhebung des Sichtvermerkszwangs für Inhaber amtlicher deutscher Pässe durch Liberia**

Die Regierung Liberias hat den Sichtvermerkszwang für Inhaber amtlicher deutscher Pässe (Diplomaten-, Ministerial- und Dienstpässe) aufgehoben.

Ich bitte, in der Übersicht zu meinem Erlaß vom 6. September 1963 (StAnz. S. 1094) bei Liberia hinter D = SV die Anmerkung einzusetzen:

„Inhaber amtlicher Pässe sind vom Sichtvermerkszwang befreit.“

Wiesbaden, 11. 10. 1963

Der Hessische Minister des Innern
III b — 23 c 02

StAnz. 43/1963, S. 1214

1085**Der Hessische Minister der Finanzen****Tarifvertrag über die Eingruppierung der Grubenkontrolleure vom 18. Juli 1963;**

hier: Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT

Die Bundesrepublik Deutschland, die Tarifgemeinschaft deutscher Länder und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände haben am 18. Juli 1963 mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr und der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft einen Tarifvertrag über die Eingruppierung der Grubenkontrolleure abgeschlossen.

Ich gebe den am 1. Januar 1963 in Kraft getretenen Tarifvertrag nachstehend bekannt. Da im Landesdienst Grubenkontrolleure im Angestelltenverhältnis nicht beschäftigt werden, sehe ich von besonderen Hinweisen ab.

Wiesbaden, 7. 10. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 2102 A — 65 — I 41

StAnz. 43/1963, S. 1214

Tarifvertrag über die Eingruppierung der Grubenkontrolleure vom 18. Juli 1963

Zwischen der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, vertreten durch den Vorsitz des Vorstandes, der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände, vertreten durch den Vorstand, einerseits, und der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr — Hauptvorstand —, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft — Hauptvorstand — andererseits wird folgender Tarifvertrag geschlossen:

§ 1 Ergänzung der Anlage 1 a zum BAT

Die Anlage 1 a zum Bundes-Angestelltentarifvertrag vom 23. Februar 1961 (BAT) wird wie folgt ergänzt:

1. Der Verg.Gr. VI b werden hinzugefügt:
„Grubenkontrolleure“.

2. Der Verg.Gr. V c werden hinzugefügt:

(Grubenkontrolleure, die sich mindestens drei Jahre in dieser Tätigkeit bewährt haben“.

§ 2 Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1963 in Kraft.

Wiesbaden, den 18. Juli 1963

Für die
Bundesrepublik Deutschland:
Der Bundesminister des Innern
in Vertretung
Dr. Schäfer

Für die
Tarifgemeinschaft deutscher Länder:
Der Vorsitz des Vorstandes
G l a h n

Für die
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände:
Der Vorstand
Dr. Klett
Repenning

Für die
Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
— Hauptvorstand —
Raabe
Kluncker

Für die
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
— Hauptvorstand —

Groteguth

Knop

1086

Reisekosten bei Benutzung eigener Kraftfahrzeuge zu Dienstreisen

Es sind Zweifel aufgetreten, wie die Bediensteten mit Fahrkostenentschädigung abzufinden sind, wenn sie bei Dienstreisen anstelle öffentlicher, regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel eigene Kraftfahrzeuge benutzen.

Grundsätzlich ist diese Frage in Nr. 23 und 24 der Ausführungsbestimmungen (AB) zum Reisekostengesetz geregelt. Gemäß Nr. 23 Abs. 1 Satz 1 AB können eigene Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen ohne weiteres benutzt werden, wenn sich die gesamten Kosten der Dienstreise (Reisekostenvergütung) nicht höher stellen als bei Benutzung öffentlicher, regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel. Treffen diese Voraussetzungen zu, bemißt sich die Fahrkostenentschädigung nach Abschn. I Nr. 3 der auf Grund der Nr. 24 AB erlassenen Bestimmungen über die Entschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen. Einer besonderen Benutzungsgenehmigung bedarf es bei diesen Dienstreisen nicht.

Sind die Voraussetzungen der Nr. 23 Abs. 1 Satz 1 AB nicht erfüllt, kommt die Zahlung der Fahrkostenentschädigung nach Maßgabe der vorbezeichneten Bestimmungen nur in Betracht, wenn der Zweck der Dienstreise oder die Umstände des Falles die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges erforderten und die zuständige Stelle die Genehmigung hierzu erteilt hat. Auf die Höhe der Reisekostenvergütung kommt es dabei nicht an. Entscheidend ist allein, daß die vorstehenden und in Nr. 23 Abs. 1 Satz 2 und 3 AB genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Bleibt die dienstliche Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges nicht auf Einzelfälle beschränkt, sondern ist mangels ausreichender Dienstkraftfahrzeuge die Benutzung eines eigenen Kraftfahrzeuges öfter erforderlich, ist Abschn. I Abs. 2 der Bestimmungen über die Entschädigung für die Benutzung eigener Kraftfahrzeuge bei Dienstreisen zu beachten (schriftliche Genehmigung durch den Fachminister).

Liegt keine der in Nr. 23 Abs. 1 AB genannten Voraussetzungen vor, können bei der Durchführung von Dienstreisen mit eigenen Kraftfahrzeugen bestimmungsgemäß nicht höhere Kosten vergütet werden als beim Benutzen öffentlicher, regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel (Nr. 23 Abs. 2 AB). Insoweit verweise ich auf meinen Runderlaß vom 30. Juli 1956 (StAnz. S. 817). In Abs. 4 a. a. O. habe ich mich damit einverstanden erklärt, daß den Kraftfahrzeughaltern zur Ersparung von Verwaltungsarbeit als Fahrkostenentschädigung regelmäßig der Betrag zu zahlen ist, der bei Benutzung öffentlicher, regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel hätte aufgewendet werden müssen.

Hinsichtlich der Bemessung des Tage- und Übernachtungsgeldes bitte ich, in allen Fällen die Bestimmungen der Nr. 27 AB zu beachten.

Wiesbaden, 14. 10. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
H 4220 A — 55 — I 53
StAnz. 43/1963, S. 1215

1087

Durchführung des Fünften Besoldungsänderungsgesetzes vom 4. Juli 1963 (GVBl. I S. 97);

hier: Art. 4 Nr. 4 des Gesetzes
Bezug: Erlaß vom 15. 7. 1963 — P 1500 A — 333 — I 51 — (StAnz. S. 866)

Im Anschluß an den vorbezeichneten Erlaß gebe ich zur Durchführung des § 30 a HBesG i. d. F. des Fünften Besoldungsänderungsgesetzes folgendes bekannt:

I.

Die unwiderrufliche Zulage nach § 30 a Abs. 1 HBesG stellt eine pauschale strukturelle Überleitung der vor dem 1. 4. 1938 in den Ruhestand getretenen Altpensionäre in das am 1. 4. 1957 geltende Besoldungsrecht dar.

Der Anspruch auf Zahlung der Zulage ist gegeben, wenn ein Versorgungsempfänger bei einem unterstellten Verbleiben im aktiven Dienst bis zum Inkrafttreten des HBesG in eine höhere als die seiner bisherigen Besoldungsgruppe entsprechende Besoldungsgruppe überzuleiten gewesen wäre (vgl. § 30a Abs. 1 HBesG). Entsprechend dem Verfahren bei der Durchführung des Dritten Besoldungsänderungsgesetzes vom 17. April 1962 (GVBl. I S. 261) sind daher alle seit der Versetzung in den Ruhestand bis zum 31. 3. 1957 eingetretenen

Änderungen des Besoldungsrechts, die eine höhere Bewertung des zuletzt innegehabten Amtes zur Folge gehabt hätten, zu beachten. Haushaltsrechtlich vorgenommene Umwandlungen von Planstellen bleiben dabei außer Betracht.

Die Höhe der unwiderruflichen Zulage ist abhängig von der Laufbahngruppe, der der Versorgungsempfänger, wenn er aktiver Beamter geblieben wäre, am 1. 4. 1957 angehört hätte.

Nachstehend gebe ich die Beamtengruppen bekannt, die für die Gewährung einer Zulage nach § 30a HBesG im allgemeinen in Frage kommen.

In der Spalte „Beamtengruppe“ sind diejenigen Ämter von Versorgungsempfängern aus dem bis zum 31. 3. 1938 geltenden Besoldungsrecht zusammengefaßt, die bei einem unterstellten Verbleiben im Dienst bis zum Inkrafttreten des HBesG am 1. 4. 1957 strukturell gehoben worden wären. In der Spalte „Laufbahngruppe“ ist die Laufbahngruppe nach dem neuen Besoldungsrecht angegeben, die für die Höhe der Zulage maßgebend ist.

Lfd. Nr.	Beamtengruppe	Laufbahngruppe
1	Beamte der Besoldungsgruppen A 11 und A 12 RBO (1927) und Beamte anderer Besoldungsordnungen mit gleichem oder niedrigerem Endgrundgehalt	einfacher Dienst
2	Beamte des Justizwachtmeisterdienstes	einfacher Dienst
3	Beamte des Polizeivollzugsdienstes mit einer Polizeidienstzeit bis zu drei Jahren	einfacher Dienst
4	Beamte im Strafvollzugsdienst und bei Polizeigefängnissen	einfacher Dienst
5	Gestützwärter, Gestütoberwärter	einfacher Dienst
6	Beamte in Heil- und Pflegeberufen, soweit am 1. 4. 1957 in Besoldungsgruppen des einfachen Dienstes eingestuft	einfacher Dienst
7	Beamte des Feuerwehrdienstes, die in Besoldungsgruppen des einfachen oder mittleren Dienstes eingestuft waren	mittlerer Dienst
8	Gartenmeister	mittlerer Dienst
9	Beamte in Heil- und Pflegeberufen, soweit am 1. 4. 1957 in Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes eingestuft	mittlerer Dienst
10	Beamte des Polizeivollzugsdienstes, soweit am 1. 4. 1957 in Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes eingestuft mit Ausnahme der unter lfd. Nr. 3 aufgeführten Beamten	mittlerer Dienst
11	Beamte des Aufsichtsdienstes im Strafvollzugsdienst	mittlerer Dienst
12	Werkmeister, Oberwerkmeister, Laborwerkmeister, Werkführer, Maschinenmeister, Obermaschinenmeister, Prüfmeister	mittlerer Dienst
13	Forstwarte, Oberforstwarte	mittlerer Dienst
14	Gartenverwalter	mittlerer Dienst
15	Beamte der Besoldungsgruppen A 4 e RBO (1927) oder A 4 c PBO (1927), soweit am 1. 4. 1957 in Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes eingestuft	gehobener Dienst
16	Beamte der Besoldungsgruppen A 4 f RBO (1927) oder A 4 e PBO (1927)	gehobener Dienst
17	Lehrer (Sammelbegriff) und Schulleiter in allgemein- und berufsbildenden Schulen, soweit am 1. 4. 1957 in Besoldungsgruppen des gehobenen Dienstes eingestuft	gehobener Dienst
18	Amtsanwälte und Oberamtsanwälte	gehobener Dienst
19	Schulräte, soweit am 1. 4. 1957 in der Besoldungsgruppe A 13 a eingestuft	höherer Dienst
20	Richter und Staatsanwälte (Sammelbegriff)	höherer Dienst
21	Landwirtschaftsräte als Leiter von Landwirtschaftsschulen	höherer Dienst

Eine Ergänzung der Beamtengruppen bleibt vorbehalten.

Darüber hinaus sind Versorgungsempfänger anspruchsberechtigt, soweit ihr früheres Amt durch die Sonderüberleitung (Anlage III Nr. 2 zum HBesG) eine strukturelle Verbesserung erfahren hat. Stimmt die frühere Amtsbezeichnung mit einer entsprechenden Amtsbezeichnung der Sonderüberleitung nicht überein, so ist die Zulage auch dann zu zahlen, wenn zweifelsfrei festgestellt wird, daß nach der Entwicklung des Besoldungsrechts ein Versorgungsempfänger die sich aus der Sonderüberleitung ergebende neue Amtsbezeichnung beim Verbleiben im Dienst vom 1. 4. 1957 an geführt hätte. Die Zuteilung früherer Ämter zu Besoldungsgruppen des neuen Rechts ergibt sich u. a. auch aus meinem Erlaß vom 31. 10. 1962 — P 1604 A — 684 — I 51 — (nicht veröffentlicht) zur Durchführung des Dritten Besoldungsänderungsgesetzes.

Ich bitte, mir Zweifelsfälle zu berichten und dabei Nr. 1 meines Runderlasses vom 20. 7. 1962 — P 1604 A — 684 — I 51 — (StAnz. S. 1019) sinngemäß anzuwenden.

II.

Im übrigen bitte ich, folgendes zu beachten:

1. Die Versorgungsempfänger erhalten die in § 30 a Abs. 2 für jede Laufbahngruppe festgesetzte Zulage einheitlich neben ihren Versorgungsbezügen ohne Rücksicht darauf, welcher Besoldungsgruppe einer Laufbahngruppe und welcher Stufe der Besoldungsgruppe sie angehört haben und wieviel Hundertteile der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge das Ruhegehalt oder der Unterhaltsbeitrag beträgt. Es handelt sich also nicht um eine Zulage zu den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen, nach denen sich die Versorgungsbezüge bemessen.

2. Witwen erhalten nur dann eine Zulage nach § 30 a HBesG, wenn ihnen Versorgung gewährt wird. Soweit Witwen Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag in Höhe des Witwengeldes erhalten, beträgt die Zulage nach § 30 a Absatz 3 HBesG 60 v. H. der Zulage nach Abs. 2 der Vorschrift. In den Fällen, in denen ein Unterhaltsbeitrag bis zur Höhe des Witwengeldes bewilligt wird, ist die sich aus Satz 2 ergebende Zulage nur in Höhe des Vomhundertsatzes des bewilligten Witwengeldes bzw. Unterhaltsbeitrages zu gewähren. Auf meine Erlasse vom 4. 9. 1957 — P 1607 A — 1187 — I 43 und vom 16. 1. 1958 — P 1607 A — 1187 — I 43 — (StAnz. S. 191) weise ich hin.

3. In § 30 a HBesG ist nicht ausdrücklich bestimmt, daß Waisen eine Zulage erhalten können. Der Gesetzgeber hat aber nur deshalb von einer entsprechenden Bestimmung abgesehen, weil normalerweise nur noch wenige Einzelfälle vorkommen können, insbesondere wenn die Waise infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außerstande ist, sich selbst zu unterhalten. Im Hinblick darauf, daß die Zulage nach Abs. 1 einen Teil des Ruhegehalts des im Ruhestand befindlichen Beamten darstellt, muß zum Waisengeld nach § 142 HBG auch der entsprechende Vomhundertsatz der Zulage gezahlt werden.

Hieraus ergibt sich, daß noch waisengeldberechtigte Waisen folgende Zulagen erhalten:

- a) Halbwaisen — 12 v. H. | der Zulage nach § 30 a
b) Vollwaisen — 20 v. H. | Abs. 2 HBesG.

Hat der Beamte Unfallruhegehalt bezogen und ist er an den Folgen des Dienstunfalles verstorben, so erhalten die Waisen nach § 158 Abs. 1 HBG 30 v. H. der Zulage nach § 30 a Abs. 2 HBesG.

Satz 3 und 4 der Nr. 2 sind entsprechend anzuwenden.

4. Hat einem Versorgungsempfänger bisher nur die Mindestversorgung zugestanden, so wird diese weitergewährt, wenn der erdiente Vomhundertsatz der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge einschließlich der Zulage nach § 30 a HBesG einen niedrigeren Betrag ergibt.

5. Beim Tode eines Versorgungsempfängers, der eine Zulage erhalten hatte, beträgt das Sterbegeld entsprechend § 136 Abs. 3 HBG das Zweifache des Ruhegehalts oder des Unterhaltsbeitrages einschließlich der Zulage nach § 30 a Abs. 2 HBesG.

6. Ist Witwen- und Waisengeld nach § 143 HBG zu kürzen, so tritt die Zulage nicht in voller Höhe zu dem gekürzten Witwen- und Waisengeld hinzu. § 143 HBG ist auch auf die Zulage anzuwenden. Witwen- und Waisengeld dürfen also einschließlich der Zulagen weder einzeln noch zusammen den Betrag des ihrer Berechnung zugrundeliegenden Ruhegehalts, zuzüglich der vollen Zulage nach § 30 a Abs. 2 HBesG, nicht übersteigen.

7. Bei Anwendung der Ruhensvorschriften erhöhen sich die in §§ 172 und 173 HBG genannten Höchstgrenzen um die Zulage nach § 30 a.

Wiesbaden, 10. 10. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
P 1500 A — 333 — I 51
StAnz. 43/1963, S. 1215

1088

Änderung des Niederlassungsortes und des Wohnsitzes von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren

(Bekanntgabe gem. § 5 Abs. 2 der Berufsordnung der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure vom 20. 1. 1938 — RGBl. I S. 40)

Bezug: Liste der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure (StAnz. 1963 S. 278)

Lfd. Nr. der Zulassung	Name, Vorname	a) neuer Wohnort, Straße b) neuer Niederlassungsort, Straße
43	P f a u t z, Reinhard	b) Kassel, Blücherstraße 13

Wiesbaden, 9. 10. 1963

Der Hessische Minister der Finanzen
K 2700 B — 96 — VI 1
StAnz. 43/1963, S. 1216

1089

Der Hessische Kultusminister

Behördenbezeichnung

Bezug: Erlaß vom 14. 8. 1963 — II 2 —

$\frac{450/40}{451/18}$ — 16.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1963 erhalten die nachstehenden Behörden meines Geschäftsbereichs folgende Behördenbezeichnung:

Hessisches Hauptstaatsarchiv	Wiesbaden
Hessisches Staatsarchiv	Marburg
Hessische Landesbibliothek	Wiesbaden
Hessische Landesbibliothek	Fulda.

Diese Bezeichnung ist ab 1. 10. 1963 auch in dem von diesen Behörden geführten Kleinen Landessiegel (VO über die Landessiegel vom 29. 3. 1949 — GVBl. S. 38) zu verwenden.

Dieser Erlaß wird im Amtsblatt veröffentlicht.

Wiesbaden, 25. 9. 1963

Der Hessische Kultusminister

Z 1 — 000 — 99

StAnz. 43/1963, S. 1216

1090

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

Richtlinien für die Festlegung von Planungsgebieten nach dem Bundesfernstraßengesetz

Nach § 9a Abs. 3 Bundesfernstraßengesetz können zur Sicherung der Planung neuer Bundesfernstraßen Planungsgebiete festgelegt werden. Durch diese Bestimmung soll erreicht werden, daß das Gelände, in dem neue Bundesfernstraßen geplant werden, schon vor der Einleitung des die endgültigen Planunterlagen voraussetzenden Planfeststellungsverfahrens vor nachteiligen Veränderungen im Sinne des § 9a Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz geschützt wird.

Damit die Durchführung der Verfahren für die Festlegung von Planungsgebieten einheitlich erfolgt, bitte ich, die nachfolgenden Richtlinien anzuwenden.

Die Anzahl der vorzulegenden Ausfertigungen der Planunterlagen ergibt sich aus der Anzahl der betroffenen Gemeinden und der Anzahl der Landkreise bzw. kreisfreien Städte, in die das Planungsgebiet fällt. Drei zusätzliche Ausfertigungen bitte ich für meine Akten beizulegen.

Wiesbaden, 27. 9. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 2 — Az.: 61 p

StAnz. 43/1963, S. 1217

Richtlinien für die Festlegung von Planungsgebieten nach dem Bundesfernstraßengesetz**1. Zweck der Festlegung**

Die Festlegung von Planungsgebieten hat den Zweck, die Planung neuer Bundesfernstraßen zu sichern (§ 9 a Abs. 3 Satz 1*). Während die Beschränkungen nach § 9 Abs. 1 und 2 in Verbindung mit Abs. 4 und die Veränderungssperre nach § 9 a Abs. 1 vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren an (§ 18 Abs. 2) gelten, schützt die Festlegung von Planungsgebieten schon vor Einleitung des Planfeststellungsverfahrens das Gelände, in dem neue Bundesfernstraßen geplant werden, vor nachteiligen Veränderungen im Sinne des § 9 a Abs. 1.

2. Sachliche Voraussetzungen für die Festlegung

a) Die Festlegung eines Planungsgebietes kommt nur bei der Planung neuer Bundesfernstraßen in Betracht. Die Planung einer neuen Bundesfernstraße ist nicht nur dann gegeben, wenn eine neue Verbindung durch eine Bundesfernstraße geschaffen oder eine Ortsumgehung gebaut werden soll, sondern auch dann, wenn die Linienführung einer Bundesfernstraße geändert werden soll und die bisherige Trasse als öffentliche Straße bestehen bleibt.

b) Es müssen bereits planerische Vorarbeiten für die neue Bundesfernstraße bestehen. Es ist nicht notwendig, daß das Verfahren nach § 16 stattgefunden hat.

c) Die Festlegung von Planungsgebieten steht im pflichtgemäßen Ermessen der Straßenbauverwaltung. Sie ist im Regelfall nur dann erforderlich, wenn die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens nicht abgewartet werden kann, weil vorher mit nachteiligen Veränderungen im Sinne des § 9 a Abs. 1 zu rechnen ist.

d) Ein Planungsgebiet soll nur dann festgelegt werden, wenn zu erwarten ist, daß mit der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren innerhalb von zwei Jahren begonnen wird (vgl. § 9 a Abs. 3 Satz 3).

3. Umfang des Planungsgebietes

Das Planungsgebiet ist in dem Umfang festzulegen, als es zur Sicherung der Planung für die neue Bundesfernstraße erforderlich ist. Steht die Linienführung der geplanten neuen Bundesfernstraße noch nicht fest, so wird ein größeres Planungsgebiet festzulegen sein, das z. B. mehrere zur Wahl stehende Linienführungen berücksichtigt. Liegen die zur Wahl stehenden Linienführungen weiter auseinander, so kann es angezeigt sein, für jede Linienführung ein eigenes Planungsgebiet festzulegen, damit das Planungsgebiet im Interesse der Betroffenen nicht zu groß wird.

4. Verhältnis zu Planungen und Veränderungssperren nach anderen gesetzlichen Bestimmungen

Die überörtliche Fachplanung für die Bundesfernstraßen geht den örtlichen Planungen vor (vgl. § 38 BBauG). Die Festlegung eines Planungsgebietes nach dem FStrG hat daher

*) §§ ohne Gesetzesangabe sind die des FStrG.

den Vorrang vor einem Flächennutzungsplan oder einem Bebauungsplan im Sinne des Ersten Teils des BBauG oder einer Veränderungssperre nach § 14 BBauG. Ein Planungsgebiet kann also z. B. auch dann festgelegt werden, wenn die betroffenen Flächen in einem Bebauungsplan bereits als Baugebiet ausgewiesen sind. Wird für Flächen, für die eine Veränderungssperre nach dem BBauG besteht, ein Planungsgebiet nach dem FStrG festgelegt, so treten die weitergehenden Rechtsfolgen nach § 9 a Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 ein (vgl. Nr. 11 Buchstabe a).

5. Vorbereitung der Festlegung

Das Straßenbauamt, Straßenneubauamt oder Autobahnamt hat die Festlegung eines Planungsgebietes vorzubereiten. Hierzu hat es den vorgesehenen Umfang des Planungsgebietes entsprechend der in Aussicht genommenen Linienführung der neuen Bundesfernstraße zeichnerisch darzustellen und die Notwendigkeit der Festlegung des Planungsgebietes zu begründen.

6. Zuständigkeit

a) Zuständig für die Festlegung eines Planungsgebietes ist der Minister für Wirtschaft und Verkehr (§ 9 a Abs. 3 Satz 1).

b) Vor der Festlegung eines Planungsgebietes hört die nach Buchstabe a) zuständige Behörde die Landesplanungsbehörde, das ist der Hessische Minister des Innern (§ 9 a Abs. 3 Satz 1). Entsprechend dem Zweck der Festlegung eines Planungsgebietes (vgl. Nr. 1) können bei der Anhörung nur Bedenken gegen die Festlegung als solche berücksichtigt werden. Bedenken gegen die geplante Linienführung sind dem Verfahren nach § 16 vorzubehalten.

7. Rechtsnatur und Inhalt der Festlegung

Die Festlegung ist ein Verwaltungsakt. Die Bestimmung der Grenzen des Planungsgebietes kann je nach Lage des Falles vereinfacht werden. Soll die Festlegung eines Planungsgebietes in einem Gebiet erfolgen, in dem eine Vielzahl von Betroffenen auftritt, so sind die Grenzen in Karten oder Plänen Maßstab 1:500, 1:1000, 1:2000 oder 1:5000 darzustellen. In den übrigen Fällen, z. B. bei der Festlegung von Planungsgebieten in zusammenhängenden Waldflächen, kann die Eintragung der Grenzen in Karten im Maßstab 1:10 000 (Meßtischblattvergrößerung) erfolgen.

8. Rechtsmittel

Gegen die Festlegung des Planungsgebietes ist der Rechtsbehelf der Anfechtungsklage gegeben. Gegen die Festlegung kann nicht geltend gemacht werden, der Betroffene werde durch den späteren Bau der Bundesfernstraße beschwert, da die Festlegung nur die Beschränkungen nach § 9 a Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 bewirkt (vgl. Nr. 11), über den Bau der Bundesfernstraße in ihrer endgültigen Linienführung durch die Festlegung aber nicht entschieden wird.

9. Bekanntmachung

Die Festlegung ist nach § 9 a Abs. 4 in den Gemeinden, auf die sich die Festlegung erstreckt, ortsüblich bekanntzumachen. Ferner ist eine Karte, in der das Planungsgebiet kenntlich gemacht ist, in den Gemeinden während der Geltungsdauer der Festlegung (vgl. Nr. 10) zur Einsicht auszuliegen.

Die zuständigen Baugenehmigungsbehörden sind von der Festlegung zu unterrichten.

10. Beginn und Ende der Festlegung

Die Festlegung wird im Zeitpunkt der Bekanntmachung in den einzelnen Gemeinden wirksam. Sie darf auf höchstens zwei Jahre befristet werden und kann über diesen Zeitraum hinaus nicht verlängert werden (§ 9 a Abs. 3 Satz 3). War sie zunächst auf einen kürzeren Zeitraum befristet, so kann sie bis zur Erreichung der Zweijahresfrist ausgedehnt werden.

Die Festlegung tritt mit Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren (§ 18 Abs. 2) außer Kraft (§ 9 a Abs. 3 Satz 4), spätestens jedoch nach Ablauf der in der Anordnung vorgesehenen Frist. Einer besonderen Aufhebung bedarf es nicht.

11. Rechtsfolgen der Festlegung

a) Vom Beginn der Festlegung an (Nr. 10) dürfen auf den vom Planungsgebiet betroffenen Flächen wesentlich wert-

steigernde oder den geplanten Straßenbau erheblich erschwere Veränderungen nicht vorgenommen werden (§ 9 a Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1). Unter dieses Verbot können z. B. fallen: Die Errichtung von Gebäuden, die Anlage einer Kiesgrube, die Anlage einer Obstkultur.

Veränderungen die in rechtlich zulässiger Weise vor dem Inkrafttreten der Festlegung begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung, werden von dem Verbot nicht berührt (§ 9 a Abs. 3 Satz 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 2). So darf z. B. der vor der Festlegung baurechtlich genehmigte und bereits begonnene Bau eines Hauses nach Inkrafttreten der Festlegung weitergeführt werden. Ist der Bau vor Inkrafttreten der Festlegung baurechtlich genehmigt, aber noch nicht begonnen, so ist seine Ausführung im Unterschied zur Veränderungssperre nach § 14 BBauG untersagt.

b) Wegen der mit der Festlegung verbundenen Beschränkungen wird keine Entschädigung gewährt, da bei der Zeitdauer von zwei Jahren sich die Beschränkungen im Rahmen der verfassungsrechtlich zulässigen gesetzlichen Bindungen des Eigentums (Art. 14 GG) halten.

12. Zulassung von Ausnahmen

Der Minister für Wirtschaft und Verkehr kann nach § 9 a Abs. 5 Ausnahmen von den Beschränkungen des § 9 a Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 1 zulassen, wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegenstehen.

1091

Widmung der im Zuge der Landesstraße 3288 neugebauten Strecken sowie Einziehung von bisherigen Teilstrecken der Landesstraße 3288 in der Gemarkung Weitershausen, Landkreis Marburg, Reg.-Bez. Kassel

1. Die im Zuge der Landesstraße 3288 in der Gemarkung Weitershausen, Landkreis Marburg, Reg.-Bez. Kassel, neugebauten Strecken von km 10,283 neu = alt bis km 10,340 neu (= km 10,343 alt) = 57 m, von km 10,346 neu (= km 10,353 alt) bis km 10,390 neu (= km 10,408 alt) = 44 m, von km 10,396 neu (= km 10,418 alt) bis km 10,504 neu (= km 10,534 alt) = 108 m, von km 10,510 neu (= km 10,544 alt) bis km 10,710 neu (= km 10,766 alt) = 200 m, insgesamt = 409 m, werden mit Wirkung vom 1. 11. 1963 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437 —).

Die gewidmeten Strecken gehören zur Gruppe der Landesstraßen und werden als Teilstrecken der Landesstraße 3288 in das Verzeichnis der Landesstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 3 HStrG).

2. Die Teilstrecken der bisherigen Landesstraße 3288 von km 10,283 alt = neu bis km 10,343 alt (= km 10,340 neu) = 60 m, von km 10,353 alt (= km 10,346 neu) bis km 10,408

alt (= km 10,390 neu) = 55 m, von km 10,418 alt (= km 10,396 neu) bis km 10,534 alt (= km 10,504 neu) = 118 m, von km 10,544 alt (= km 10,510 neu) bis km 10,766 alt (= km 10,710 neu) = 222 m, insgesamt = 453 m, verlieren mit Ablauf des 31. 10. 1963 die Eigenschaft einer Landesstraße. Sie sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden eingezogen (§ 6 Abs. 1 HStrG).

Von der Ankündigung der Einziehung dieser Strecken gemäß § 6 Abs. 2 HStrG wurde abgesehen, da es sich hierbei um eine Einziehung von Teilstrecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 10. 10. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
V d 5 — Az.: 63 a 30

StAnz. 43/1963, S. 1218

1092

Anordnung über Gebühren für Leistungen der Eichverwaltung, für die das Gebührenverzeichnis der Eichgebührenordnung — EGO — vom 30. Juni 1959 keine Gebührensatzung enthält.

Anlage zum Erlaß an die Hessische Eichdirektion vom 19. August 1963 — IV d 1 — E 6 — 1250/63 — (StAnz. 1963 S. 1038—1039)

Nr. 4 Buchstabe d

Im ersten Absatz erste Zeile der Tabelle ist „über 25“ zu streichen, so daß es heißt: „bis 50 kg je Antragsteller 1,50 DM“.

Im zweiten Absatz ist

a) in der ersten Zeile der Tabelle „über 25“ zu streichen und nach „50 kg“ sind die Worte „je Aufstellungsort“ einzufügen, so daß es heißt: „bis 50 kg je Aufstellungsort 2,50 DM“,

b) am Ende der Tabelle ist anzufügen: „über 200 kg für je weitere 50 kg 2,— DM“.

Wiesbaden, 11. 10. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr
IV d 1 — E 6 — 1250/63

StAnz. 43/1963, S. 1218

1093

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

Typenmäßige Zulassung von gußeisernen Niederdruckdampfkesseln der Bauart Ca 72 D für Koksfeuerung.

Auf Antrag der Firma Buderus'sche Eisenwerke Wetzlar, Werk Lollar, vom 28. Juni 1963 — KV 2 Ad/N — und nach gutachtlicher Stellungnahme des zuständigen Technischen Überwachungsamtes Darmstadt und des Niederdruckdampfkesselausschusses (NDA) beim Deutschen Dampfkessel- und Druckgefäß-Ausschuß (DDA) wird die von mir unter den Zulassungszeichen

06/N92/1 bis 06/N92/9

nach Abschnitt E der Vorschriften für Niederdruckdampfkessel vom 27. August 1936 (RGBl. I S. 709) in der Fassung vom 29. Juni 1939 (RWBl. S. 397) widerrufen ausgesprochene typenmäßige Zulassung vom 9. August 1961 III g 1 — Az.: 53a 10.07.32 — Tgb.-Nr. 6982/61 — für die von den Buderus'schen Eisenwerken Wetzlar, Werk Lollar, hergestellten gußeisernen Niederdruckdampfkessel der Bauart P 72 D — für die Befuerung mit Öl — auf die in gleicher Konstruktion hergestellten, jedoch für Koksfeuerung vorgesehenen gußeisernen Niederdruckdampfkessel der Bauart Ca 72 D unter Beibehaltung der gleichen Zulassungszeichen ausgedehnt.

Diese Niederdruckdampfkessel unterliegen damit ebenfalls nicht der Abnahme gemäß Abschnitt D der Vorschriften für Niederdruckdampfkessel.

Die Erweiterung der Zulassung wird von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig gemacht:

1. Die Niederdruckdampfkessel müssen entsprechend der beigefügten Zeichnung KV-2-43K (o) vom 15. 8. 1960. mit Änderungsvermerk a) vom 15. 5. 1963, sowie der Kesselbeschreibung ausgeführt und ausgerüstet sein und den Vorschriften der Niederdruckdampfkessel-Verordnung sowie den behördlichen Vorschriften gegen Feuergefahr und über feuergefährliche Anlagen und Einrichtungen genügen.

2. Im übrigen sind die bei der Zulassung des Kesseltyps P 72 D gestellten Bedingungen, die nicht speziell für Ölfeuerungen gelten, — lediglich unter Abänderung der Typenbezeichnung — für diese Bauart zu übernehmen.

Wiesbaden, 4. 10. 1963

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

III g 1 — Az.: 53a 10.07.32 — Tgb.-Nr. 5007/63

StAnz. 43/1963, S. 1218

1094 Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen

Bevölkerungszahl: 4 949 393

Monat September 1963
(1. 9. — 28. 9. 1963)

Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen

Reg.-Bezirk	E = Erkrankungsfall T = Todestfall	Enteritis infectiosa		Übertragbare Gehirnentzündung	Überfr. Kinderlähmung		Ornithose		Ruhr		Typhus abdominalis	Diphtherie	Brucellose			Überfr. Hirnhautentzündung		Leptospirose			Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere)	Toxoplasmose	Trichinose	Botulismus	Tetanus	Lepra	Todesfall an											
		Salmonellose	übrige Formen		insgesamt	davon paralytisch	Psittakose	übrige Formen	Paratyphus A und B	Bakterielle Ruhr			Amöbenruhr	Scharlach	Banische Krankheit	Maltafieber	übrige Formen	Meningokokken Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa							Weilsche Krankheit	Feldfieber	Cancliofieber	übrige Formen	Keuchhusten	Masern						
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E 1 T —	—	—	—	—	—	3	6	—	6	—	—	82	—	—	—	1	10	35	—	—	—	—	—	—	—	—	(20)	1	—	1	—	—	—	—	—	—	
Reg.-Bezirk KASSEL	E 4 T —	—	—	—	—	—	2	1	1	1	—	—	46	—	1	—	2	2	45	—	—	—	—	—	—	—	—	(12)	1	—	—	—	—	—	—	—	—	
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E 10 T —	—	—	—	—	—	1	4	4	—	3	—	133	1	—	—	3	7	71	—	—	—	—	—	—	—	—	4	—	1	—	1	—	—	—	—	—	—
Land HESSEN	E 15 T —	—	—	—	—	—	3	1	8	11	—	10	—	261	1	1	—	6	19	151	—	—	—	—	—	—	—	4	2	1	1	1	—	—	—	—	—	—

*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 14. 10. 1963

Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
— VI e — 18 d 02 —

StAnz. 43/1963, S. 1219

1095

Wahlvorschläge für die Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes Zahnärztekammer Hessen

Für die in der Zeit vom 1. bis 10. Dezember 1963 stattfindende Wahl zur Delegiertenversammlung der Landes Zahnärztekammer Hessen sind nachstehende zwei Wahlvorschläge eingereicht worden:

Wahlvorschlag Nr. 1:

- Dr. Singer, Erich, Friedrichsdorf, Friedberger Str. 1
- Fischer, Friedrich, Darmstadt, Taunusstr. 6
- Dr. Sturm, Gottfried, Fulda, Lindenstr. 37a
- Dr. Fenner, Karl, Eschwege, Struthstr. 38
- Dr. Cramer, Rudolf, Wiesbaden, Saalgasse 40
- Roßmann, Willi, Wiesbaden, Wellritzstr. 24
- Dr. Wessel, Otto, Gießen, Neuen Bäume 27
- Fischer, Richard, Kassel, Kunoldstr. 25
- Dr. Deich, Karl-Hanns, Frankfurt a. M.-Eschersheim, Hinter den Ulmen 19
- Dr. Weinbrenner, Rolf, Wiesbaden-Kostheim, Kostheimer Landstr. 11
- Müller, Karl, Frankfurt a. M., Friedlebenstr. 2
- Dr. Heuß, Gerhard, Darmstadt, Viktoriastr. 100
- Dr. Eicker, Karl, Marburg, Bahnhofstr. 1
- Dr. Goldberg, Georg, Wiesbaden-Kastel, Eleonorenstr. 6
- Schneider, Adolf, Nieder-Ramstadt, Ober-Ramstädter Str. 40
- Dr. Oettert, Arno, Frankfurt a. M., Stettenstr. 32
- Dr. Steitz, Wilfried, Wächttersbach, Poststr. 343
- Dr. Gros, Clemens, Idstein/Ts., Bahnhofstr. 25
- Apitz, Wolfgang, Niederwalluf, Hauptstr. 65a
- Dr. Ramb, Otmar, Kassel, Eberhard-Wildermuth-Str. 79
- Dr. Petri, Harald, Weilburg, Mauerstr. 6
- Dr. Rüsewald, Robert, Nidda, Hindenburgstr. 3
- Rehbein, Gustav, Hanau, Kastanienallee 12a
- Dr. Hegewald, Erich, Gießen, Seltersweg 8
- Dr. Biedermann, Walter, Limburg, Eisenbahnstr. 4
- Dr. Libera, Franz Josef, Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 32
- Dr. Pockrandt, Heinz Harald, Mörfelden, Westendstr. 7
- Knippenberg, Albert, Frankfurt a. M., Wittelsbacher-Allee 140
- Dr. Frese, Josef, Offenbach a. M., Kaiserstraße 91
- Dr. Möbus, Hans, Hochstadt, Krs. Hanau
- Dr. Tschackert, Gero, Groß-Auheim, Brown-Bovery-Str. 10
- Dr. Frommhold, Erich, Battenberg/Eder, Marburger Str. 12
- Dr. Spieß, Walter, Friedberg/Hess., Kaiserstr. 179

- Dr. Führmann, Karl, Darmstadt, Lucasweg 1
- Dr. Löser, Werner, Kassel, Friedrich-Ebert-Str. 77
- Dr. Krey, Heinrich, Herborn, Homburgstr. 2
- Dr. Lenz, Erich, Flörsheim, Grabenstr. 20
- Becker, Franz, Wanfried, Marktstr. 15
- Dr. Bender, Klaus, Frankfurt a. M., Eiserne Hand 20
- Dr. Steinmetz, Horst, Bergen-Enkheim, Bornweidstr. 7
- Dr. Müller, Walter, Seligenstadt, Bahnhofstr. 44
- Hildebrandt, Adolf, Zierenberg, Oberelsunger Str. 7
- Dr. Bauer, Horst, Höchst/Odenw., Bahnhofstr. 38
- Dr. Schneider, Fritz, Biedenkopf, Freiherr-v.-Stein-Str. 15
- Dr. Feilner, Hans, Frankfurt a. M., Grüneburgweg 25
- Dr. Ruscher, Gerhard, Offenbach, Waldstr. 10
- Weiß, Walter, Schwalbach b. Wetzlar
- Dr. Trinkaus, Hermann, Nieder-Ramstadt, Bahnhofstr. 64
- Vogl, Anton, Kassel, Wilhelmstr. 3
- Dr. Gölz, Wilhelm, Michelstadt, Braunstr. 17
- Dr. Schmidt-Diemel, Knud, Marburg, Pilgrimstr. 20
- Schweitzer, Karl, Frankfurt a. M.-Preungesheim, Weilbrunnstraße 20
- Battenberg, Karl Heinz, Gießen, Walltorstr. 30—32
- Meise, Heinz, Korbach, Strotherstr. 5
- Dr. Fischer, Peter, Rüsselsheim, Feuerbachstr. 9
- Allendorf, Fritz, Oberursel, Vorstadt 5
- Ehlers, Walter, Fulda, Rhabanusstr. 32
- Dr. Buchholtz, Albrecht, Kassel, Westring 60 L
- Dr. Scholles, Erich, Birstein
- Tandler, Walter, Pohlhögns/Oberh.
- Dr. Posern, Joachim, Wiesbaden, An den Quellen 10
- Günther, Herbert, Gambach b. Friedberg
- Utz, Anton, Frankfurt a. M., Fellnerstr. 15
- Löhr, Herbert, Wetzlar, Bahnhofstr. 27
- Dr. Söhne, Friedrich, Adolf b. Waldeck, Katthagen 7
- Jost, Kurt, Frankfurt a. M., Rückertstr. 38
- Firle, Karl, Hanau, Krämerstr. 20
- Vedder, Ernst, Groß-Umstadt, Schulstr. 3
- Reumuth, Dieter, Frankfurt a. M., Gutleutstr. 41
- Strieder, Willi, Herborn, Rathenastr. 40
- Dr. Kalbfleisch, Ernst Ludwig, Gießen, Sonnenstr. 4
- Möller, Walter, Frankfurt a. M., Spohrstr. 27
- Sohn, Hans, Marburg, Am Gruen 1
- Dr. Scholz, Georg, Wiesbaden, Scheffelstr. 1
- Müller, Francis, Frankfurt a. M., Eulengasse 83
- Rohrbach, Otto, Allendorf/Lumda
- Dr. Will, Hans Jürgen, Kassel, Westfalenstr.

Jans, Walter, Frankfurt a. M., Fechenheimer Str. 17
 Wöhrmann, Wilhelm, Gießen-Wieseck, Turnstr. 20
 Dr. Schubert, Gerhard, Frankfurt a. M., Dehnhardstr. 8

Wahlvorschlag 2:

Dr. Barchfeld, Gustav, Kassel, Kölnische Str. 182
 Dr. Euler, Wilhelm, Offenbach a. M., Bieberer Str. 33
 Dr. Dr. Leimeister, Hermann, Frankfurt a. M., Neue Kräme Nr. 21
 Dr. Vierle, Josef, Sterbfritz, Schulstr. 4
 Allgeier, Rudolf, Frankfurt a. M.-Hochst, Leverkuser Str. 6
 Dr. Drautz, Helmut, Darmstadt, Elisabethenstr. 8
 Weber, Otto, Grebenstein, Krs. Hofgeismar, Obere Hofstr. Nr. 172
 Dr. Reuber, Ewald, Wiesbaden, Goebenstr. 35
 Lotz, Fritz, Frankfurt a. M., Bornheimer Landstr. 63
 Diehl, Richard, Lauterbach, Goldhelg 46
 Dr. Drücke, Franz Heinrich, Kirchhain, Krs. Marburg, Bahnhofstr. 14
 Dr. Taufkirch, Hermann, Frankfurt am Main, Leipziger Str. 49
 Dr. Roth, Walter, Offenbach a. M., Kaiserstr. 29
 Haase, Fritz, Kassel, Holländische Str. 117
 Milke, Heinz, Frankfurt a. M., Robert-Meyer-Str. 33
 Dr. Euler, Hans, Darmstadt, Alexandraweg 35
 Dr. Trommershausen, Hans-Klaus, Bensheim-Auerbach, Darmstädter Str. 165
 Dr. Stippich, Karlgeorg, Marburg, Universitätsstr. 10
 Dr. Stein, Erich, Frankfurt a. M., Goethestr. 24
 Dr. Beck, Rudolf, Wiesbaden, Bahnhofstr. 52
 Dr. Wagner, Armin, Frankfurt a. M., Danziger Platz 4
 Med. Rat. Dr. Haake, Fritz, Frankfurt a. M., Braubachstr. 18 bis 22
 Dr. Schmahl, Walter, Walldorf, Bäckerweg 18
 Dr. Hof, Hermann, Frankfurt a. M.-Ginnheim, Höhenblick 1
 Dr. Gutbier, Christoph, Fritzlar, Nikolausstr. 18
 Doz. Dr. Pantke, Horst, Marburg, Umlandstr. 4
 Ludwig, Karl, Offenbach a. M., Bismarckstr. 37
 Dr. Trefz, Hans-Joachim, Wiesbaden, Adelheidstr. 15
 Hammerschmied, Rudolf, Frankfurt a. M., Darmstädter Landstraße 9
 Dr. Richter, Heinrich, Kassel, Holländische Str. 98
 Dr. Stössel, Kurt, Offenbach a. M., Kaiserstr. 84
 Ebinger, Wolf-Günther, Bensheim-Auerbach, Bahnhofstr. 12
 Dr. Frey, Eugen, Frankfurt a. M., Saalburgstraße 20
 Dr. Hühn, Friedrich, Gelnhausen, Seestr. 4
 Dr. Friedrich, Walter, Kassel, Wilh.-Allee 145
 Dr. Bechthold, Ernst-Ludwig, Offenbach a. M., Sprendlinger Landstraße 11
 Weidemann, Carl, Frankfurt a. M.-Niederrad, Blauenstr. 3
 Dr. Ringleb, Heinrich, Witzenhausen, Walburger Str. 5
 Dr. Alt, Adam, Rüsselsheim, Burggrafelacherweg 14
 Dr. Bach, Kurt, Frankfurt a. M., Eckenheimer Landstr. 349
 Dr. Mattmüller, Roland, Gieselwerder, Krs. Hofgeismar, Meierhof 48
 Walz, Fritz, Wiesbaden-Biebrich, Jos.-Brix-Str. 39
 Ebinger, Julius, Bensheim-Auerbach, Bahnhofstraße 12
 Jacobi, Karl, Frankfurt a. M., Pfingstweidstr. 2
 Dr. Frommhold, Kurt, Rotenburg, Obertor 8
 Dr. Fenner, Hans, Schlüchtern, Klosterstr. 6
 Mollemkopf, Walter, Darmstadt, Frankfurter Str. 19
 Dr. Priebe, Wolfgang, Frankfurt a. M., Münchener Str. 17
 Lehmer, Leo, Hünfeld, Hauptstr. 50
 Dr. Stahlschmidt-Weiss, Gerda, Oberursel, Altkönigstr. 5
 Krost, Walter, Darmstadt, Roquetteweg 51
 Fürsch, Hermann, Frankfurt a. M., Sophienstr. 88
 Dr. Halberstadt, Hans, Kassel, Karlshafener Str. 11
 Dr. Amter, Theo, Hanau, Philippsruher Allee 22a
 Dr. Geyer, Ernst, Gießen, Südanlage 9
 Dr. Behrendt, Ernst, Frankfurt a. M., Rathenauplatz 2-6
 Sandrock, Wilhelm, Kassel, Bromesstr. 4
 Dr. Krausgrill, Hugo, Gelnhausen, Neue Str. 35
 Schöne, Otto, Offenbach a. M., Rödernstr. 1
 Panthen, Ernst, Offenbach a. M., Frankfurter Str. 56-62
 Risse, Karl-Heinz, Frankfurt a. M., Neue Kräme 14-16
 Dr. Eckhardt, Fritz, Arolsen, Gartenstr. 8
 Hilf, Willibald, Limburg, Grabenstr. 12
 Dr. Saehrendt, Hans, Langen, Rahnstr. 81
 Dr. Arnst, Hans, Frankfurt a. M., Lorsnerstr. 30a
 Dr. Casclitz, Heinrich, Bad Hersfeld, Hainstr. 17
 Dr. Corvers, Rudolf, Wiesbaden-Bierstadt, Wiesbadener Str. Nr. 40
 Depta, Alfred, Biblis, Viktoriastr. 16

Hild, Hans, Frankfurt a. M., Gutleutstr. 140
 Dr. Combecher, Walter, Cölbe, Krs. Marburg, Kasseler Str. 98
 Dr. Herwig, Hans, Wiesbaden-Biebrich, Dyckerhoffstraße 2
 Nagel, Heinz-Rudolf, Sprendlingen, Eisenbahnstr. 27
 Kreile, Arno, Frankfurt a. M., Neue Mainzer Str. 38
 Wittstamm, Bernhard, Spangenberg, Krs. Melsungen, Neustadt 87
 Dr. Rommel, Adolf, Offenbach a. M., Karlstr. 42
 Laugwitz, Theodor, Frankfurt a. M.-Preungesheim, Homburger Landstr. 191
 Dr. Pickerodt, Otto, Kassel-Wilhelmshöhe, Heideweg 9
 Kurz-Beil, Sophie, Oberursel, Taunusstr. 15
 Roth, Heinrich, Frankfurt a. M., Große Bockenheimer Str. 54
 Dr. Neumeyer, Leonhard, Eschwege, Reichensächser Str. 11
 Dr. Bandorski, Hanna, Oestrich, Rheingaustr. 1
 Zahn, Willi, Mühlheim a. M., Felstr. 2
 Dr. Heuser, Fritz, Frankfurt a. M., Stockheimer Str. 48
 Giza, Georg, Kassel, Wolfhager Str. 166
 Schüttler, Adam, Offenbach a. M., Ludwigstr. 66
 Dr. Kron, Robert, Frankfurt a. M., Friedberger Landstr. 120
 Limmeroth, Waldemar, Witzenhausen, Walburger Str. 34
 Rixecker, Ernst, Neu-Isenburg, Goethestr. 60
 Dr. Fenner, Hans-Joachim, Schlüchtern, Klosterstr. 6
 Bachmann, Theodor, Heringen, Hauptstr. 23
 Esser, Felix, Frankfurt a. M., Oederweg 158.
 Frankfurt (Main), 16. 10. 1963

**Der Wahlleiter für die Wahl
 der Delegiertenversammlung
 der Landes Zahnärztekammer
 Hessen**

StAnz. 43/1963, S. 1219

1096

**Eintragung von Tarifverträgen in das Tarifregister für das
 Land Hessen**

In den Monaten August und September 1963 wurden die nachstehend aufgeführten Tarifverträge in das Tarifregister für das Land Hessen eingetragen:

1. Nr. 101/112 — Tarifvertrag vom 20. 6. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für Weinbergarbeiter in Hessen vom 14. 6. 1960 (u. a. Arbeitszeit, Urlaub).
2. Nr. 101/113 — Tarifvertrag vom 20. 6. 1963 über die Wiedereinkraftsetzung und Änderung der Vereinbarung über die Akkordlöhne in den Weinbaubetrieben im Rheingau, Hochheim/M. und Umgebung vom 23. 6. 1956.
3. Nr. 101/114 — Lohntarifvertrag vom 20. 6. 1963 für die Weinbergarbeiter in Hessen.
 Zu 1. bis 3. Tarifvertragsparteien:
 Land- und Forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband für Hessen e. V. und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
4. Nr. 101/116 — Tarifvertrag Nr. 165 vom 9. 7. 1963 betr. Sondervereinbarung für die Arbeiter in den landwirtschaftlichen Betrieben des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen (LAT-LWV).
5. Nr. 101/117 — Tarifvertrag Nr. 166 vom 9. 7. 1963 über die Ergänzung der Anlage 1 des HLT (Tätigkeitsmerkmale) für die unter den LAT-LWV fallenden Arbeiter.
 Zu 4. und 5. Tarifvertragsparteien:
 Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
6. Nr. 101/118 — Tarifvertrag vom 31. 8. 1963 zur Ergänzung des Gehaltstarifvertrages Nr. 3 für die Milchkontrollangestellten in Hessen-Nassau vom 1. 9. 1962 (einmalige Zahlung).
 Tarifvertragsparteien:
 Arbeitgeberverband Frankfurt am Main, Feuerbachstr. Nr. 49, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.
7. Nr. 101/115 — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Arbeiterlöhne (Länderlohntarifvertrag Nr. 9).
8. Nr. 101/119 — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Sechsten Tarifvertrages vom 14. 3. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die

- Arbeiter der Länder (MTL) (Umstellung des Urlaubsjahres).
- Zu 7. und 8. betr. die in den landwirtschaftlichen Verwaltungen und Betrieben, Gartenbau-, Weinbau- und Obstbaubetrieben und deren Nebenbetrieben der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes beschäftigten Arbeiter.
- Zu 7. und 8. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand.
9. **Nr. 201/93** — 14. Tarifvertrag vom 9. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages für die Lohnempfänger der Staatsforstverwaltung des Landes Hessen (HSFT) vom 24. 1. 1953 (u. a. Urlaub).
- Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
10. **Nr. 201/94** — Tarifvertrag Nr. 164 vom 17. 7. 1963 über die Neuregelung der Zeitlöhne für Gemeindewaldarbeiter und Änderung des GFTV.
- Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. mit Sondergruppe forstwirtschaftliche Betriebe und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, sowie Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Hessen.
11. **Nr. 305/99** — Urlaubsabkommen vom 15. 8. 1963.
12. **Nr. 305/100** — Lohntarifvertrag vom 15. 8. 1963.
- Zu 11. und 12. betr. Arbeiter der Firma Bremthaler Quarzitwerk GmbH in Usingen.
- Zu 11. und 12. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
13. **Nr. 306/154** — Tarifvertrag vom 12. 9. 1963 zur Änderung des § 10 (Urlaub) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 15. 5. 1957.
14. **Nr. 306/155** — Protokollnotiz vom 12. 9. 1963 betr. Vereinbarung zu § 13 des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 8. 4. 1959.
15. **Nr. 306/156** — Zweiter Tarifvertrag vom 12. 9. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über Verkürzung der Arbeitszeit (Ruhetage) für die Angestellten vom 8. 4. 1959.
16. **Nr. 306/157** — Tarifvertrag vom 12. 9. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Arbeitszeit der technischen Büroangestellten und der kaufmännischen Angestellten vom 23. 11. 1960.
17. **Nr. 306/158** — Gehaltstarifvertrag für die kaufmännischen und technischen Angestellten vom 12. 9. 1963.
18. **Nr. 306/159** — Protokollnotiz vom 12. 9. 1963 zu vorstehend genanntem Gehaltstarifvertrag.
19. **Nr. 306/160** — Tarifvertrag vom 12. 9. 1963 über Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehrlinge.
- Zu 13. bis 19. betr. Angestellte und Lehrlinge des Kali- und Steinsalzbergbaues in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Südbaden.
- Zu 13. bis 19. Tarifvertragsparteien:
Kaliverein e. V., Hannover, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Bundesberufsgruppe Bergbau, Bochum.
20. **Nr. 309/85** — Tarifvertrag vom 30. 4. 1963 zur Änderung des § 12 (Urlaub) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 1. 2. 1957.
21. **Nr. 309/86** — Tarifvertrag vom 3. 4. 1963 zur Änderung des § 11 (Urlaub) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 21. 3. 1958.
22. **Nr. 309/87** — Tarifvertrag vom 30. 4. 1963 betr. neue Kündigungsklausel für Arbeitszeitabkommen und Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte.
- Zu 20. bis 22. abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum, Alte Hattinger Straße 19.
23. **Nr. 309/88** — Tarifvertrag vom 3. 4. 1963 zur Änderung des § 11 (Urlaub) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 21. 3. 1958.
24. **Nr. 309/89** — Tarifvertrag vom 30. 4. 1963 betr. neue Kündigungsklausel für Arbeitszeitabkommen und Manteltarifvertrag für Angestellte.
- Zu 23. und 24. abgeschlossen mit der Deutschen Angestelltengewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
25. **Nr. 309/90** — Tarifvertrag vom 3. 4. 1963 zur Änderung des § 11 (Urlaub) des Angestellten-Manteltarifvertrages vom 21. 3. 1958/13. 8. 1960.
26. **Nr. 309/91** — Tarifvertrag vom 30. 4. 1963 betr. neue Kündigungsklausel für Arbeitszeitabkommen und Manteltarifvertrag für Angestellte.
- Zu 25. und 26. abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
- Zu 20. bis 26. betr. Arbeitnehmer der Erdöl- und Erdgas-Bohr- und Gewinnungsbetriebe in der Bundesrepublik.
- Zu 20. bis 26. Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Erdölgewinnung e. V., Hannover, Theaterstraße 15, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
27. **Nr. 403/44** — 2. Tarifvertrag vom 2. 7. 1963 zur Änderung des Zusatztarifvertrages vom 16. 1. 1961 zum Manteltarifvertrag vom 19. 6. 1959 (Arbeitszeitverkürzung).
28. **Nr. 403/45** — Lohntarifvertrag vom 2. 7. 1963.
- Zu 27. und 28. betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Firma Erbslöh & Co., Geisenheimer Kaolinwerke in Geisenheim, Werk Geisenheim.
- Zu 27. und 28. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des Hessischen Bergbaus e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.
29. **Nr. 400/92, 403/46** — Tarifvertrag vom 19. 7. 1963 zur Änderung des Rahmentarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer der Industrie feuerfester und säurebeständiger Erzeugnisse sowie der Ton-, Quarzit- und Kaolingewinnung im Lande Hessen vom 31. 3. 1960 und des Rahmentarifvertrages für die kaufm. und techn. Angestellten sowie Meister der Industrie der Steine und Erden im Lande Hessen vom 29. 9. 1955 (Arbeitszeitverkürzung, Urlaub).
30. **Nr. 400/93** — Gehaltstarifvertrag vom 19. 7. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Lehrlinge sowie Meister der Industrie der Steine und Erden im Lande Hessen.
31. **Nr. 403/47** — Lohntarifvertrag vom 19. 7. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge der Industrie feuerfester und säurebeständiger Erzeugnisse sowie der Ton-, Quarzit- und Kaolingewinnung im Lande Hessen.
- Zu 29. bis 31. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Steine und Erden für das Land Hessen e. V. und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bezirk VIII, Hessen/Rheinland-Pfalz.
32. **Nr. 409/109** — Zusatztarifvertrag vom 12. 8. 1963 zum Tarifvertrag über die Neuregelung der Entgelte, Urlaubsdauer und Arbeitszeitverkürzung für die gewerblichen Arbeitnehmer einschließlich der Lehr- und Anlernlinge in den Betrieben der Hohlglasveredelungs- und Verarbeitungsindustrie in der Bundesrepublik vom 25. 3. 1963 (Ausdehnung des Geltungsbereichs auf Isolierflaschen und -gefäße, Herstellungsbetriebe, Löhne, Entgelte).
33. **Nr. 409/110** — Urlaubsabkommen vom 28. 6. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten, Lehr- und Anlernlinge sowie Meister der Glasindustrie in der Bundesrepublik.
- Zu 32. und 33. Tarifvertragsparteien:
Verein der Glasindustrie e. V., München 2, Josefspitalstraße 15, und Industriegewerkschaft Chemie—Papier—Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Königsworther Platz Nr. 6.
34. **Nr. 700/295** — Tarifvertrag vom 3. 7. 1963 über die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten der Volkswagenwerk AG (1. Nachtrag zum Gehaltstarifvertrag vom 3. 3. 1962).
- Tarifvertragsparteien:
Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Niedersachsen.
35. **Nr. 700/296** — Anschließtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Lohntarifvertrages für die Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1963.

36. **Nr. 700/297** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Gehaltstarifvertrages für die Eisen- und Stahlindustrie einschließlich der Hilfs- und Nebenbetriebe sowie der Montagestellen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1963.
37. **Nr. 700/298** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Manteltarifvertrages für alle Lehr- und Anlernlinge der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. 12. 1962 (Lehrlingsabkommen).
38. **Nr. 700/299** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Lehrlingsvergütung in der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1963.
Zu 35. bis 38. abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
39. **Nr. 700/300** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Gehaltstarifvertrages für die Eisen- und Stahlindustrie einschließlich der Hilfs- und Nebenbetriebe sowie der Montagestellen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1963.
40. **Nr. 700/301** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Manteltarifvertrages für die Lehr- und Anlernlinge der Eisen-, Metall- und Elektroindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 17. 12. 1962 (Lehrlingsabkommen).
41. **Nr. 700/302** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Lehrlingsvergütung in der Eisen- und Stahlindustrie des Landes Nordrhein-Westfalen vom 8. 8. 1963.
Zu 39. bis 41. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
Zu 35. bis 41. betr. Arbeitnehmer des Werkes Dillenburg der Stahlwerke Südwestfalen AG, Geisweid.
Zu 35. bis 41. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie e. V., Düsseldorf, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
42. **Nr. 705/108** — Lohntarifvertrag vom 4. 6. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
43. **Nr. 705/109** — Gehaltstarifvertrag vom 4. 6. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten und Meister, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt am Main.
Zu 42. und 43. betr. Arbeitnehmer des Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks im Lande Hessen.
Zu 42. und 43. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Schlosser- und Maschinenbauerhandwerks, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
44. **Nr. 705/110** — Tarifvertrag vom 4. 6. 1963 über Gehälter, Arbeitszeit und Urlaub der kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/M., sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
45. **Nr. 705/111** — Lohntarifvertrag vom 4. 6. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
Zu 44. und 45. betr. Arbeitnehmer des Mechanikerhandwerks im Lande Hessen.
Zu 44. und 45. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband Hessen des Mechanikerhandwerks, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
46. **Nr. 705/112** — Lohntarifvertrag vom 14. 6. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
47. **Nr. 705/113** — Gehaltstarifvertrag vom 14. 6. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt am Main, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
Zu 46. und 47. betr. Arbeitnehmer des Elektro-, Radio- und Fernsehtechnikerhandwerks im Lande Hessen.
Zu 46. und 47. Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Elektro-, Radio- und Fernsehtechnikerhandwerks (Hessen, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen).
48. **Nr. 705/114** — Lohntarifvertrag vom 18. 7. 1963 für das Graveur-, Galvaniseur- und Gürtlerhandwerk in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Tarifvertragsparteien:
Bundesinnungsverband der Graveure, Galvaniseure, Gürtler und verwandter Berufe für das Gebiet der Deutschen Bundesrepublik und Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
49. **Nr. 804b/74** — Zusatzabkommen für Fabrikationsabteilungen vom 13. 5. 1963 zum Manteltarifvertrag für das Heizungs- und Installationsgewerbe im Lande Hessen vom 28. 6. 1962.
50. **Nr. 804b/75** — Lohntarifvertrag zum Zusatzabkommen für Fabrikationsabteilungen vom 13. 5. 1963 zum Manteltarifvertrag vom 28. 6. 1962.
51. **Nr. 804b/76** — Zusatzabkommen vom 13. 5. 1963 über die Neuregelung der Gehälter für die Meister in den Fabrikationsabteilungen.
Zu 49. bis 51. betr. Arbeitnehmer in den Betrieben der Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik im Lande Hessen.
Zu 49. bis 51. Tarifvertragsparteien:
Landesverband Wärme-, Lüftungs- und Gesundheitstechnik Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main.
52. **Nr. 809/54** — Lohntarifvertrag vom 27. 5. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt am Main.
53. **Nr. 809/55** — Gehaltstarifvertrag vom 27. 5. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Bezirksleitung Frankfurt/Main, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
Zu 52. und 53. betr. Arbeitnehmer des Kraftfahrzeughandwerks und -handels im Lande Hessen.
Zu 52. und 53. Tarifvertragsparteien:
Verband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes Hessen e. V., Frankfurt/Main, sowie Landesinnungsverband Hessen des Kraftfahrzeughandwerks, Wiesbaden, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
54. **Nr. 1103c/16** — Manteltarifvertrag vom 19. 7. 1963 für die Betriebsangehörigen der ARAL Akt.-Ges.
55. **Nr. 1103c/17** — Gehalts- und Lohntarifvertrag vom 19. 7. 1963 für die Betriebsangehörigen der Außenstellen der ARAL Akt.-Ges.
Zu 54. und 55. Tarifvertragsparteien:
ARAL-Aktiengesellschaft, Bochum, Wittener Str. 45, und Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum Alte Hattinger Straße 19.
56. **Nr. 1300/75** — Gehaltstarifvertrag vom 26. 7. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Werkmeister nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
57. **Nr. 1300/76** — Tarifvertrag vom 26. 7. 1963 über die Gehaltssätze in der Ortsklasse B.
58. **Nr. 1300/77** — Tarifvertrag vom 26. 7. 1963 über Entgelte für die kaufmännischen und technischen Lehr- und Anlernlinge.
Zu 56. bis 58. betr. Angestellte und Lehrlinge in den Betrieben der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie im Lande Hessen.
Zu 56. bis 58. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für das Land Hessen e. V., Wiesbaden, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.

59. Nr. 1400/109 — Lohntarifvertrag vom 27. 8. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge des graphischen Gewerbes in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Bundesvereinigung der Deutschen Graphischen Verbände e. V. und Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, Stuttgart.
60. Nr. 1501/30 — Tarifvertrag vom 2. 7. 1963 über die Erhöhung der Löhne infolge Arbeitszeitverkürzung für die gewerblichen Arbeitnehmer der hessischen Ledererzeugenden Industrie.
Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der hessischen Ledererzeugenden Industrie e. V., sozialpolitischer Ausschuß, Frankfurt/M.-Höchst, Leverkuserstraße 20, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart-N., Rote Straße 2 A.
61. Nr. 1502a/13 — Tarifvertrag (Löhne, Gehälter und Lehrlingsentgelte) vom 19. 8. 1963 für alle Arbeitnehmer der Treibriemen-, techn. Lederartikel- und ASA-Industrie in den Ländern Bayern, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden.
Tarifvertragsparteien:
Wirtschaftsverband Industrieder-Erzeugnisse e. V., Düsseldorf, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
62. Nr. 1600/82 — Schieds- und Schlichtungsvereinbarung vom 20. 5. 1963 für die Kautschukindustrie in den Ländern Niedersachsen und Hessen.
63. Nr. 1600/83 — Protokollnotiz vom 20. 5. 1963 zu vorstehend genannter Vereinbarung.
Zu 62. und 63. abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover.
64. Nr. 1600/84 — Schieds- und Schlichtungsvereinbarung vom 14. 6. 1963 für die Kautschukindustrie in den Ländern Niedersachsen und Hessen.
65. Nr. 1600/85 — Protokollnotiz vom 14. 6. 1963 zu vorstehend genannter Vereinbarung.
Zu 64. und 65. abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 62. bis 65. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der niedersächsischen Gummiwarenindustrie e. V., Hannover, sowie Sozialpolitische Vereinigung der hessischen Gummiindustrie, rfm., und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisation.
66. Nr. 1901/94 — Gehaltstarifvertrag vom 25. 7. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Munition, Frankfurt/Main, und der Frankfurter Munitionwerke, Frankfurt/Main.
67. Nr. 1901/95 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 8. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Handelsmünzen im Lande Hessen.
68. Nr. 1912c/67 — Gehaltstarifvertrag vom 8. 8. 1963 für die kaufmännischen und technischen Angestellten sowie Meister der Handelsmälzereien im Lande Hessen.
Zu 66. bis 68. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband Nahrung und Genuß Hessen e. V., Frankfurt/Main, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
69. Nr. 1908c/32 — Lohntarifvertrag vom 28. 6. 1963 für die Margarine- und Kunstspeisefetindustrie in der Bundesrepublik, ausgenommen Bayern.
Tarifvertragsparteien:
Margarine-Verband e. V., Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
70. Nr. 1909a/56 — Manteltarifvertrag vom 30. 7. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Bundesverband der Obst- und Gemüseverwertungsindustrie e. V., Bonn, Quantiusstraße 14, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg 1, Gertrudenstraße 9.
71. Nr. 2001b/12 — Lohntarifvertrag vom 27. 6. 1963 für das Damenschneiderhandwerk im Lande Hessen.
Tarifvertragsparteien:
Landesinnungsverband des Damenschneiderhandwerks
- Hessen, Frankfurt/Main, Bleichstraße 39a, und Gewerkschaft Textil—Bekleidung, Bezirk Frankfurt/M., Frankfurt/Main, Wilhelm-Leuschner-Straße 69/77.
72. Nr. 2002/36 — Lohntarifvertrag vom 11. 7. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Lehrlinge der Rauchwarenveredelungs- und Pelzbekleidungsindustrie in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband der Deutschen Rauchwaren- und Pelzwirtschaft, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart-N., Rote Straße 2 A, sowie Gewerkschaft Textil—Bekleidung, Hauptvorstand, Düsseldorf, Florastraße 7.
73. Nr. 2007a/52 — Lohntarifvertrag vom 23. 8. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer und Heimarbeiter.
74. Nr. 2007a/53 — Tarifvertrag vom 23. 8. 1963 über Entgelte für die gewerblichen Lehrlinge.
Zu 73. und 74. betr. Arbeitnehmer der Schuhindustrie in der Bundesrepublik.
Zu 73. und 74. Tarifvertragsparteien:
Hauptverband der Deutschen Schuhindustrie e. V., Bonn, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart.
75. Nr. 2007a/54 — Manteltarifvertrag vom 24. 5. 1963.
76. Nr. 2007a/55 — Urlaubsabkommen vom 16. 5. 1963.
Zu 75. und 76. betr. kaufmännische und technische Angestellte sowie Werkmeister der Schuhindustrie im Lande Hessen.
Zu 75. und 76. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der hessischen Schuhindustrie e. V., Frankfurt/Main-Höchst, Adelonstraße 17, und Gewerkschaft Leder, Hauptvorstand, Stuttgart-N., Rote Straße 2 A, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main, Bockenheimer Landstraße 72/74.
77. Nr. 2100/405 — Tarifvertrag vom 15. 3. 1963 zur Änderung des Bundesrahmentarifvertrages für das Baugewerbe vom 10. 8. 1962 (Arbeitszeit).
78. Nr. 2100/406 — Tarifvertrag vom 16. 8. 1963 zur Änderung des § 8 des Bundesrahmentarifvertrages für das Baugewerbe vom 10. 8. 1962.
Zu 77. und 78. Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Deutschen Baugewerbes e. V., Bonn, Koblenzer Straße 93, sowie Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V., Frankfurt/Main, Friedrich-Eber-Anlage 38, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/Main, Goetheplatz 5.
79. Nr. 2100a/106 — Urlaubsabkommen vom 23. 7. 1963 für die Angestellten der Säureschutzindustrie in der Bundesrepublik sowie der Industrie der Steine und Erden nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Rheinischer Unternehmerverband Steine und Erden e. V., Neuwied, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
80. Nr. 2102b/60 — Rahmentarifvertrag vom 12. 7. 1963.
81. Nr. 2102b/61 — Bundeslohntarifvertrag vom 4. 7. 1963.
Zu 80. und 81. betr. gewerbliche Arbeitnehmer des Schilder- und Lichtreklameherstellhandwerks in der Bundesrepublik und West-Berlin.
Zu 80. und 81. Tarifvertragsparteien:
Bundesinnungsverband des Deutschen Schilder- und Lichtreklamehersteller-Handwerks, Düsseldorf, Volmerswertherstraße 76, und Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden, Hauptvorstand, Frankfurt/Main, Goetheplatz 5.
82. Nr. 2400/137 — Zweiter Tarifvertrag vom 28. 6. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Cigaretten-Frischdienst-Lagern der Firma H. F. & Ph. F. Reemtsma in der Bundesrepublik vom 30. 4. 1962 i. d. F. des Tarifvertrages vom 10. 4. 1963 (Urlaub).
Tarifvertragsparteien:
H. F. & Ph. F. Reemtsma, Hamburg, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.

83. Nr. 2400/138 — Tarifvertrag vom 2. 7. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die gewerblichen Arbeitnehmer in den Auslieferungslagern der Firma B. A. T. Cigarettenfabriken GmbH in der Bundesrepublik vom 26. 3. 1962 (Urlaub).
Tarifvertragsparteien:
B. A. T. Cigarettenfabriken GmbH, Hamburg 36, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
84. Nr. 2400/139 — Lohntarifvertrag vom 9. 7. 1963 für die in den Auslieferungslagern (Zigarettenendiensten) der Zigarettenfabrik Haus Neuerburg KG, Köln, in der Bundesrepublik beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer.
85. Nr. 2400/140 — Zusatzvereinbarung vom 9. 7. 1963 zu vorstehend genanntem Lohntarifvertrag.
Zu 84. und 85. Tarifvertragsparteien:
Zigarettenfabrik Haus Neuerburg KG, Köln, vertreten durch den Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie e. V., Hamburg 1, An der Alster 6, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
86. Nr. 2500/75 — Tarifvertrag vom 20. 8. 1963 für die bei der Firma Neckermann Versand KG, Frankfurt/Main, beschäftigten Schnittzeichner.
Tarifvertragsparteien:
Neckermann Versand KGaA, Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
87. Nr. 2501b/168 — Gehaltstarifvertrag vom 2. 4. 1963 für die kaufmännischen Angestellten und Lehrlinge der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH (GEG) und deren Tochtergesellschaften im Bundesgebiet nebst Protokollnotiz vom gleichen Tage.
Tarifvertragsparteien:
Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften mbH, Hamburg 1, Besenbinderhof 43—52, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hamburg, Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik, Hauptvorstand, Hannover, Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf, sowie Gewerkschaft Textil—Bekleidung, Hamburg.
88. Nr. 2701/170 — Gehaltstarifvertrag vom 12. 7. 1963, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hamburg.
89. Nr. 2701/171 — Gehaltstarifvertrag vom 12. 7. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hannover, dem Deutschen Bankbeamten-Verein e. V., Düsseldorf, sowie dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hamburg.
Zu 88. und 89. betr. Arbeitnehmer des privaten Bankgewerbes in der Bundesrepublik.
Zu 88. und 89. Tarifvertragsparteien:
Arbeitgeberverband des privaten Bankgewerbes e. V., Köln, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
90. Nr. 2701 1/4 — Tarifvertrag (Mantelbestimmungen, Löhne) vom 2. 5. 1963 für die bei der Staatlichen Sportwetten GmbH Hessen, Wiesbaden, in der Auswertung, bei der Gewinnüberweisung und Vorkontrolle beschäftigten Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Staatliche Sportwetten GmbH Hessen, Wiesbaden, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirksleitung Hessen, Frankfurt/Main, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen, Frankfurt/Main.
91. Nr. 2702a/152 — Manteltarifvertrag vom 3. 7./15. 8. 1963 für die Angestellten der Hessen-Nassauischen Versicherungsanstalten in Wiesbaden.
Tarifvertragsparteien:
Hessen-Nassauische Lebensversicherungsanstalt sowie Hessen-Nassauische Versicherungsanstalt, beide in Wiesbaden, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Landesbezirk Hessen, Frankfurt/Main.
92. Nr. 2702a/153 — Tarifvertrag (8. Zusatzabkommen) vom 26. 7. 1963 zur Änderung des Manteltarifvertrages für die Angestellten der IDEAL Lebensversicherung a. G. in der Bundesrepublik vom 10. 4. 1958 (u. a. Urlaub).
Tarifvertragsparteien:
IDEAL Lebensversicherung a. G. und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg, sowie Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Düsseldorf und Berlin.
93. Nr. 2702c-6/148 — Tarifvertrag vom 21. 3. 1959 über die Gewährung von Kinderzuschlägen an die Arbeiter, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
94. Nr. 2702c-6/149 — Tarifvertrag vom 1. 6. 1963 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3).
95. Nr. 2702c-6/150 — Tarifvertrag vom 1. 6. 1963 über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen.
96. Nr. 2702c-6/151 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BAT (4. Änderungsvertrag der TdL) — Umstellung des Urlaubsjahres.
97. Nr. 2702c-6/152 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1963 zur Änderung und Ergänzung des BAT (5. Änderungsvertrag der TdL).
98. Nr. 2702c-6/153 — Tarifvertrag vom 1. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Krankengymnasten, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters vom 16. 11. 1961 i. d. F. vom 31. 8. 1962 (Erhöhung der Entgelte).
99. Nr. 2702c-6/154 — Erster Tarifvertrag vom 1. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehr- und Anlernlinge vom 10. 4. 1962 (Umstellung des Urlaubsjahres).
100. Nr. 2702c-6/155 — Tarifvertrag vom 1. 6. 1963 über die Erhöhung der Lehrlingsentgelte (Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2).
Zu 94. bis 100. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 93. bis 100. betr. Arbeitnehmer der Landesversicherungsanstalten und ihrer Betriebe.
Zu 93. bis 100. Tarifvertragsparteien:
Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Frankfurt/Main, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
101. Nr. 2702c-6a/359 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg 36, Holstenwall 3—5, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart, Rote Straße 2 A.
102. Nr. 2702c-6a/360 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
103. Nr. 2702c-6a/361 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand, Hamburg 1, Ferdinandstraße 59.
104. Nr. 2702c-6a/362 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung, Hannover, Arnswaldstraße 7.
105. Nr. 2702c-6a/363 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn, Poppelsdorfer Allee Nr. 56a.
106. Nr. 2702c-6a/364 — Tarifvertrag Nr. 99 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Marburger Bund, Köln 1, Riehler Straße 6.
Zu 101. bis 106. betr. anderweitige Regelung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung der Angestellten und Arbeiter.
107. Nr. 2702c-6a/365 — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
108. Nr. 2702c-6a/366 — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn.

109. **Nr. 2702c-6a/367** — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestellten-Verband, Hauptvorstand.
110. **Nr. 2702c-6a/368** — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
111. **Nr. 2702c-6a/369** — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
112. **Nr. 2702c-6a/370** — Tarifvertrag Nr. 103 vom 15. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Marburger Bund, Köln 1, Riehler Straße 6.
Zu 107. bis 112. betr. Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum MTAng-BfA).
113. **Nr. 2702c-6a/371** — Tarifvertrag Nr. 108 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
114. **Nr. 2702c-6a/372** — Tarifvertrag Nr. 108 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn.
115. **Nr. 2702c-6a/373** — Tarifvertrag Nr. 108 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
116. **Nr. 2702c-6a/374** — Tarifvertrag Nr. 108 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
Zu 113. bis 116. betr. 6. Änderungs- und Ergänzungstarifvertrag zum MTAng-BfA (Änderung der Anlage 1b und der SR 2a — Krankenpflegepersonal).
117. **Nr. 2702c-6a/375** — Tarifvertrag Nr. 110 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, sowie der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
118. **Nr. 2702c-6a/376** — Tarifvertrag Nr. 110 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
119. **Nr. 2702c-6a/377** — Tarifvertrag Nr. 110 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands.
120. **Nr. 2702c-6a/378** — Tarifvertrag Nr. 110 vom 20. 8. 1963, abgeschlossen mit dem Bund der Sozialversicherungs-Beamten und -Angestellten, Bonn.
Zu 117. bis 120. betr. Regelung der Arbeitsbedingungen und Entgelte der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Masseurs, des Masseurs und medizinischen Bademeisters und des Krankengymnasten.
Zu 101. bis 120. betr. Arbeitnehmer der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.
Zu 101. bis 120. Tarifvertragsparteien:
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
121. **Nr. 2702c-7/95** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Barmer Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Barmer Erstzasse, Wuppertal-Barmen, Untere Lichtenplatzer Straße 100, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
122. **Nr. 2702c-10/35** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Berufskrankenkasse der Werkmeister in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Berufskrankenkasse der Werkmeister, Hauptverwaltung, Hamburg 1, Gr. Allee 9, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
123. **Nr. 2702c-11/81** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Braunschweiger Kasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Braunschweiger Kasse, Hamburg, Mittelweg 144, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstr. 30.
124. **Nr. 2702c-13/121** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Deutschen Angestellten-Krankenkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Lehrlingsentgelte).
Tarifvertragsparteien:
Deutsche Angestellten-Krankenkasse, Hamburg 1, Steindamm 100—106, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
125. **Nr. 2702c-14/42** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Gärtner-Krankenkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Gärtner-Krankenkasse, Hamburg 1, Danziger Str. 35a, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
126. **Nr. 2702c-15/133** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Hamburg-Münchener Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Hamburg-Münchener Ersatzkasse, Hamburg 6, Schäferkampsallee 16, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
127. **Nr. 2702c-16/69** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Hamburgischen Zimmererkrankenkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Hamburgische Zimmererkrankenkasse, Hamburg 6, Schäferkampsallee 18, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
128. **Nr. 2702c-17/92** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Hanseatischen von 1826 und Merkur-Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Hanseatische von 1826 und Merkur-Ersatzkasse, Hamburg 20, Isekai 19, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
129. **Nr. 2702c-18/142** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Kaufmännischen Krankenkasse Halle in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Kaufmännische Krankenkasse Halle (Ersatzkasse), Hannover, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
130. **Nr. 2702c-19/2** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Krankenkasse „Eintracht“ in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Krankenkasse „Eintracht“ in Heusenstamm, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
131. **Nr. 2702c-22/48** — Ergänzungstarifvertrag Nr. 1 zum EKT vom 15. 8. 1962 für die Angestellten und Lehrlinge der Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse in der Bundesrepublik (Manteländerung, Gehälter und Entgelte).
Tarifvertragsparteien:
Schwäbisch-Gmünder Ersatzkasse, Schwäbisch-Gmünd, und Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Hauptvorstand, Düsseldorf-Nord, Tersteegenstraße 30.
132. **Nr. 2802/153** — Tarifvertrag vom 5. 7. 1963 zur Änderung des § 5 des Tarifvertrages für die Bediensteten der Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schiffahrtsgesellschaft eGmbH vom 4. 6. 1963 (Erhöhung der Löhne).
Tarifvertragsparteien:
Bingen-Rüdesheimer Fähr- und Schiffahrtsgesellschaft eGmbH, Bingen/Rhein, und Gewerkschaft Öffentliche

- Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitungen Hessen in Frankfurt/Main sowie Rheinland-Pfalz in Mainz.
133. **Nr. 2802/154** — Tarifvertrag vom 18. 6. 1963 über die Neuregelung der Löhne für das nach dem TV-Schlepp entlohnte Personal des Bundesschleppbetriebes.
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für Verkehr und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
134. **Nr. 2804/253** — Tarifvertrag Nr. 188a vom 30. 7. 1963.
135. **Nr. 2804/254** — Tarifvertrag Nr. 188b vom 30. 7. 1963. Zu 134. und 135. betr. Änderung des TVAng vom 21. 3. 1961.
136. **Nr. 2804/255** — Tarifvertrag Nr. 189a vom 30. 7. 1963.
137. **Nr. 2804/256** — Tarifvertrag Nr. 189b vom 30. 7. 1963. Zu 136. und 137. betr. Änderung und Ergänzung des Verzeichnisses der Tätigkeitsmerkmale — Anlage 2 zum TVAng. (Verg.-Gruppen I—III).
138. **Nr. 2804/257** — Tarifvertrag Nr. 190a vom 30. 7. 1963.
139. **Nr. 2804/258** — Tarifvertrag Nr. 190b vom 30. 7. 1963. Zu 138. und 139. betr. Änderung und Ergänzung des Verzeichnisses der Tätigkeitsmerkmale — Anlage 2 zum TVAng.
140. **Nr. 2804/259** — Tarifvertrag Nr. 191a vom 30. 7. 1963.
141. **Nr. 2804/260** — Tarifvertrag Nr. 191b vom 30. 7. 1963. Zu 140. und 141. betr. Änderung des Verzeichnisses der Lohngruppen und Neufassung der Bestimmungen über die Gewährung von Tätigkeitszulagen. Zu 134. bis 141. betr. Angestellte und Arbeiter der Deutschen Bundespost. Zu 134. bis 141. Die Tarifverträge mit der Bezeichnung „a“ wurden mit der Deutschen Postgewerkschaft, Hauptvorstand, Frankfurt/Main, und die Tarifverträge mit der Bezeichnung „b“ mit dem Deutschen Postverband, Bonn, sowie der Christlichen Gewerkschaft des Post- und Fernmeldepersonals, Hauptvorstand, München, abgeschlossen.
Zu 134. bis 141. Tarifvertragsparteien:
Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
142. **Nr. 2804/261** — Tarifvertrag Nr. 33 vom 7. 8. 1963 zur Änderung und Ergänzung des Tarifvertrages für die Angestellten der Bundesdruckerei (TVAngBDr) und des Tarifvertrages für die Arbeiter der Bundesdruckerei (TVArbBDr).
Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, Bonn, und Deutsche Postgewerkschaft, Hauptvorstand in Ffm., sowie Landesleitung Berlin, sowie Industriegewerkschaft Druck und Papier, Stuttgart, sowie Gauvorstand Berlin.
143. **Nr. 2807/33** — Manteltarifvertrag vom 12. 7. 1963 für die gewerblichen Arbeitnehmer des Tankstellen- und Garagengewerbes sowie der Autopflegestationen in der Bundesrepublik.
Tarifvertragsparteien:
Zentralverband des Kraftfahrzeughandels und -gewerbes e. V., Frankfurt/Main, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, Stuttgart.
144. **Nr. 2808/78** — Tarifvertrag Nr. 167 vom 19. 7. 1963 über die Regelung der Arbeitszeit der Arbeiter im Bodenverkehrsdienst der Flughafen Frankfurt/Main AG.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
145. **Nr. 2900/79** — Manteltarifvertrag vom 7. 6. 1963 für die in Werkküchen, Kasinos (Kantinen) und sonstigen sozialen Verpflegungsbetrieben in der Bundesrepublik einschließlich des Landes Berlin beschäftigten Arbeitnehmer.
Tarifvertragsparteien:
Bundesfachverband Werkküchen, Kasinos (Kantinen) und sonstige soziale Verpflegungsbetriebe, Frankfurt am Main, und Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, Hamburg.
146. **Nr. 3000A/159** — Änderungsvereinbarung Nr. 6 TV ZA vom 19. 7. 1963 (Manöverentschädigungsbestimmungen), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
147. **Nr. 3000A/160** — Änderungsvereinbarung Nr. 6a TV ZA vom 19. 7. 1963 (Manöverentschädigungsbestimmungen), abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
Zu 146. und 147. betr. Änderung des Tarifvertrages für die Arbeitnehmer der „Zivilen Arbeitsgruppen“ im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 31. 7. 1958 (TV ZA).
148. **Nr. 3000A/161** — Änderungsvereinbarung Nr. 68 TV AL vom 29. 6. 1963 zur Erhöhung der Gehaltssätze für Arbeitnehmer mit Einzelhandelstätigkeiten (Gehaltstabelle T — Anhang T Teil III —), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
149. **Nr. 3000A/162** — Änderungsvereinbarung Nr. 70 TV AL vom 16. 7. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
150. **Nr. 3000A/163** — Änderungsvereinbarung Nr. 70a TV AL vom 16. 7. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung.
151. **Nr. 3000A/164** — Änderungsvereinbarung Nr. 70b TV AL vom 16. 7. 1963, abgeschlossen mit der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
Zu 149. bis 151. betr. Erhöhung der Löhne für die Arbeiter (Neufassung der Sonderbestimmungen A [Lohn-tarif A] — Anhang A —).
152. **Nr. 3000A/165** — Änderungsvereinbarung Nr. 72 TV AL vom 18. 7. 1963 über die Neufassung der Bestimmungen des Anhangs W TV AL für Schädlingsbekämpfer bei den US-Streitkräften (Erhöhung der Löhne), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
153. **Nr. 3000A/166** — Änderungsvereinbarung Nr. 71 TV AL vom 17. 7. 1963 über die Erhöhung der Gehälter für die Angestellten (Änderung des Gehaltstarifs C — Anhang C —) und für die Meister (Änderung des Gehaltstarifs D — Anhang D —), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, sowie der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
154. **Nr. 3000A/167** — Änderungsvereinbarung Nr. 67a TV AL vom 22. 5. 1963 über die Neufassung der Sonderbestimmungen E — Anhang E — für die Angestellten in metallverarbeitenden Großbetrieben, abgeschlossen mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
155. **Nr. 3000A/168** — Änderungsvereinbarung Nr. 73 TV AL vom 19. 7. 1963 über die Erhöhung der monatlichen Pauschalsätze des Feuerwehr-, Polizei- und Wachpersonals (Lohn- und Gehaltstabellen des Anhangs P Ziff. 3).
156. **Nr. 3000A/169** — Änderungsvereinbarung Nr. 74 TV AL vom 20. 7. 1963 über die Erhöhung der monatlichen Pauschalsätze des Feuerwehr- und Polizeipersonals in metallverarbeitenden Großbetrieben (Änderung Anhang E Teil II Ziff. 5a und 5b).
Zu 155. und 156. abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland.
157. **Nr. 3000A/170** — Änderungsvereinbarung Nr. 69 TV AL vom 15. 7. 1963 über die Verkürzung der Arbeitszeit (Änderung der §§ 2, 3 Ziff. 4 und 15 Ziff. 1 TV AL), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
158. **Nr. 3000A/171** — Änderungsvereinbarung Nr. 75 TV AL vom 12. 8. 1963 über die Änderung des Ortslohnklassenverzeichnisses im Anhang O TV AL, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, Hauptverwaltung.

- der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
- Zu 148. bis 158. betr. Änderung des Tarifvertrages vom 28. 1. 1955 (TV AL) für die bei den Stationierungsstreikkräften beschäftigten Arbeitnehmer.
- Zu 146. bis 158. Tarifvertragsparteien:
Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister der Finanzen, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
159. **Nr. 3001/907** — Tarifvertrag vom 24. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Vergütung für die dienstliche Mehrbeanspruchung der auf Außenarbeitskommandos eingesetzten Angestellten im Strafvollzugsdienst vom 22. 3. 1957 i. d. F. vom 26. 7. 1962.
Tarifvertragsparteien:
Land Hessen, vertreten durch den Minister der Finanzen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
160. **Nr. 3001/911** — Anschlußtarifvertrag vom 14. 5. 1963 zur Übernahme des Vierten Ergänzungsvertrages zum BMT-G II vom 14. 3. 1963.
161. **Nr. 3001/912** — Anschlußtarifvertrag vom 27. 6. 1963 zur Übernahme des Bundeslohntarifvertrages Nr. 11 vom 17. 5. 1963.
Zu 160. und 161. betr. Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe.
Zu 160. und 161. Tarifvertragsparteien:
Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände e. V., Köln-Marienburg, und Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand, Kassel-Wilhelmshöhe.
162. **Nr. 3001/913** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Arbeiterlöhne (Länderlohntarifvertrag Nr. 9).
163. **Nr. 3001/933** — Anschlußtarifvertrag vom 22. 8. 1963 zur Übernahme des Sechsten Tarifvertrages zur Änderung des MTL vom 14. 3. 1963 (Umstellung des Urlaubsjahres).
Zu 162. und 163. betr. die bei dem Bau und der Unterhaltung von Straßen und Autobahnen einschließlich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein sowie des Saarlandes.
Zu 162. und 163. abgeschlossen mit dem Verband Deutscher Straßenwärter e. V., Gesamtvorstand.
164. **Nr. 3001/910** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 3. 1963 zur Übernahme des 7. Tarifvertrages vom 13. 12. 1962 zur Änderung der Tarifverträge über die zusätzliche Alters- und Hinterbliebenenversorgung vom 31. 7. 1955 und 4. 2. 1957, abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
165. **Nr. 3001/914** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Lehrlingsvergütungen (Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2).
166. **Nr. 3001/915** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Arbeiterlöhne (Länderlohntarifvertrag Nr. 9).
167. **Nr. 3001/916** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3).
Zu 165. bis 167. abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
168. **Nr. 3001/917** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Hauptvorstand.
169. **Nr. 3001/918** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3), abgeschlossen mit dem Berufsverband katholischer Fürsorgerinnen.
170. **Nr. 3001/919** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen (Vergütungstarifvertrag Nr. 3), abgeschlossen mit dem Deutschen Berufsverband der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter e. V.
171. **Nr. 3001/923** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Lehrlingsvergütung (Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2), abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes.
172. **Nr. 3001/924** — Zweiter Tarifvertrag vom 18. 7. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages betr. Kinderzuschläge (zu § 41 MTL) vom 14. 1. 1959, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
173. **Nr. 3001/920** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Arbeiterlöhne (Länderlohntarifvertrag Nr. 9).
174. **Nr. 3001/921** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 über die Erhöhung der Lehrlingsvergütung (Lehrlingsvergütungstarifvertrag Nr. 2).
Zu 164. bis 174. betr. Arbeitnehmer in den Verwaltungen und Betrieben der Länder.
175. **Nr. 3001/922** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Fünften Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Pauschalierung der Löhne für die Personenkraftwagenfahrer (Fahrer) des Landes Hessen vom 10. 12. 1959.
Zu 173. bis 175. abgeschlossen mit der Gewerkschaft der Polizei.
Zu 162. bis 175. Tarifvertragsparteien:
Tarifgemeinschaft deutscher Länder und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
176. **Nr. 3001/930** — Tarifvertrag Nr. 161 vom 25. 6. 1963 über die Erhöhung der HGTA-V-Gehälter.
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Gruppe Versorgungsbetriebe (Elektrizität, Gas und Wasser), sowie Gruppe Verkehrsbetriebe und Häfen, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen, sowie Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Landesverband Hessen.
177. **Nr. 3001/931** — Tarifvertrag Nr. 168 vom 19. 7. 1963 zur Ergänzung der Anlage 4 Nr. 1 des Lohntarifvertrages für die Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe im Lande Hessen (HLT).
Tarifvertragsparteien:
Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V. und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
178. **Nr. 3001/909, 3001a/576** — Anschlußtarifvertrag vom 2. 8. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen vom 17. 5. 1963 (Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum BAT).
179. **Nr. 3001/927, 3001a/582** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 6. 1963 zur Übernahme des Vierten Tarifvertrages zur Änderung des BAT vom 14. 3. 1963 (Umstellung des Urlaubsjahres) und des Fünften Tarifvertrages zur Änderung des BAT vom 25. 4. 1963.
180. **Nr. 3001/928, 3001a/583** — Anschlußtarifvertrag vom 15. 6. 1963 zur Übernahme des Ersten Tarifvertrages vom 14. 3. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Rechtsverhältnisse der Lehrlinge und Anlernlinge vom 21. 9. 1961 (Umstellung des Urlaubsjahres).
181. **Nr. 3002a/144** — Anschlußtarifvertrag vom 2. 8. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Masseurs usw. vom 15. 7. 1960 (Erhöhung der Entgelte).
Zu 178. bis 181. abgeschlossen mit der Gemeinschaft tariffähiger Verbände von Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes.

182. **Nr. 3001/925, 3001a/580** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen vom 17. 5. 1963 (Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum BAT), abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten im Öffentlichen Dienst e. V., Bundesvorstand.
183. **Nr. 3001/926, 3001a/581** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Neuregelung der Angestelltenvergütungen vom 17. 5. 1963 (Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum BAT), abgeschlossen mit dem Verband der Angestellten Ärzte Deutschlands — Marburger Bund.
184. **Nr. 3001/929, 3001a/584** — Anschlußtarifvertrag vom 14. 8. 1963 zur Übernahme des Ersten Tarifvertrages vom 11. 1. 1962, des Vierten Tarifvertrages vom 14. 3. 1963 und des Fünften Tarifvertrages vom 25. 4. 1963 zur Änderung des BAT.
185. **Nr. 3002a/147** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages vom 17. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Masseurs usw. vom 15. 7. 1960 (Erhöhung der Entgelte). Zu 184. und 185. abgeschlossen mit dem Verband der weiblichen Angestellten e. V., Hauptverwaltung.
186. **Nr. 3002a/146** — Tarifvertrag über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen in der Kranken- und Kinderkrankenpflege vom 19. 6. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand.
187. **Nr. 3001/908, 3001a/575** — Anschlußtarifvertrag vom 26. 4. 1963 zur Übernahme des Fünften Tarifvertrages zur Änderung des BAT vom 25. 4. 1963. Zu 178. bis 187. betr. Angestellte, Praktikantinnen und Lehrlinge des Bundes, der Länder und der Gemeinden.
188. **Nr. 3001a/577** — Vergütungstarifvertrag Nr. 3 zum BAT vom 18. 5. 1963.
189. **Nr. 3002a/145** — Tarifvertrag vom 18. 5. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Regelung der Arbeitsbedingungen der Praktikantinnen (Praktikanten) für den Beruf der med.-techn. Assistentin, des Masseurs usw. vom 15. 7. 1960 (Erhöhung der Entgelte). Zu 188. und 189. betr. Angestellte und Praktikantinnen des Bundes und des Saarlandes sowie der gemeindlichen Verwaltungen und Betriebe im Saarland. Zu 187. bis 189. abgeschlossen mit der Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand. Zu 178. bis 189. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, Tarifgemeinschaft deutscher Länder sowie Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
190. **Nr. 3001a/578** — Tarifvertrag vom 18. 5. 1963 über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen bei den Angestellten des Bundes, der Bundesanstalt für den Güterfernverkehr und des Saarlandes. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, Bundesanstalt für den Güterfernverkehr, beide vertreten durch den Bundesminister des Innern, sowie Tarifgemeinschaft deutscher Länder und Gewerkschaft öffentlicher Dienst im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands, Bundesvorstand.
191. **Nr. 3001a/579** — Anschlußtarifvertrag vom 10. 6. 1963 zur Übernahme des Tarifvertrages über die Neuregelung der Löhne der Arbeiter des Bundes vom 17. 5. 1963, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Hauptvorstand.
192. **Nr. 3001a/585** — Tarifvertrag vom 15. 8. 1963 zur Änderung des Tarifvertrages über die Alarmbereitschaft der Pkw-Fahrer im Bereich des Bundesministers der Verteidigung vom 19. 7. 1962, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand. Zu 191. und 192. Tarifvertragsparteien: Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Bundesminister des Innern, und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
193. **Nr. 3001a/586** — Anschlußtarifvertrag vom 28. 8. 1963 zur Übernahme des Ergänzungstarifvertrages Nr. 8 zum MTE vom 14. 3. 1963 (Umstellung des Urlaubsjahres), abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand.
194. **Nr. 3001a/587** — Anschlußtarifvertrag vom 3. 9. 1963 zur Übernahme des Vierten Tarifvertrages vom 14. 3. 1963 und des Fünften Tarifvertrages vom 25. 4. 1963 zur Änderung des BAT, abgeschlossen mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Hauptvorstand, sowie der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand. Zu 193. und 194. betr. Arbeiter und Angestellte der Einfuhr- und Vorratsstellen für Getreide- und Futtermittel, für Fette, für Schlachtvieh, Fleisch und Fleisch-erzeugnisse, der Einfuhrstelle für Zucker und der Mühlenstelle. Zu 193. und 194. Tarifvertragsparteien: Einfuhr- und Vorratsstelle für Getreide- und Futtermittel, für Fette, für Schlachtvieh, Fleisch und Fleisch-erzeugnisse, Einfuhrstelle für Zucker sowie Mühlenstelle und vorstehend genannte Arbeitnehmerorganisationen.
195. **Nr. 3001a/588** — Anschlußtarifvertrag vom 20. 9. 1963 zur Übernahme der zwischen der Deutschen Bundesbank und der ÖTV, Hauptvorstand, sowie der DAG, Hauptvorstand, abgeschlossenen Tarifverträge, und zwar: Vergütungstarifvertrag Nr. 3 vom 1. 6. 1963, Zweiter Tarifvertrag zur Änderung des BBKAT vom 6. 6. 1963, Tarifvertrag über den Wegfall von Vergütungsspitzenbeträgen in besonderen Fällen vom 8. 7. 1963, Dritter Tarifvertrag zur Änderung des BBKAT vom 31. 7. 1963. Tarifvertragsparteien: Deutsche Bundesbank und DHV — Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband, Hauptvorstand.
196. **Nr. 3002a/148** — Tarifvertrag Nr. 162 vom 9. 7. 1963 über die Neuregelung der Vergütungsvorschriften für das Krankenpflegepersonal.
197. **Nr. 3002a/149** — Tarifvertrag Nr. 163 vom 10. 7. 1963 über die Entlohnung des Haus-, Stations- und Küchenpersonals und die Gewährung von Sachleistungen an Arbeiter. Zu 196. und 197. betr. Arbeitnehmer in kommunalen Kranken-, Heil-, Pflege- usw. Anstalten im Lande Hessen. Zu 196. und 197. Tarifvertragsparteien: Hessischer Arbeitgeberverband der Gemeinden und Kommunalverbände e. V., Gruppe Verwaltung mit Sondergruppe Kranken-, Pflege-, Heil- und Fürsorgeanstalten, und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksleitung Hessen.
198. **Nr. 3003/40** — Tarifvertrag vom 30. 6. 1963 zur Änderung des Bundesmanteltarifvertrages für die Angestellten der Arbeiterwohlfahrt und ihrer Gliederungen in der Bundesrepublik einschl. West-Berlin vom 18. 9. 1962 (Umstellung des Urlaubsjahres). Tarifvertragsparteien: Arbeiterwohlfahrt-Hauptausschuß e. V., Bonn, und Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, Hauptvorstand, Hamburg.
199. **Nr. 3004/178** — Lohnvertrag vom 18. 7. 1963.
200. **Nr. 3004/179** — Tarifvertrag vom 18. 7. 1963 zur Änderung des Rahmentarifvertrages vom 18. 9. 1962 (Arbeitszeit, Zuschläge, Theaterbetriebszulage). Zu 199 u. 200 betr. gewerbliche Arbeitnehmer der Stadttheater Gießen GmbH. Zu 199 u. 200 Tarifvertragsparteien: Stadttheater Gießen GmbH und Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Bezirksverwaltung Hessen.

Bindende Festsetzungen für die Heimarbeit:

201. **Nr. II-1211/11** — Bindende Festsetzung vom 12. 7. 1963 zur Aufhebung der bindenden Festsetzung über den Urlaub für die mit der Herstellung von Netzen aller

- Art in Heimarbeit Beschäftigten vom 19. 7. 1956, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 141 vom 2. 8. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Netzen aller Art.
202. **Nr. H-1700/124** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Heimarbeit im Holz- und Schnitzstoffgewerbe vom 3. 7. 1963.
203. **Nr. H-1700/125** — Bindende Festsetzung vom 3. 7. 1963 zur Aufhebung der bindenden Festsetzung von Bestimmungen über den Urlaub für die in Heimarbeit im Holz- und Schnitzstoffgewerbe Beschäftigten vom 21. 12. 1956 i. d. F. vom 3. 3. 1960.
Zu 202 u. 203 veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 155 vom 22. 8. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für das Holz- und Schnitzstoffgewerbe.
204. **Nr. H-1207/11** — Bindende Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die Herstellung von Uniformausstattungsgegenständen und leonischen Erzeugnissen anderer Art in Heimarbeit vom 9. 7. 1963, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 143 vom 6. 8. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Posamenten und Uniformausstattungsgegenständen.
205. **Nr. H-1709/23** — Bindende Festsetzung vom 25. 6. 1963 zur teilweisen Aufhebung der bindenden Festsetzung von Bestimmungen über den Urlaub für die Heimarbeit im Korbmacher- und Stuhlflechtergewerbe vom 12. 1. 1955 (für die Herstellung von Klein- und Kleinstkorbwaren).
206. **Nr. H-1709/25** — Bindende Festsetzung von Entgelten für die Herstellung von Klein- und Kleinstkorbwaren und verwandten Artikeln, Geflechten und Taschen aus Bast, Kunstbast, Litzen und sonstigen Austauschstoffen vom 25. 6. 1963.
207. **Nr. H-1709/24** — Bindende Festsetzung der Arbeitszeiten für die Herstellung von Flaschenziergeflechten vom 25. 6. 1963.
Zu 205—207 veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 136 vom 26. 7. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Herstellung von Klein- und Kleinstkorbwaren.
208. **Nr. H-1710/10** — Bindende Festsetzung vom 10. 6. 1963 zur Änderung der Entgelttabelle der bindenden Festsetzung von Entgelten und sonstigen Vertragsbedingungen für die in der Herstellung von Pinseln in Heimarbeit Beschäftigten vom 10. 6. 1958 i. d. F. vom 15. 4. 1961, veröffentlicht im Bundesanzeiger Nr. 140 vom 1. 8. 1963, beschlossen von dem Heimarbeitsausschuß für die Bürsten-, Besen- und Pinselherstellung.
- Durch die Eintragung der Tarifverträge in das Tarifregister und deren Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen wird nicht über die Rechtsgültigkeit der eingetragenen Tarifverträge entschieden.
Tarifexemplare sind nur bei den Vertragsparteien erhältlich.
- Berichtigung: In der Veröffentlichung im StAnz. 1963 S. 844 muß es unter lfd. Nr. 15 richtig heißen: Nr. 409/101.
- Wiesbaden, 8. 10. 1963
Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen
I b — 2607

StAnz. 43/1963, S. 1220

1097

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten

Flurbereinigung Heuchelheim, Krs. Limburg

Flurbereinigungsbeschluss

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. 7. 1953 (BGBl. I S. 591) wird folgender Beschluss erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Heuchelheim, Kreis Limburg, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich der Ortslage und des Waldes jedoch mit Ausnahme des Ortskerns festgestellt. Es hat eine Größe von 115 ha worin eine Waldfläche von 6 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen grünen Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Heuchelheim, Kreis Limburg“ mit dem Sitz in Heuchelheim. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturred in Limburg, Am Renngraben 7, anzu-melden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturred die bisherigen Verhandlungen oder Festsetzungen gelten lassen.

Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufs ebenso gegen sich gelten lassen, wie der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses an bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturred erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsgemäßen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedi-

gungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen der ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturred kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturred Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturred anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger für das Land Hessen veröffentlicht und in der Gemeinde Heuchelheim sowie in den Nachbargemeinden Hangenmeilingen, Dorchheim, Frickhofen, Thalheim und Oberzeuzheim öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluss mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei den Bürgermeisterämtern dieser Gemeinden 2 Wochen lang ausgelegt.

7. Gegen diesen Beschluss kann binnen 2 Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturred in Wiesbaden, Parkstr. 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde erhoben werden.

Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tage der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturred zu erklären.

Wiesbaden, 19. 9. 1963

Landeskulturred

G.Nr. 30346/63

Az.: WF 351

StAnz. 43/1963, S. 1229

1098

Personalnachrichten

Es sind

C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern**d) Regierungspräsident in Wiesbaden**

ernannt

zu Regierungsrätinnen (BaL) die Reg.-Assessorinnen Renate Boehm-Tettelbach (15. 8. 63), Ingrid Leppert (15. 8. 63);

zu Regierungsräten (BaL) die Reg.-Assessoren Alfons Achtmann (15. 8. 63), Karl-Hans Hoffmann-Rothe (15. 8. 63), Dr. Helmut Freller (19. 8. 63), Lothar Schießer (26. 8. 63);

zum Regierungsinspektor (BaL) Angest. Albert Meuer (1. 8. 1963);

zum Regierungsinspektor Reg.-Sekretär (BaP) Hubert Aust (19. 7. 63);

zum Regierungsobersekretär (BaL) Reg.-Sekretär Max Weber, LA Bad Schwalbach (30. 8. 63);

zum Regierungssekretär Verw.-Assistent (BaL) Hermann Krakau, LA Bad Homburg (18. 9. 63);

zum Regierungssekretär (BaP) Paul Lorenz, LA Ffm.-Höchst, (1. 7. 63);

zum apl. Regierungssekretär (BaP) Reg.-Assistent Hermann Hoppe (1. 8. 63);

zum Oberamtsgehilfen Amtsgehilfe (BaL) Heinz Wall, (19. 8. 63);

zu Reg.-Inspektoranwärtern Angest. Heinz Lehmann (19. 8. 63), Reg.-Schr.-Anwärter (BaW) Arno Schäfer (1. 10. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Reg.-Sekretär Wolfgang Lohscheller, LA Rüdeshcim (16. 8. 1963), Reg.-Sekretär Josef Görden (9. 9. 63);

in den Ruhestand versetzt

Reg.-Inspektor Kurt Lorenz (1. 9. 63), Reg.-Obersekretär Georg Lecke, LA Dillenburg, (1. 9. 63), Reg.-Obersekretärin Anne Hahn (1. 10. 63);

ernannt

zum Kriminalhauptmeister der Kriminalobermeister Walter Häuser (BaL) (1. 9. 1963);

zum Kriminalmeister der Polizeihauptwachtmeister im KD Hermann Hilberg (BaL) (1. 9. 1963).

Wiesbaden, 10. 10. 1963

Der Regierungspräsident

P 7 — Az.: 5e 02

StAnz. 43/1963, S. 1230

D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen**b) Oberfinanzdirektion**

ernannt

zum Oberregierungsbaurat (BaL) Regierungsbaurat Ferdinand Zoerb (1. 9. 63);

zum Regierungsbauamtmann (BaL) die Regierungsoberbauinspektoren Karl Gonzoreck, (1. 8. 63), Heinrich Hohmann, (1. 8. 63);

zum Regierungsamtmann (BaL) die Regierungsoberinspektoren Arndt Böschmeyer, (1. 8. 63), Ludwig Brügel (1. 8. 1963);

zum Steueramtmann (BaL) die Steueroberinspektoren Jakob Fröhner (1. 8. 63), Otto Pfeiffer (1. 8. 63);

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL) Regierungsbauinspektor Gerhard Stangel (1. 9. 63);

zum Steueroberinspektor (BaL) Steuerinspektor Kurt Etzold, (1. 9. 63);

zum Steuerinspektor (BaL) ap. Steuerinspektor (BaP) Bernhard Gentsch (3. 9. 63);

zum Steuerinspektor (BaP) die ap. Steuerinspektoren Friedel Crößmann (10. 9. 63), Willi Birbaum (13. 9. 63);

zum Oberamtsgehilfen (BaL) die Amtsgehilfen Albrecht Menge (1. 8. 63), Friedrich Messerschmidt (1. 8. 63);

Steuerverwaltung

zum Regierungsdirektor (BaL) Oberregierungsrat Dr. Franz Gerlinger, FA Frankfurt, Stiftstr. (1. 9. 63);

zum Regierungsrat (BaL) die Regierungsassessoren (BaP) Dr. Otto Bauer, FA Bad Homburg (1. 8. 63); Karl Lorenz, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (1. 8. 63);

zum Regierungsassessor (BaP) die Assessoren im Finanzdienst (BaW) Hans Heil, FA Frankfurt a. M.-Börse (22. 8. 1963), Konrad Laube, FA Frankfurt a. M.-Börse (22. 8. 63), Dr. Eberhard Mittwich, FA Frankfurt a. M.-Börse (22. 8. 63), Karl-Heinrich Pflanz, FA Kassel, Goethestraße (23. 8. 63), Wolfgang Wirth, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (28. 8. 63), Gerhard Koberg, FA Offenbach-Stadt (16. 9. 63);

zum Stellerrat (BaL) Steueramtmann Wilhelm Klauer, FA Frankfurt a. M.-Börse (1. 9. 63);

zum Steueroberinspektor (BaL) die Steuerinspektoren (BaL) Walter Filzinger, FA Friedberg (1. 8. 63), Wolfgang Scholz, FA Wiesbaden, Mainzer Str. (Lo-Stelle) (1. 8. 63), Fritz Bering, FA Hofgeismar (1. 9. 63), Otto Hott, FA Alsfeld (1. 9. 1963), Friedrich Mühl, FA Friedberg (1. 9. 63), Artur Rasch, FA Frankfurt a. M., Hamburger Alle (1. 9. 63), Friedrich Remberger, FA Frankfurt a. M., Hamburger Allee (1. 9. 63), Albert Zimmermann, FA Offenbach-Stadt (1. 9. 63);

zum Steuerinspektor (BaL) die Steuerobersekretäre Walter Billasch, FA Friedberg (1. 8. 63), Ernst Berk, FA Alsfeld (1. 8. 63), Horst Brenk, FA Kassel, Goethestraße (1. 8. 63), Heinz Eckhardt, FA Melsungen (1. 8. 63), Karl-Heinz Erlat, FA Melsungen (1. 8. 63), Karl Frede, FA Korbach (1. 8. 1963), Kurt Hartwig, FA Hofgeismar (1. 8. 63), Gerhard Kästner, FA Bad Homburg (1. 8. 63), Herbert Kaiser, FA Langen (1. 8. 63), Wilhelm Kehl, FA Hanau (1. 8. 63), Heinz Kirchner, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (1. 8. 63), August Klar, FA Frankfurt a. M.-Höchst (1. 8. 63), Ernst Muth, FA Limburg (1. 8. 63), Paul Schmidt, FA Homberg (1. 8. 63), Johann Trumpfheller, FA Darmstadt (1. 8. 63), Gert Weber, FA Witzenhausen (1. 8. 63), Dietrich Witte, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (1. 8. 63);

zur Steuerinspektorin (BaL) die Steuerobersekretärin Käthe Engel, FA Korbach (1. 8. 63);

zum Steuerinspektor (BaL) die ap. Steuerinspektoren (BaP) Horst Braun, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (4. 9. 63); Leopold Blahak, FA Groß-Gerau (5. 9. 63), Horst Eichhorn, FA Frankfurt a. M.-Taunustor (5. 9. 63), Gerhard Elsebach, FA Kassel, Goethestraße (5. 9. 63), Reinhold Kuhn, FA Kassel, Goethestraße (5. 9. 63), Heinrich Meyer, FA Limburg (5. 9. 63), Josef Stadler, FA Fulda (5. 9. 63), Karl-Heinrich Völker, FA Marburg (6. 9. 63), Hugo Weitzel, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (6. 9. 63), Alfred Hellemann, FA Marburg (8. 9. 63), Karl Dörrbecker, FA Kassel, Spohrstraße (12. 9. 63), Helmut Herwig, FA Kassel, Spohrstraße (12. 9. 63), Erich Babinsky, FA Offenbach-Stadt (13. 9. 63), Dieter Borchert, FA Offenbach-Stadt (13. 9. 63), Hans-Joachim Breiding, FA Kassel, Spohrstraße (13. 9. 63), Peter Keller, FA Rüdeshcim (13. 9. 63), Peter Krieger, FA Bensheim (13. 9. 63), Günter Rein, FA Witzenhausen (13. 9. 1963), Günter Sommer, FA Frankfurt a. M., Hamburger Allee (13. 9. 63), Werner Weise, FA Michelstadt (13. 9. 63), August Berndt, FA Frankfurt a. M., Stiftstraße (16. 9. 63), Helmut Koch, FA Friedberg (18. 9. 63), Ortwin Kreutz, FA Langen (24. 9. 63), Rolf Clemenz, FA Dillenburg (12. 9. 63), Dieter Michel, FA Dillenburg (12. 9. 63), Karl Wassum, FA Darmstadt (12. 9. 63), Hans-Dieter Zeuch, FA Eschwege (12. 9. 63), Helmut Becker, FA Gißen (13. 9. 1963), Hans-Georg Döling, FA Wiesbaden, Mainzer Straße (13. 9. 63), Günter Duschek, FA Groß-Gerau (13. 9. 63), Ernst Enders, FA Wetzlar (13. 9. 63), Ralf Heere, FA Hofgeismar (13. 9. 63), Klaus Heisig, FA Groß-Gerau (13. 9. 63), Kurt Kaetzler, FA Frankfurt a. M., Taunustor (13. 9. 63), Volkhart Knauer, FA Frankfurt a. M., Stiftstr. (13. 9. 63), Alfred Kolb, FA Offenbach-Stadt (13. 9. 63), Werner Schäfer, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (13. 9. 63), Karl-Heinz Wilhelm, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (13. 9. 63).

Karl-Heinz Schild, FA Rotenburg (17. 9. 63), Heribert Ballmeier, FA Melsungen (20. 9. 63), Gerhard Schäfer, FA Groß-Gerau (23. 9. 63);

zur Steuerinspektorin (BaP) die ap. Steuerinspektorinnen Barbara Bliemel, FA Hanau (13. 9. 63), Dietlind Schickel-Hossbach, FA Frankfurt a. M., Stiftstraße (13. 9. 63);

zum Steuerhauptsekretär (BaL) Steuerobersekretär Helmut Vogt, FA Kassel, Spohrstraße (1. 9. 63);

zum Steuerobersekretär (BaL) die Steuersekretäre Heinrich Becker, FA Friedberg (1. 9. 63), Karl Haines, FA Kassel, Spohrstraße (1. 9. 63), Heinrich Lenz, FA Dillenburg (1. 9. 1963), Jakob Mayer, FA Rüdeshcim (1. 9. 63), Wilhelm Mieke, FA Gelnhausen (1. 9. 63), Franz Nemetz, FA Bad Schwalbach (1. 9. 63), Günther Wermuth, FA Darmstadt (1. 9. 63);

Staatsbauverwaltung

ernannt

zum Oberregierungsbaurat (BaL) Regierungsbaurat (BaL) Friedrich Mosebach, Sonderbauamt Bad Hersfeld (1. 9. 63);

zum Regierungsoberbauinspektor (BaL) die Regierungsbauinspektoren Karl-Heinz Bötte, Sonderbauamt Kassel (1. 9. 1963), Reinhold Himmelheber, Staatsbauamt Darmstadt (1. 9. 1963), Alfred Jaroschka, Staatsbauamt Marburg-Land (1. 9. 1963), Erich Knierim, Sonderbauamt Kassel (1. 9. 63), Wilhelm Scharmman, Staatsbauamt Gießen-Land (1. 9. 63);

in den Ruhestand getreten

Steuerverwaltung

Steuersekretär Georg Kleinhenz, FA Kassel, Goethestraße (1. 9. 63);

Regierungsrat Hans Reibold, FA Fürth (Odw.) (1. 10. 63); Steueroberinspektor Rudolf Hertzsch, FA Darmstadt (1. 10. 1963);

Steuerhauptsekretär Friedrich Machleid, FA Bensheim (1. 10. 63);

in den Ruhestand versetzt

Steuerverwaltung

Steueramtman Karl Mahla, FA Hanau (1. 9. 63), Steuerinspektor Jakob Ehrhardt, FA Bad Hersfeld (1. 9. 63), Steuerobersekretär Artur Schilbach, FA Offenbach-Stadt (1. 9. 63), Steuerobersekretär Hans Zeber, FA Bad Homburg (1. 9. 63), Steuerrat Kurt Deichelmann, FA Offenbach-Land (1. 10. 63), Steuerrat Jakob Trautmann, FA Darmstadt (1. 10. 63), Steueroberinspektor Herbert Rüdiger, FA Darmstadt (1. 10. 63), Steuerinspektor Johann Röder, FA Gelnhausen (1. 10. 63), Steuerhauptsekretär Erich Thieme, FA Michelstadt (1. 10. 63), Steuerobersekretär Friedrich Haupt, FA Offenbach-Stadt (1. 10. 63), Verwaltungsassistent Josef Schmidler, FA Hanau (1. 10. 63);

Staatsbauverwaltung

Regierungsbaurat Hans Jahn, Staatsbauamt Hofgeismar (1. 10. 63);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Steuerverwaltung

Steuersekretär Otto Seidel, FA Frankfurt a. M.-Börse (11. 6. 1963), Steuersekretär Heinrich Döhne, FA Kassel, Goethestraße (12. 8. 63), Steuersekretär Otto Stephan, FA Frankfurt a. M.-Höchst (12. 8. 63), Steuerobersekretär Willi Alke, FA Wiesbaden, Herrngartenstraße (14. 8. 63), Steuersekretär Georg Fath, FA Fürth (Odw.) (14. 8. 63), Steuersekretär Hermann Farr, FA Frankfurt a. M., Stiftstraße (19. 8. 63), Steuerobersekretär Georg Kraus, FA Frankfurt a. M., Hamburger Allee (19. 8. 63), Steuerobersekretär Karl Trieschmann, FA Witzhausen (19. 8. 63), Steuersekretär Ernst Gass, FA Frankenberg (19. 8. 63), Steuerobersekretär Paul Janietz, FA Rüdeshcim (26. 8. 63), Steuersekretär Christian Geißendörfer, FA Offenbach-Stadt (26. 8. 63), Steuersekretär Wilhelm Kreckel, FA Limburg (26. 8. 63), Steuerobersekretär Paul Kosmala, FA Darmstadt (31. 8. 63), Steuerobersekretär Fritz Otterbach, FA Kassel, Spohrstraße (2. 9. 63), Steuersekretär Heinrich Feigk, FA Michelstadt (10. 9. 63), Steuerobersekretär Franz Schwarz, FA Kassel, Spohrstraße (20. 9. 63).

Oberfinanzdirektion

P 1400 — 50 — Lv I 62

StAnz. 43/1963, S. 1230

II. im Bereich des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen

a) Regierungspräsident Wiesbaden (Gewerbeaufsichtsverwaltung und Technische Überwachung)

ernannt

zum Oberregierungsgewerbeberater Regierungsgewerbeberater Wolfgang Kilb vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt/M. (9. 9. 1963) (BaL);

zum Regierungsgewerbeberater Regierungsgewerbeassessor Theodor Meilinger vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt am M. (9. 9. 1963) (BaL);

zum Gewerbeinspektor Gewerbeobersekretär Hermann Belzer vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Limburg (19. 9. 1963) (BaL);

zum Gewerbeinspektor Handelskontrolleur Helmut Wurzbacher vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt a. M. (17. 9. 1963) (BzA);

zum Gewerbeobersekretär Gewerbebesekretär Rudi Sander vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden (22. 7. 1963) (BaP);

zum Regierungsinspektor Verwaltungsangest. Philipp Weller vom Technischen Überwachungsamt in Frankfurt am Main (11. 7. 1963) (BaP);

zum apl. Gewerbebesekretär Gew.-Sekt.-Anwärter Gerhard Hahn vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt a. M. (14. 5. 1963) (BaP);

zum apl. Gewerbebesekretär Gew.-Sekt.-Anwärter Karl-Heinz Heil vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden (2. 5. 1963) (BaP);

zum apl. Gewerbebesekretär Gew.-Sekt.-Anwärter Willi Malcharczik vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt am Main (14. 5. 1963) (BaP);

zum Gewerbebesekretäranwärter Franz Glöckner vom Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Frankfurt am Main (10. 7. 1963) (BaW);

versetzt

apl. Gewerbebesekretär Hans Georg Loos vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Wiesbaden mit Urkunde vom 10. 7. 1963 zum Regierungspräsidenten in Darmstadt.

Wiesbaden, 10. 10. 1963

Der Regierungspräsident

P 7 — Az.: 5e 02

StAnz. 43/1963, S. 1231

I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

Forstverwaltung

ernannt

zum Oberforstmeister die Forstmeister (BaL) Burkhard von Baumbach, FA Ewersbach (27. 8. 1963); Heinz Berkenheier, FA Schönstein (27. 8. 1963); Gerhard Boos, FA Bracht (27. 8. 1963); Gerhard Hartwig, FA Naumburg (27. 8. 1963); Dr. Fritz Heinrich, FA Witzhausen (27. 8. 1963); Georg Hölzel, FA Stordorf (27. 8. 1963); Hans Mattlener, FA Hadamar (27. 8. 1963); Hans Peerenboom, FA Eltville (27. 8. 1963); Aloys Schröer, FA Fritzlar (27. 8. 1963); Heinrich Ullrich, FA Niederbeisheim (27. 8. 1963);

zum Forstamtman die Oberförster (BaL) Fritz Dickhaut, FA Rhoden (4. 9. 1963); Josef Holzapfel, FA Rhoden (4. 9. 1963);

zum Regierungsoberinspektor Regierungsinspektor (BaL) Heinrich Reinbold, RP Kassel (9. 9. 1963); Wilhelm Schmidt, RP Kassel (9. 9. 1963);

zum Forstreferendar (BaW) die Dipl.-Forstwirte Ulrich Celsen, Martin Demandt, Hubertus Fröhlich, Dieter Germann, Günter Grotewold, Siegfried Hinder, Dietrich Kaiser, Hartmut Kenneweg, Hanns-Helmut Paul, Siegfried Pescha (sämtliche FEA Gießen, 30. 8. 1963);

zum apl. Revierförster (BaP) die Revierförsteranwärter Hanskarl Bauer, Waldemar Braun, Peter Eisernitz, Helmut Feisel, Heinrich Friedrich, Eckart Gossfelder, Dieter Haak, Gerhard Hainbuch, Hans-Jürgen Jakob, Kurt Kröll, Dietrich Kulsch, Manfred Marx, Horst Nowraty, Friedrich

Reuter, Hans-Wilh. Schmandt (sämtlich Bez. Darmstadt, 23. 9. 1963); Wolfgang Appel, Hans Bertram, Helmut Blau, Werner Böhm, Hans D. Ellermann, H. Friebertshäuser, Heinz Friedrich, Jürgen Gall, Kurt Grebe, Helmut Hoeppe, Walter Krause, Erhard Küllmer, Willi Lampe, Wolfgang Leisten, Wilhelm Leonhäuser, Fritz Mewes, Sigmar Salzmann, Martin Weltecke (sämtlich Bez. Kassel, 13. 9. 1963); Hans Hugo Beier, Horst Gundlach, Winfried Hömberg, Hans Lepke (sämtlich Bez. Wiesbaden, 23. 9. 1963); zum Revierförsteranwärter (BaW) die Anwärter für die Revierförsterlaufbahn Norbert Bormuth, Gerhard Engel, Heinz Günther, Michel Kütke, Karl-Heinz Semm, Christian Winkler (sämtliche Bez. Darmstadt, 10. 9. 1963); Wilhelm Albrecht, Klaus Behlen, Franz Beranek, Reinhard Bick, Wolfgang Böhle, Dietrich Emde, Alois Füller, Harald Gippert, Achim Grün, Ludwig Karner, Hubertus Klering, Udo Lippke, Oskar Macusel, Walter Müller, Jürgen Schlag, Hubertus Wachsmuth, Wilfried Wehnes, Rainer Volk-

wein (sämtlich Bez. Kassel, 4. 9. 1963); Hans-Ulrich Bill, Siegfried Draschner, Hans-Walter Eckel, Manfred Gerhardt, Hans-J. Häberlein, Harald Kuffner, Hans-Joachim Leicht, Michael Lipphardt, Albert Lohr, Detlef Pahl, Jürgen Reitz, Siegfried Wolff (sämtlich Bez. Wiesbaden, 4. 9. 1963);

in den Ruhestand getreten nach Erreichen der Altersgrenze

Forstoberamtmann Otto Krause, Altengronau; Oberförster Alfred Doenst, Oberkaufungen; Oberförster Alfred Heinick, Netze; Oberförster Georg Kehr, Netze; Revierförster Otto Hildebrandt, Oberkaufungen; Revieroberforstwart Georg Siebert, Gudensberg (sämtlich Ende des Monats Okt. 1963).

Wiesbaden, 14. 10. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten
StAnz. 43/1963, S. 1231

1099 WIESBADEN

Regierungspräsidenten

Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung des Herrn Architekten Ernst Fr. Flauaus, Frankfurt am Main, Nibelungenallee 51, als Sachverständiger für das Baufach und Schätzer von Liegenschaften und Gebäuden, vereidigt am 26. Juni 1951, ist erloschen.

Wiesbaden, 26. 9. 1963

Der Regierungspräsident

III 1 — 2 — Az.: 73a 04/03 20
StAnz. 43/1963, S. 1232

1100

Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung des Herrn Albert Stützel, Frankfurt am Main, Rotlinstraße 42, zum Sachverständigen für Landläufige Kunstgegenstände und Antiquitäten, vereidigt am 30. 4. 1952, ist erloschen.

Wiesbaden, 1. 10. 1963

Der Regierungspräsident

III 1 — 2 — Az.: 73a 04/03 20
StAnz. 43/1963, S. 1232

1101

Erlöschen einer Bestellung als Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung des Herrn Hermann Egge, Oberursel (Taunus), Schillerstraße 4, zum Sachverständigen für Mülerei, Mühlen und Speicherbau, vereidigt am 19. März 1947, ist erloschen.

Wiesbaden, 1. 10. 1963

Der Regierungspräsident

III 1 — 2 — Az.: 73a 04/03 20
StAnz. 43/1963, S. 1232

1102

Erlöschen einer Bestellung als Schätzer und Sachverständiger

Die öffentliche Bestellung des Herrn Professor Dr.-Ing. Walter Heimann, Wiesbaden-Dotzheim, Gehrner Weg 15, als Schätzer und Sachverständigen für elektronische Geräte, insbesondere Hoch- und Niederfrequenzeinrichtung, fernsprechtechnische Geräte, Apparate der Hochvakuumtechnik und Elektronenröhren aller Art sowie optische und akustische Apparate, vereidigt am 2. 3. 1948, ist erloschen.

Wiesbaden, 30. 9. 1963

Der Regierungspräsident

III 1 — 2 — Az.: 73a 04/03 20
StAnz. 43/1963, S. 1232

1103

Bestellung als Schätzer und Sachverständiger

Ich habe heute Herrn Erwin Studen, Kalbach (Obertaunuskreis), Am Oberschlag 9, als Schätzer und Sachverständigen für Bienenseuchen im Gebiet des Obertaunuskreises bestellt.

Die Vereidigung erfolgte durch den Herrn Landrat des Obertaunuskreises.

Gleichzeitig wird die Bestellung der Bienenseuchensachverständigen Paul Vorbau, Oberusel (Taunus), Hospitalstr. 13, und Albert Lindner, Bad Homburg, Braumannwiese 8 (StAnz. 1954 S. 886), widerrufen.

Wiesbaden, 1. 10. 1963

Der Regierungspräsident

I 7 — 1 — Az.: 19b 26 33a
StAnz. 43/1963, S. 1232

Buchbesprechungen

Grunderwerbsteuergesetz mit Durchführungsverordnung und landesrechtlichen Einzelvorschriften. Kommentar von Ernst Paul Boruttiau, Bundesrichter i. R., und Dr. jur. Otto Klein, Bundesrichter. 7., neubearb. Auflage 1963, 995 S., 8°, 48,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Der Kommentar hat sich als umfassendes Erläuterungswerk bewährt. Durch die 7. Auflage wurde der Grunderwerbsteuer-Kommentar erweitert. Das Grunderwerbsteuerrecht ist Länderrecht und stark zersplittert. Es dient hervorgehoben zu werden, daß die Verfasser einen erschöpfenden Querschnitt durch dieses Steuerrechtsgebiet geben. Die inzwischen ergangene Bundes- und Landesgesetzgebung ist berücksichtigt worden. Hervorgehoben werden muß die Aufnahme der landesrechtlichen Befreiungsvorschriften,

die aus Anlaß der Verkündung des Bundesbaugesetzes ergingen. Die neue Auflage berücksichtigt auch die neueste Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes und, soweit erforderlich, die der Finanzgerichte.

Der Kommentar wird auch in seiner neuesten Auflage von jedem begrüßt, der sich privat oder geschäftlich mit Grunderwerbsteuerfragen befassen muß. Er ist handlich und übersichtlich. Die Verfasser haben sich der Aufgabe, ein durch die Rechtsentwicklung stark zersplittertes Steuerrechtsgebiet, das in seiner Bedeutung nicht verkannt wird, anschaulich darzustellen, gewachsen gezeigt. Jeder, der sich mit dieser Materie befassen muß, sollte diese neueste Auflage zur Hand haben.

Regierungsdirektor Landgrebe

Arbeitsverträge zweckmäßig gestalten — Praktische Hilfen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer von Dr. Jobst Gumpert, 1963, 176 S., gebunden — laminiert, 16,80 DM, Heidelberger Fachbücherei GmbH, Heidelberg.

Mit dieser Schrift gibt ein erfahrener Kenner des Arbeitslebens und des Arbeitsrechts einen hochwillkommenen Leitfaden zur individuellen Ausgestaltung der Arbeitsverträge. Sie zweckmäßig zu gestalten, ist ein altes Anliegen, das nicht nur den Arbeitgeber angeht, sondern ebenso den Arbeitnehmer und die Verbände. Es ist bekannt, daß eine Unmenge von Arbeitsprozessen zu vermeiden wäre, wenn mehr Sorgfalt auf den Abschluß von Arbeitsverträgen gelegt werden würde. Vor allem sollte der Arbeitsvertrag stets schriftlich abgeschlossen werden, um nach Möglichkeit späteren Auseinandersetzungen, die den Arbeits- und auch unter Umständen den Betriebsfrieden stören können, vorzubeugen. Das gesprochene Wort verfliegt und keiner weiß recht, was ausgemacht wurde. Aber nicht nur der Jurist weiß, wie schwierig es ist, die Arbeitsbedingungen kurz, zweckentsprechend und klar, aber auch so vollständig wie möglich schriftlich zu formulieren. Das ist eine wahre Kunst. Hierbei ist das Werk Gumperts ein zuverlässiger Ratgeber.

Um von vornherein einem Irrtum vorzubeugen: Die Schrift Gumperts enthält keine ins einzelne gehende Hinweise zur praktischen Ausgestaltung des Lehrlings- oder des Anlernungsvertrages. Das Werk ist auch nicht ein Formularbuch. Das ist gut so. Von vielen Seiten ist es immer wieder versucht worden, ein einheitliches Muster eines Arbeitsvertrages zu entwerfen, jedoch scheitern diese Bemühungen letztlich an der Vielfalt der Lebenserscheinungen, die im Arbeitsleben vorkommen. Der Arbeitsvertrag hat gerade die Aufgabe, innerhalb des gesetzlichen und kollektivrechtlichen Rahmens die individuellen Beziehungen zu gestalten. Der Ratsuchende wird in dem Werk von Gumpert eine Menge von Anregungen finden. Er wird informiert, was bei den verschiedenen Vertragsregelungen zu beachten ist. Wenn sich die Partner entschließen, eines der zahlreichen speziellen Arbeitsvertragsmuster für bestimmte Berufsgruppen zu benutzen, sollte bei jeder einzelnen Bestimmung des Formulars geprüft werden, ob das Muster auf den abzuschließenden Arbeitsvertrag den Vorstellungen entsprechend auch wirklich paßt. Für diesen Zweck eignet sich das Werk Gumperts ebenfalls bestens. Es ist klar und übersichtlich, knapp, aber erschöpfend. Besonders wertvoll ist, daß das Werk auch Hinweise auf die Rechtsfolgen mancher Formulierungen gibt. Die eingehende Gliederung und das Stichwortverzeichnis erhöhen die Brauchbarkeit dieser Schrift.

Gut ist es auch, daß das Werk Gumperts Ausführungen über zweckmäßige Überlegungen für einen wirklich allen Anforderungen entsprechenden Arbeitsvertrag enthält. Zu wünschen wäre für die 2. Auflage, wenn der Verfasser noch auf den Umfang der Fragebefugnis bei der Vorstellung eingehen würde. Gerade darüber bestehen in der Praxis noch Unklarheiten. Unter welchen Umständen darf der Arbeitgeber nach eventuellen Vorstrafen fragen? Oder: Ist der Arbeitgeber befugt, eine Frau — ob verheiratet oder nicht — zu fragen, ob sie in anderen Umständen sei oder ist es regelmäßig ein unstatthafter Eingriff in die Persönlichkeitssphäre? (Vgl. Neumann-Duisberg, JZ 1962 S. 204, BAG vom 22. 9. 1961 AP Nr. 15 zu § 123 BGB mit Anm. v. Larenz; AG Düsseldorf Kammer Köln, vom 16. 10. 1962, BB 1963 S. 978.)

Auch im Bereich des öffentlichen Dienstes gehörte m. E. dieser Leitfaden in die Hand jedes Personalchefs, obwohl der Schwerpunkt dieses Werkes zweifellos im privaten Bereich liegt.

Oberregierungsrat Dr. Volmer

Die Vergnügungssteuer in den Ländern Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Zweite ergänzte Auflage — Stand 1. 6. 1963. Von Amtsrat a. D. Paul Krüger, Kiel. Sonderheft 154—156 der Schriftenreihe „Die Gemeindekasse“. 56 S., Preis 3,45 DM. Richard Boorberg Verlag — Stuttgart und Hannover.

Die Schriftenreihe ist zu begrüßen. In die Neuauflage ist die gesamte seit der Voraufgabe ergangene Gesetzgebung eingearbeitet. Verwaltungsdirektiven sind berücksichtigt. Neuere Rechtsprechung ist angeführt. Die Übersichtlichkeit der Darstellung verdient hervorgehoben zu werden. Jeder Bearbeiter von Vergnügungssteuerangelegenheiten kann sich mit schnellem Blick über das anstehende Problem unterrichten. Es ist ein Buch eines Praktikers für den Praktiker.

Regierungsdirektor Landgrebe

Zipfel, Lebensmittelrecht, Kommentar der gesamten lebensmittelrechtlichen Vorschriften von Walter Zipfel und Mitarbeitern. 1. Ergänzungslieferung, 580 S., 30,— DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Kürzlich erschien die 1. Ergänzungslieferung zu der im Verlag C. H. Beck, München und Berlin, erstmalig im vergangenen Jahr herausgegebenen Grundlieferung der Loseblatt-Sammlung „Lebensmittelrecht“ von dem bekannten erfahrenen Kommentator Landgerichtsdirektor Dr. Walter Zipfel.

Während die Grundlieferung das Lebensmittelgesetz und dessen ausführliche Kommentierung nebst Abhandlung der umfangreichen Rechtsprechung umfaßte, bringt die 580 Seiten umfassende Ergänzungslieferung die Textteile der Rechtsvorschriften betreffend Fleisch und Fleischerzeugnisse mit den umfangreichen Regelungen der Fleischbeschau und Auslandsfleischbeschau sowie das Nitritgesetz mit ausführlichem und sehr gründlichem Kommentar.

Des weiteren sind aufgenommen und kommentiert die Fruchtbehandlungsverordnung, die Essenzverordnung, das Biersteuergesetz mit seinen Durchführungsbestimmungen, schließlich noch die Süßstoffverordnung.

Die Kommentierung des Lebensmittelgesetzes und der Lebensmittel-Kennzeichnungsverordnung der Grundlieferung wird durch Austauschblätter auf den neuesten Stand gebracht.

In verdienstvoller Weise sind Verfasser und Mitarbeiter mit Erfolg bemüht, das schon jetzt erstaunlich umfangreiche Material nicht zu knapp und gut übersichtlich darzulegen, wobei man den Eindruck gewinnt, daß alle kritischen und kommentierenden einschlägigen Veröffentlichungen gewürdigt wurden. Wo notwendig, wird auch an der Rechtsprechung im besonderen Fall konstruktive, verantwortungsbewußte Kritik geübt.

So wächst dieses Werk immer mehr zu einem unentbehrlichen Werkzeug derjenigen, die sich in der Verwaltung, besonders in der Peripherie der Exekutive, in den Fachanstalten, in den Strafverfolgungsbehörden und in der Justiz mit Fragen des Lebensmittelrechts zu befassen haben.

Aber nicht nur diesen, auch der Ernährungswirtschaft und dem Handel, besonders aber den Fachverbänden und Interessenvertretungen wird dieses Werk auf alle einschlägigen Rechtsfragen eine befriedigende Antwort geben. Es ist zu wünschen, daß die Arbeit an diesem Werk flott vorangeht, damit recht bald der Zustand erreicht ist, von dem ab nur noch Neues als Ergänzung zuzufügen ist und ein vollständiges Werk vorliegt, das praktisch stets dem neuesten Stand der Gesetzgebung und Kommentierung auf diesem Gebiet entspricht.

Oberregierungschemierat Dr. Depner

Thumser, Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz). 2. Ergänzungslieferung, Stand: Juli 1963. Verlag R. S. Schulz, München 15.

Der Kommentar (Loseblatt-Ausgabe) wurde von mir bereits im StAnz. 1962 S. 1151 besprochen, ebenso die 1. Ergänzungslieferung — Stand 15. Oktober 1962 — im StAnz. 1963 S. 42.

Die nunmehr herausgegebene 2. Ergänzungslieferung, die auf den Stand vom Juli 1963 gebracht wurde, enthält zunächst die durch das Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes vom 20. Juli 1962 (BGBl. I S. 449) und durch das Bundesurlaubsgesetz vom 8. Januar 1963 (BGBl. I S. 2) notwendig gewordenen Änderungen und Ergänzungen im Gesetzestext und Kommentar. Weiterhin wurde der Anhang neu geordnet und wesentlich erweitert. Er wurde neu gegliedert und in die Anhänge: I — Bundesrechtliche Bestimmungen, II — Landesrechtliche Bestimmungen und III — Nebengesetze eingeteilt. Hiervon ist der Anhang III völlig neu; in ihm wurden mehr oder weniger sämtliche in Betracht kommenden Neben- und Randgesetze, die unter dem Aspekt des Jugendarbeitsschutzes von Bedeutung sind, vollständig bzw. auszugsweise erfaßt. Durch diese Erweiterung, die den Kommentar an Umfang um fast das Doppelte anwachsen ließ, bleibt es dem Benutzer erspart, gegebenenfalls erst die betreffenden Gesetzesmaterialien beziehen zu müssen. Die 2. Ergänzungslieferung stellt mithin eine begrüßenswerte Erleichterung für die praktische Arbeit mit dem Kommentar dar.

Oberregierungsrat Stenzel

1963

Montag, den 28. Oktober 1963

Nr. 43

Veröffentlichungen

2916

Widmung einer im Zuge der Kreisstraße 3 in den Gemarkungen Friedensdorf und Allendorf, Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, neugebauten Straße

Die in den Gemarkungen Friedensdorf und Allendorf, Landkreis Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, neugebaute Straße von km 0,657 neu (= km 0,661 alt) bis km 1,167 neu (= km 1,159 alt) = 510 m, wird mit Wirkung vom 1. 11. 1963 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. Oktober 1962 — GVBl. I S. 437).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der Kreisstraße 3.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Widmung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreisauausschuß des Landkreises Biedenkopf in Biedenkopf, Kiesackerstraße 12, Widerspruch erhoben werden. Es ist tunlich, den Widerspruch zu begründen und einen bestimmten Antrag zu stellen.

356 Biedenkopf, 11. 10. 1963

**Der Kreisauausschuß
des Landkreises Biedenkopf**
K 1 F — 651-30

In Vertretung:
Dr. Gusovius
Erster Kreisbeigeordneter

2917

Widmung der im Zuge der Kreisstraße 38 neugebauten Strecke in der Gemarkung Dillenburg, Dillkreis, Reg.-Bez. Wiesbaden

Die in der Gemarkung Dillenburg, Dillkreis, Reg.-Bez. Wiesbaden, neugebaute Straße von km 0,397 bis km 0,681 = 284 m, wird mit Wirkung vom 1. 11. 1963 für den öffentlichen Verkehr gewidmet (§ 4 Abs. 1 des Hess. Straßengesetzes — HStrG — vom 9. 10. 1962 GVBl. I S. 437).

Sie erhält damit die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird Teil der Kreisstraße 38.

Rechtsmittelbelehrung:

Gegen die vorstehende Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Veröffentlichung schriftlich oder zu Protokoll bei mir Widerspruch eingelegt werden.

Vor der Entscheidung über den Widerspruch erfolgt eine mündliche Erörterung der Sach- und Rechtslage durch den bei mir als Behörde der Landesverwaltung gebildeten Widerspruchsausschuß, falls nicht gleichzeitig mit der Einlegung des Widerspruchs auf eine Anhörung verzichtet wird oder der Betroffene dem festgesetzten Termin fernbleibt.

634 Dillenburg, 10. 10. 1963

Der Kreisauausschuß des Dillkreises
Rehrmann, Landrat

Gerichtsangelegenheiten

2918

Erteilung einer Erlaubnis zur Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten

371a E — 1888: Herrn Simon Wolf W d o w i n s k i, 6 Frankfurt (Main), Westendstraße 75, wird auf Grund des Gesetzes zur Verhütung von Mißbräuchen auf dem Gebiete der Rechtsberatung vom 13. 12. 1935 (RGBl. I S. 1478) die Erlaubnis zur geschäftsmäßigen Besorgung fremder Rechtsangelegenheiten auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialversicherung für den Amtsgerichtsbezirk Frankfurt (Main) erteilt.

Die Erteilung der Erlaubnis wird mit der Auflage verbunden, jede Vermittlung von Versicherungsverträgen zu unterlassen.

Mit der Zulassung wirkt das Werbeverbot des § 1 Abs. 3 der 2. AusfVO zum Rechtsberatungsmissbrauchsgesetz vom 3. 4. 1936 (RGBl. I S. 359). Als einzige werbende Maßnahme ist die Verwendung der Berufsbezeichnung „Rechtsbeistand“ auf dem Gebiete der gesetzlichen Sozialversicherung erlaubt. Alle anderen werbenden Maßnahmen sind untersagt.

Diese Erlaubnis berechtigt nicht zum mündlichen Verhandeln vor Gericht.

Geschäftssitz ist Frankfurt (Main).

6 Frankfurt (Main), 15. 10. 1963

Der Amtsgerichtspräsident

2919

Öffentliche Zustellung

Im Disziplinarverfahren gegen den Kriminalobermeister Willi Mierwald in Marburg (Lahn), Im Stiftsfeld 19, z. Z. unbekanntes Aufenthalts, ist durch Beschluß der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht in Kassel vom 11. Oktober 1962 — DS Nr. 862 jetzt DS Nr. 363 — die öffentliche Zustellung bewilligt worden.

Termin zur Hauptverhandlung, zu dem hiermit der Beschuldigte Willi Mierwald geladen wird, ist auf Freitag, den 8. November 1963 um 9 Uhr im Sitzungssaal des Verwaltungsgerichts in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 3, 1. Stock, Zimmer 132, anberaumt.

Die Anschuldigungsschrift ist mit Frist zur Äußerung bis zum gleichen Tage an der Bekanntmachungstafel des Verwaltungsgerichts ab 17. Oktober 1963 ausgehängt.

35 Kassel, 17. 10. 1963

Der Vorsitzende der Disziplinarkammer beim Verwaltungsgericht in Kassel

2920 Aufgebote

5 F 6/63 — **Aufgebot:** Die 1. Stadt Butzbach, 2. Eheleute Rechtsbeistand Eberhard Kluck und Margarethe geb. Bingel, beide wohnhaft in Butzbach, Bismarckstraße 9, 3. Eheleute Masseur Wilhelm Heinrich

Athelger und Katharine geb. Adami, beide wohnhaft in Nieder-Weisel, haben das Aufgebot der folgenden nicht mehr auffindbaren Urkunden beantragt:

1. Grundschuldbrief über 10 000,— GM nebst 5,5% Zinsen,

2. Grundschuldbrief über 5000,— RM nebst 5% Zinsen, beide eingetragen für das Mathildenstift in Butzbach, jetzt Kreis-sparkasse Friedberg, im Grundbuch von Butzbach;

1. Band 40, Blatt 1896, Abteilung III Nr. 11 und 12,

2. Band 38, Blatt 1843, Abteilung III Nr. 1 und 2,

3. Band 41, Blatt 1909, Abteilung III Nr. 2 und 3.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 14. Jan. 1964, um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 1, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

6308 Butzbach, 11. 10. 1963 **Amtsgericht**

2921

F 4/63: Die Witwe Elisabeth Hartmann geb. Keßler aus Mörshausen, Krs. Fritzlar-Homberg, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Mörshausen, Band 4, Blatt 47, in Abt. III, Nr. 1, für die Landeskreditkasse in Kassel eingetragene, mit 5% verzinsliche Briefgrundschuld von 5000,— DM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. Januar 1964, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

3588 Homberg, 3. 10. 1963 **Amtsgericht**

2922

F 3/63: Der Buchhalter Wilhelm Becker aus Homberg, Bez. Kassel, Ziegenhainer Straße, hat das Aufgebot zur Ausschließung der Gläubigerin der auf seinem Grundstück, eingetragen im Grundbuch von Homberg, Band 23, Blatt 684, in Abt. III, Nr. 8, für die Firma Oswald Riedel & Co. in Hannover, eingetragenen Buchhypothek von 650,— RM, gemäß § 1170 BGB beantragt.

Die Gläubigerin wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 7. Januar 1964, um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Sitzungssaal, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

3588 Homberg, 3. 10. 1963 **Amtsgericht**

2923

6 F 1/63 — **Aufgebot:** Herr Johann Georg Spindler aus Offenbach am Main, Buchrainweg 24, hat beantragt, folgende Urkunde aufzubieten:

Versicherungspolice über die bei der „Volkshilfe Lebensversicherungs AG Berlin/Köln“ bestehende Lebensversicherung Nr. Mz 25 651.

Der Inhaber dieser Urkunde wird aufgefordert, spätestens im Aufgebotstermin am Dienstag, dem 12. Mai 1964, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Offenbach (Main), Kaiserstraße 16, 1. Stock, Zimmer 26, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird das Gericht die Urkunde für kraftlos erklären.

605 Offenbach (Main), 8. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 6

2924

F 8/63 — Aufgebot: Der Landwirt Wilhelm Lissmann, Fischborn, Haus Nr. 33, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Braeunlich, Gelnhausen, hat das Aufgebot beantragt des für die Eheleute Johannes Seelig und Elisabeth Seelig geb. Schien, Fischborn, im Grundbuch von Fischborn, Band VIII, Blatt 304, eingetragenen Grundstücks

Flur 13, Flurstück 25, Gartenland, Auf alten Gasse, 6,03 Ar.

Die bisherigen bzw. jetzigen Eigentümer des Grundstücks werden aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf den 27. Dezember 1963, um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin anzumelden, da sie sonst mit ihren Rechten ausgeschlossen werden.

648 Wächtersbach, 11. 10. 1963

Amtsgericht

2925 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 817 — 16. 10. 1963: Wolfdieterich Bredemeyer, techn. Kaufmann, und Joyce Evelyn geb. Lobo, Bad Nauheim.

Durch notariellen Vertrag vom 2. September 1963 ist rückwirkend ab dem Tage der Eheschließung, am 2. August 1963, Gütertrennung vereinbart.

GR 818 — 16. 10. 1963: Hans Förster, Spenglermeister, und Irmgard geb. Hof, Rodgen, Kreis Friedberg.

Durch notariellen Vertrag vom 3. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

635 Bad Nauheim, 16. 10. 1963

Amtsgericht

2926

GR 252 — 21. 10. 1963: Eheleute Geflügelwärtter Wilhelm Alfred und Renate Ursula geb. Jahnke in Wallau (Lahn).

Durch Vertrag vom 24. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

356 Biedenkopf, 21. 10. 1963

Amtsgericht

2927

GR 1007 — 17. September 1963: Die Eheleute Hugo Fink, Fabrikant, und Lieselotte, geb. Weiß, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag v. 20. Juni 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1008 — 19. September 1963: Die Eheleute Detleff Julius Rudolf Neumann-Neurode, Kuranstaltsinhaber, und Ingeburg Berta geb. Werner, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag v. 14. Juni 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1009 — 23. September 1963: Die Eheleute Heinz Bauer, Monteur, und Inge Lore, geb. Eßwein, in Nieder-Beerbach,

(Odw.), haben durch Vertrag vom 20. Aug. 1963 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1010 — 1. Oktober 1963: Die Eheleute Hans Crössmann, Kaufmann, und Mirza, geb. Molter, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 27. August 1962 Gütertrennung vereinbart.

GR 1011 — 4. Oktober 1963: Die Eheleute Erwin Schneider, Kaufmann, und Ruth, geb. Behlert, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 17. September 1963 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 8. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 8

2928

5 GR 1135 — 16. 10. 1963: Lothar Heil, Kaufmann in Fulda, und Margarete, geb. Neumann.

Durch notariellen Vertrag vom 2. Oktober 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 1136 — 16. 10. 1963: Josef Faulhammer, Kraftfahrer in Niesig, Krs. Fulda, und Hermine, geb. Wagner.

Durch notariellen Vertrag vom 28. September 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut verwaltet der Ehemann. Die Gütergemeinschaft wird vom überlebenden Ehegatten mit den gemeinschaftlichen Abkömmlingen fortgesetzt.

64 Fulda, 16. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 5

2929

GR 97 — 6. September 1963: Schlosser Karl Pfeiffer und Ehefrau Renate geb. Pfeifer, in Hartenrod, Kreis Biedenkopf.

Durch Vertrag vom 18. April 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Das Gesamtgut wird von dem Mann verwaltet.

3568 Gladenbach, 5. 9. 1963

Amtsgericht

2930

4 GR 373 A — 16. 10. 1963: Eheleute Triebwagenführer Walter Gustav Hammann und Margret Liane geb. Schulz, Biebesheim, Albert-Schweitzer-Str. 7.

Durch Vertrag vom 23. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

608 Groß-Gerau, 16. 10. 1963

Amtsgericht

2931

GR 185: Polizeibeamter i. R. Hans Schmelter und dessen Ehefrau Maria Wallau, Bleichstraße 12.

Durch Vertrag vom 21. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6203 Hochheim (Main), 25. 9. 1963

Amtsgericht

2932

41 GR 952 — 11. 10. 1963: Kaufmann Max Artur Suden und Sybille Clara Margarete geb. Backes in Hanau haben durch Vertrag vom 1. 8. 1963 Gütertrennung vereinbart.

645 Hanau (Main), 17. 10. 1963

Amtsgericht

2933

GR 317 — 16. 10. 1963: cand. rer. oec. Christof Anselm Haas und Christa Elisabeth geb. Weil, in Limburg.

Durch Vertrag vom 25. April 1963 ist Gütertrennung ohne Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

625 Limburg, 16. 10. 1963

Amtsgericht

2934

Neueintragung

GR 706 — 15. Oktober 1963: Helmut Kühn, Studienrat, und Ruth, geb. Hölscher, beide in Marburg, Barfüßerstr. 50.

Durch notariellen Vertrag vom 8. Juni 1963 ist unter Ausschluß der Zugewinnngemeinschaft Gütertrennung vereinbart worden.

355 Marburg, 15. 10. 1963

Amtsgericht

2935

Neueintragung

GR IV Nr. 33: Bezeichnung der Ehegatten: Grassmann, Johannes, Hilfsarbeiter, und Katharine Emilie, geborene Grenz, wohnhaft in Erbach i. Odw.

Durch notariellen Ehevertrag vom 28. 8. 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

612 Michelstadt, 16. 10. 1963

Amtsgericht

2936

GR 2525 A — 1. 10. 1963: Versicherungskaufmann Karl Georg Herberz, und Margit Renate geb. Köllmann, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 3. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2526 A — 7. 10. 1963: Hans-Otto Glücklich und Hilde geb. Wagner, in Wiesbaden.

Durch Ehevertrag vom 14. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2527 A — 8. 10. 1963: Zahnarzt Valentin Volk und Ruth geb. Hackenberg, in Wiesbaden-Kostheim.

Durch Ehevertrag vom 30. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart. Die Ehefrau ist nicht berechtigt, innerhalb des häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Ehemannes zu besorgen und ihn zu vertreten.

GR 2528 A — 17. 10. 1963: Zivilingenieur Ernst Görth und Lotte, geb. Manthei, in Wiesbaden-Freudenberg.

Durch Ehevertrag vom 30. September 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

GR 2529 A — 18. 10. 1963: Kraftfahrzeughändler Ernst Bentele und Helga geb. Frommelt, in Wiesbaden-Schierstein.

Durch Ehevertrag vom 28. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

62 Wiesbaden, 18. 10. 1963

Amtsgericht

2937 Handelsregister

Neueintragung

HRA 46: Firma Montage-Bau-Neukirchen, Inh. Annemarie Hünerkopf, Sitz Neukirchen, Krs. Ziegenhain, Am Weinberg, Geschäftsinhaber: Frau Annemarie Hünerkopf, Neukirchen, Krs. Ziegenhain.

3579 Neukirchen, Krs. Ziegenhain, 4. 10. 63

Amtsgericht

2938 Vereinsregister

Veränderung

VR Nr. 4 — 25. 9. 1963: Turnverein Mengerlinghausen e. V. in Mengerlinghausen.

Kaufmann Karl Ashauer in Mengerlinghausen ist zum Vorsitzenden gewählt,

Lehrer Willi Ashauer in Mengersinghausen zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt.

3548 Arolsen, 17. 9. 1963 **Amtsgericht**

2939**Neueintragung**

VR 75 — 8. Oktober 1963: Gesangverein Sängerkunst 1864.
Sitz: Dieburg.

611 Dieburg, 8. 10. 1963 **Amtsgericht**

2940**Neueintragungen**

4 VR 226 — 14. 10. 1963: Schachclub Goddelau, Sitz Goddelau.

608 Groß-Gerau, 14. 10. 1963 **Amtsgericht**

4 VR 227 — 16. 10. 1963: Ortsgewerbeverein, Sitz Bischofsheim.

608 Groß-Gerau, 16. 10. 1963 **Amtsgericht**

2941**Neueintragung**

VR 20 — 5. Oktober 1963: Männergesangsverein 1950 Igelsbach, eingetragener Verein, Sitz: Hirschhorn (Neckar), Ortsteil Igelsbach.

6932 Hirschhorn (Neckar), 8. 10. 1963
Amtsgericht

2942**Neueintragung**

VR Nr. 32: Am 14. Oktober 1963 — Karnevalsgesellschaft 1949 Neuhof e. V. in Neuhof, Krs. Fulda.

6407 Neuhof, Krs. Fulda, 17. 10. 1963
Amtsgericht Fulda
Zweigstelle Neuhof

2943**Neueintragung**

VR 122 — 14. Oktober 1963: Sport-Club 1919 Lisperhausen, Lisperhausen.
Die Satzung ist am 18. Mai 1963 errichtet.

6442 Rotenburg (Fulda), 14. 10. 1963
Amtsgericht

2944**Neueintragung**

VR 123 — 16. Oktober 1963: Haus- und Grundbesitzerverein Bebra und Umgebung in Bebra.

Die Satzung ist am 4. Mai, 15. Juli 1963 errichtet.

6442 Rotenburg (Fulda), 16. 10. 1963
Amtsgericht

2945

VR 124 — 16. Oktober 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Weilburg (Lahn) im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau in Weilburg (Lahn).

629 Weilburg (Lahn), 16. 10. 1963
Amtsgericht

2946**Veränderung**

VR 229: Unterstützungsverein „GIMMETALL“ e. V., Krofdorf-Gleiberg: Der Name des Vereins ist geändert in Unterstützungsverein „GIESSMETALL“ e. V., Krofdorf-Gleiberg, bei Gießen.

633 Wetzlar, 9. 10. 1963 **Amtsgericht**

2947 Vergleiche — Konkurse**Beschluß**

81 N 154/56: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauunternehmers Peter Joseph Bodensohn, Frankfurt (M.)-Niederrad, Blauenstraße 19, Inhaber der Firma Bauunternehmung Bodensohn, Peter Joseph Bodensohn, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 35, wird Termin zur Beschlußfassung über die Führung von Prozessen, die Entlassung von Vermögensgegenständen aus der Masse und zur Prüfung angemeldeter Forderungen auf den 8. November 1963, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (M.), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 9. 10. 1963
Amtsgericht, Abt. 81

2948**Beschluß**

81 N 260/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ingenieurs Fritz Fock, Frankfurt (Main), Sandweg 34, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 8. November 1963, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 11. 10. 1963
Amtsgericht, Abt. 81

2949**Beschluß**

81 N 277/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Züchtereigesellschaft mit beschränkter Haftung, Aufzucht von Vieh, Vieh-Verwertung und -Handel, Frankfurt (Main), Schumannstraße 8, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Freitag, den 15. November 1963, um 9 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 15. 10. 1963
Amtsgericht, Abt. 81

2950

81 VN 7/63 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen der Firma Elbtal—Elektro—Großhandel GmbH, Frankfurt (Main), Röderbergweg 21, wird heute, am 17. Oktober 1963, um 13.30 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Der Rechtsanwalt Erich Moog, Frankfurt (Main), Eckenheimer Landstraße 38, Tel.: Nr. 55 62 01, wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Ein Gläubigerbeirat wird nicht bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf Freitag, den 29. November 1963, um 10.30 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald anzumelden. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 17. 10. 1963
Amtsgericht, Abt. 81

2951**Bekanntmachung über die Schlußverteilung**

81 N 183 63: In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 16. 4. 1963 verstorbenen, zuletzt in Frankfurt am Main, Hansa-Allee 118, wohnhaft gewesen Zahnarztes Dr. Friedrich Hartling — Az.: 81 N 183 63 AG Ffm. — soll die Schlußverteilung erfolgen.

Es steht ein Betrag von 5925,14 DM an Masse zur Verfügung. Nach Abzug der noch zu erfüllenden Masseverbindlichkeiten können die bevorrechtigten Forderungen der Klassen I I bis I/III in Höhe von 2485,83 DM voll befriedigt werden, während auf die nichtbevorrechtigten Forderungen der Klasse II mit 16882,40 DM voraussichtlich eine Quote von 10% entfallen dürfte.

Das Verzeichnis der zu berücksichtigenden Forderungen ist zum Zwecke der Einsichtnahme auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Frankfurt (Main), Abt. 81, niedergelegt.

6 Frankfurt (Main), 18. 10. 1963

Der Konkursverwalter
gez. Masche
Rechtsanwalt

2952

VN 1/63 — Vergleichsverfahren: Der Bauunternehmer Gerhard König in Groß-Umstadt, Untere Marktstraße 17, hat am 14. Oktober 1963 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der vereidigte Sachverständige Karl Polkin in Offenbach (Main), Frankfurter Straße 56—62, Tel. 82594

Gegen den Schuldner ist ein allgemeines Verkaufsverbot erlassen.

6111 Groß-Umstadt, 14. 10. 1963
Amtsgericht

2953

50 (17) N 34 57: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Autoverleihers Konrad Karl (genannt Kurt) Zufall, Lohfelden (Landkreis Kassel), An der Brücke 1, jetzt wohnhaft in Kassel, Forstbachweg 16, ist durch Beschluß vom 14. Oktober 1963 aufgehoben worden.

35 Kassel, 14. 10. 1963 **Amtsgericht**

2954**Beschluß**

5 N 18 62: Im Nachlaßkonkurs Herbert Heinz Karl Ludwig Pfeiffer, Langen, ist Schlußtermin gem. § 162 KO auf Montag, 25. November 1963, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Langen, Darmstädter Straße 27, Zimmer 15, bestimmt.

Weitere Tagesordnung: Beschlußfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke sowie Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen.

Die Vergütung des Konkursverwalters ist auf 200,— DM, seine Auslagen sind auf 62,— DM festgesetzt worden.

607 Langen, 16. 10. 1963 **Amtsgericht**

2955**Beschluß**

7 N 7 u. 12/57, 7 N 14 58: In dem Konkursverfahren über

a) das Vermögen der Firma Goldmühle Textilwerke GmbH, Goldmühle bei Hach-

born, Krs. Marburg (Lahn), und des Kaufmanns Willy C. E. Haessler, Goldmühle bei Hachborn, z. Z. wohnhaft in Marburg (Lahn), Bahnhofstraße 14 (Hotel Raab),

b) den Nachlaß der am 7. 1. 1958 verstorbenen Ehefrau Inna Haessler, geb. Fläming, zuletzt wohnhaft gewesen in Goldmühle bei Hachborn, Krs. Marburg (Lahn),

wird die Schlußverteilung genehmigt und der Schlußtermin auf den 19. November 1963, um 15 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Universitätsstraße 48, bestimmt.

Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlußfassung der Gläubiger über nicht verwertbare Vermögensstücke — uneinbringliche Außenstände — und zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses.

Die Vergütung und die Auslagen des Konkursverwalters werden wie folgt festgesetzt:

aa) für das Verfahren zu a): Vergütung 2200,— DM, Auslagen 286,90 DM,

bb) für das Verfahren zu b): Vergütung 500,— DM, Auslagen 50,— DM.

355 Marburg (Lahn), 16. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

Zwangsvolle Versteigerungen

Sammelbekanntmachung. Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

2956

Beschluß

4 K 20/62: Das im Grundbuch von Algenroth, Band 1, Blatt 2 A, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Algenroth, Flur 5, Flurst. 20, Hf. Haus Nr. 12, Größe 0,79 Ar,

soll am 16. Dezember 1963, um 8.30 Uhr, im Gerichtsgebäude Bad Schwalbach, Neustraße 12, Saal 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. 9. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Wilhelm Glaser, Algenroth.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6208 Bad Schwalbach, 11. 10. 1963

Amtsgericht

2957

Beschluß

6 K 16/62: Die im Grundbuch von Bommersheim, Band 15, Blatt 372, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Bommersheim, Flur 5, Flurstück 38/105, Lieg.-B. 781, Geb.-B. 180, Hof- und Gebäudefläche, Langestraße 124, Größe 4,62 Ar;

lfd. Nr. 3, Gemarkung Bommersheim, Flur 5, Flurstück 207, Ackerland, Hinter der Langestraße 124, Größe 0,82 Ar;

lfd. Nr. 4, Gemarkung Bommersheim, Flur 14, Flurstück 1579, Gartenland, In den Grabgärten, 5 Gew., 1,15 Ar,

sollen am 16. Dezember 1963 um 11 Uhr im Gerichtsgebäude Bad Homburg v. d. H., Dorotheenstraße 20, Zimmer 28, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Dezember 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Maurerpolier Wilhelm Karl Westenburger in Oberursel.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a, Abs. 5 ZVG festgesetzt, lfd. Nr. 1, 61 000,— DM, lfd. Nr. 2, 13 600,— DM, lfd. Nr. 3, 575,— DM, Gesamt 75 175,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

638 Bad Homburg v. d. H., 9. 10. 1963

Amtsgericht

2958

K 2/63: Das im Grundbuch von Eisenbach, Band 37, Blatt 1292, eingetragene Grundstück

Nr. 2, Gemarkung Eisenbach, Flur 29, Flurstück 51/1, Wirtschaftsart und Lage: Hof- und Gebäudefläche, Wilhelmstr. 23, Größe 0,90 Ar,

soll am 7. Januar 1964, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Camberg, Frankfurter Straße 11, Zimmer 6, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 23. April 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Der Schlosser Ernst Bös in Eisenbach, geb. am 16. 6. 1930.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6277 Camberg, 11. 10. 1963

Amtsgericht

2959

5 K 2/63: Die im Grundbuch von Fulda-Horas, Band 23, Blatt 771, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 4, Gemarkung Fulda-Horas, Flur 5, Flurstück 204/20, Ackerland, An der Liede, 53,97 Ar,

lfd. Nr. 12, Gemarkung Fulda-Horas, Flur 3, Flurstück 520/8, Hof- und Gebäudefläche, Aschenberg 1, Größe 1,67 Ar,

lfd. Nr. 13, Gemarkung Fulda-Horas, Flur 3, Flurstück 519/11, Hofraum, Aschenberg, 0,27 Ar,

lfd. Nr. 14, Gemarkung Fulda-Horas, Flur 3, Flurstück 521/11, Hof- und Gebäudefläche, Aschenberg 1, Größe 2,05 Ar, sollen am 16. Dezember 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Königstraße 38, Zimmer 24, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 22. März 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): 1. Ehefrau Maria Griffin, geb. Beier, in Georgeville, Staat New York (USA), 2. Ehefrau Rosa Müller, geb. Beier, in Kassel, 3. Bauschlosser Johann Beier in Rochester, Staat New York (USA), 4. Schlosser Josef Beier in Rochester, Staat New York (USA), 5. Ehefrau Franziska Hoffmann, geb. Beier, in Marburg, 6. Ehefrau Josefa Krause, geb. Beier, in Rochester, Staat New York (USA), 7. Frau Luise Jordan, geb. Beier, verw. Weiland, in Fulda-Horas, 8. Witwe Katharina Beier, geb. Schäfer, in Fulda-Horas, 9. Hans Ludwig Beier, geb. am 6. März 1936 in Landsberg/Lech, — zu 1. bis 9. in ungeteilter Erbengemeinschaft —

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 15. 10. 1963

Amtsgericht

2960

K 4/63: Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Semd, Band 31, Blatt 1910, eingetragene, in der Gemarkung Semd gelegene Grundstück

Flur 1, Nr. 394/5, Hof- und Gebäudefläche, Oberendstraße 34, Größe 5,61 Ar, eingetragen auf den Namen des Spenglers Hermann Georg in Semd zu $\frac{1}{2}$ und dessen Ehefrau Waltraud Barbara geb. Held, daselbst, zu $\frac{1}{2}$ am Donnerstag, dem 12. Dezember 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude in Groß-Umstadt, W.-Leuschner-Straße 44, Zimmer 4, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks ist gemäß § 74a Abs. 5 ZVG rechtskräftig auf 33 805,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolle Versteigerungen“ wird hingewiesen.

6114 Groß-Umstadt, 14. 10. 1963

Amtsgericht

2961

Beschluß

K 5/63: Die im Grundbuch von Niedermittlau, Band 39, Blatt 780, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 1, Gemarkung Niedermittlau, Flur 8, Flurstück 102, Lieg.-B. 1085, Hofraum, Feldstraße 61, Größe 0,37 Ar;

lfd. Nr. 2, Gemarkung Niedermittlau, Flur 23, Flurstück 66, Lieg.-B. 1085, Ackerland, Zwischen der Espichshecke und dem Sälzerweg, 8,96 Ar;

lfd. Nr. 3, Gemarkung Niedermittlau, Flur 8, Flurstück 507/103, Lieg.-B. 1085, Geb.-B. 14, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 61, Größe 2,19 Ar,

sollen am Freitag, dem 13. Dezember 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 11. September 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): 1. Anna Elisabeth Klehm, geb. Schmidt, Niedermittlau, 2. Rosalinde Klehm in Niedermittlau — je zur Hälfte.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt:

für lfd. Nr. 1 auf 40,— DM;

für lfd. Nr. 2 auf 350,— DM;

für lfd. Nr. 3 auf 15 500,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 11. 10. 1963 **Amtsgericht**

2962

Beschluß

K 4/63: Das im Grundbuch von Gettenbach, Band 3, Blatt 74, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 9, Gemarkung Gettenbach, Flur A, Flurstück 72/1, Bauplatz, Im Dorf = 7,86 Ar,

soll am Freitag, dem 10. Januar 1964 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude in Gelnhausen, Philipp-Reis-Straße 9, Zimmer 13, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 1. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Heinrich Reinke, Gettenbach.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 3200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

646 Gelnhausen, 16. 10. 1963 **Amtsgericht**

2963

Beschluß

K 9/62: Das im Grundbuch von Wommelshausen, Band 7, Blatt 241, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 15, Gemarkung Wommelshausen, Flur 9, Flurstück 96/33, Holzung, In der Steinheck, 95,66 Ar,

soll am 18. Dezember 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Gladenbach, Gießener Straße 27, Zimmer 11, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau des Schlossers Karl Seitz, Antonie Seitz, geb. Bastian, in Endbach-Hütte.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 900,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

3568 Gladenbach, 11. 10. 1963 **Amtsgericht**

2964

51 K 49/62: Das im Grundbuch von Ochshausen, Band 21, Blatt 667, eingetragene Grundstück,

Nr. 1, Gemarkung Ochshausen, Flur 6, Flurstück 18, Lieg.-B. 299, Hofraum und Gartenland, Leipziger Weg, 22,72 Ar,

soll am 17. Dezember 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11, (Saalbau), Zimmer 143, zur Aufhebung der Gemeinschaft, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 23. November 1962 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): a) Arbeiter Max

Biesenkamp, b) dessen Ehefrau Frieda geborene Dietz, beide in Kassel, — je zur Hälfte —.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 18. 10. 1963 **Amtsgericht**

2965

5 K 18/62: Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Amöneburg belegenen, im Grundbuche von Amöneburg, Band 39, Blatt 1393, eingetragenen, nachstehend beschriebenen Grundstücke am Mittwoch, dem 11. Dezember 1963 um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Kirchhain, Zimmer 20, versteigert werden:

lfd. Nr. 1, Flur 4, Flurstück 22, Gartenland, Die Haingasse, 11,94 Ar, Wert: 1552,— DM;

lfd. Nr. 2, Flur 12, Flurstück 6, Grünland, Unterm kleinen Born, 22,40 Ar, Wert: 1792,— DM;

lfd. Nr. 3, Flur 13, Flurstück 119, Ackerland, Im Hühnerdreck, 13,50 Ar, Wert: 1215,— DM.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist am 20. Dezember 1962 in das Grundbuch eingetragen worden.

Als Eigentümerin war damals die Ehefrau des Bäckers Ludwig Schumann, Katharina geb. Greib in Amöneburg Nr. 74, eingetragen.

Durch rechtskräftigen Beschluß des Amtsgerichts Kirchhain vom 6. Mai 1963 ist gem. § 74a ZVG der Wert der Grundstücke wie oben vermerkt festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

357 Kirchhain (Bezirk Kassel), 10. 10. 1963

Amtsgericht

2966

2 K 3/63: Das im Grundbuch von Münster, Band 52, Blatt 1360, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 7, Gemarkung Münster, Flur 10, Flurstück 858/1—6, Lieg.-B. 1611, Bauplatz, Hallwiel, 15,02 Ar groß,

soll am 18. Dezember 1963 um 10.30 Uhr im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 12. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Ehefrau Ursula Hanisch geb. Mann in Frankfurt a. M.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 37 550,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

624 Königstein (Taunus), 25. 9. 1963

Amtsgericht

2967

51 K 23/63: Die Miteigentumshälften an den im Grundbuch von Nordshausen, Band 18, Blatt 434, eingetragenen Grundstücken,

Nr. 1, Gemarkung Nordshausen, Flur 2, Flurstück 394/31, Lieg.-B. 333, Geb.-B. 188, Hof- und Gebäudefläche, Korbacher Str. Nr. 188, Größe 5,00 Ar,

Nr. 2, Gemarkung Nordshausen, Flur 2, Flurstück 682/108, Lieg.-B. 333, Geb.-B. 188,

Hof- und Gebäudefläche, Korbacher Str. Nr. 188, Größe 0,92 Ar,

sollen am 19. Dezember 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11, (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der zu versteigernden Miteigentumshälften am 17. 4. 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Fliesenleger Willi Kilian in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 21. 10. 1963 **Amtsgericht**

2968

51 K 50/63: Die Miteigentumshälfte des im Grundbuch von Harleshausen, Band 92, Blatt 2934, eingetragenen Grundstücks

Nr. 1, Gemarkung Harleshausen, Flur 3, Flurstück 37/8, Hofraum, Waldecker Str., 8,08 Ar,

soll am 7. Januar 1964, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude Kassel, Frankfurter Straße 11 (Saalbau), Zimmer 143, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer der Miteigentumshälfte am 6. September 1963 (Tag der Eintragung des Versteigerungsvermerks): Verkäufer Sigmar Apel in Kassel.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

35 Kassel, 11. 10. 1963 **Amtsgericht**

2969

Beschluß

7 K 25/63: Das im Grundbuch von Lampertheim, Bezirk Biblis, Band 72, Blatt Nr. 4061, eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Biblis, Flur 3, Flurstück 67/3, Bauplatz (jetzt Hof- und Gebäudefläche), Größe 5,17 Ar,

soll am Mittwoch, dem 18. 12. 1963, um 10.30 Uhr, im Gerichtsgebäude in Lampertheim, Zimmer 10, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 20. August 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Bohdan Figurski und Ehefrau Anni, geb. Bartl, in Biblis, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 28 900,— DM. Auf Verlangen ist Sicherheit in Höhe von 1/10 des Bargebotes zu leisten.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

684 Lampertheim, 9. 10. 1963 **Amtsgericht**

2970

Beschluß

7 K 8/63: Die im Grundbuch von Schröck, Band 13, Blatt 411 A, und Band 18, Blatt Nr. 578, eingetragenen Grundstücke

Band 13, Blatt 411 A:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Schröck, Flur 1, Flurstück 118, Ackerland, Auf dem Herzberge, 160,01 Ar.

Band 18, Blatt 578:

lfd. Nr. 91, Gemarkung Schröck, Flur 1, Flurstück 95, Ackerland, Auf dem Herzberge, 134,69 Ar;

lfd. Nr. 93, Gemarkung Schröck, Flur 2, Flurstück 47, Grünland, Im Pfuhl, 110,79 A

lfd. Nr. 94, Gemarkung Schröck, Flur 2, Flurstück 132, Ackerland, Auf der Schanze, 115,14 Ar;

lfd. Nr. 95, Gemarkung Schröck, Flur 3, Flurstück 39, Wiese und Streuwiese, Im heiligen Born, 104,18 Ar;

lfd. Nr. 96, Gemarkung Schröck, Flur 4, Flurstück 35, Ackerland, Die Hasseläcker, 117,56 Ar;

lfd. Nr. 97, Gemarkung Schröck, Flur 5, Flurstück 41, Ackerland, Das rote Feld, 116,48 Ar;

lfd. Nr. 98, Gemarkung Schröck, Flur 5, Flurstück 78, Grünland und Wiese, Die Rauwiesen, 67,05 Ar;

lfd. Nr. 99, Gemarkung Schröck, Flur 7, Flurstück 34, Grünland, Der Mauer-Wiesengrund, 78,51 Ar;

lfd. Nr. 100, Gemarkung Schröck, Flur 7, Flurstück 79, Ackerland, Das lange Feld, 177,31 Ar;

lfd. Nr. 101, Gemarkung Schröck, Flur 8, Flurstück 85, Ackerland, Im Moischer Grund, 44,40 Ar;

lfd. Nr. 102, Gemarkung Schröck, Flur 8, Flurstück 86, Acker- und Grünland, Im Moischer Grund, 263,55 Ar;

lfd. Nr. 103, Gemarkung Schröck, Flur 11, Flurstück 2, Gartenland, Rübenhecke, 11,90 Ar;

lfd. Nr. 104, Gemarkung Schröck, Flur 11, Flurstück 7, Hof- und Gebäudefläche, Die Rübenhecke, Haus Nr. 7, Größe 8,28 Ar;

lfd. Nr. 105, Gemarkung Schröck, Flur 11, Flurstück 8, Hof- und Gebäudefläche, Hausgarten, Die Rübenäcker Nr. 7, Größe 16,90 Ar;

lfd. Nr. 106, Gemarkung Schröck, Flur 11, Flurstück 9, Gebäudefläche, Rübenhecke 7, Größe 0,27 Ar;

lfd. Nr. 107, Gemarkung Schröck, Flur 12, Flurstück 44, Ackerland, Im Marktgrund, 295,98 Ar;

lfd. Nr. 109, Gemarkung Bauerbach, Flur 3, Flurstück 95/34, Acker, Die Deutschordensäcker, 40,72 Ar;

sollen am 19. Dezember 1963, um 15 Uhr, im Gerichtsgebäude, Universitätsstraße 48, Zimmer 157, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks):

- Landwirt Ludwig Joseph Nau, Schröck,
- Alloysius Peter Nau in Bauerbach,
- Elisabeth Theresia Preis geb. Nau in Bauerbach,
- Ludwig Heinrich Nau in Bauerbach, — in ungeteilter Erbengemeinschaft —.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf: 20 800,— Deutsche Mark für lfd. Nr. 1, 16 200,— DM für lfd. Nr. 91, 11 100,— DM für lfd. Nr. 93, 16 100,— DM für lfd. Nr. 94, 6250,— DM für lfd. Nr. 95, 7050,— DM für lfd. Nr. 96, 8150,— DM für lfd. Nr. 97, 4350,— DM für lfd. Nr. 98, 7850,— DM für lfd. Nr. 99, 21 300,— DM für lfd. Nr. 100, 5550,— DM für lfd. Nr. 101, 33 000,— DM für lfd. Nr. 102, 2400,— DM für lfd. Nr. 103, 27 000,— DM

für lfd. Nr. 104, 5100,— DM für lfd. Nr. 105, 100,— DM für lfd. Nr. 106, 38 500,— DM für lfd. Nr. 107, 4900,— DM für lfd. Nr. 109, zusammen: 235 700,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

355 Marburg (Lahn), 11. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

2971

7 K 36/63: im Wege der Zwangsvollstreckung soll das im Grundbuch von Mühlheim am Main, Band 70, Blatt 3225, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks (26. 8. 1963) auf den Namen Karl Heinz Koch, geb. am 3. 4. 1943 in Mühlheim (Main), eingetragene Grundstücksfünftel an dem Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Mühlheim, Flur 12, Nr. 407/6, Lieg.-B. 2564, Hof- und Gebäudefläche, Ludwigstraße 24, Größe 4,22 Ar,

am Mittwoch, dem 11. Dezember 1963, um 10 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücksfünftels wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 7000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 11. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

2972

7 K 7/63: Zum Zwecke der Aufhebung der Erben- und Bruchteilsgemeinschaft soll das im Grundbuch von Heusenstamm, Band 11, Blatt 841, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (8. 8. 1963) auf den Namen Löhrl eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 1, Gemarkung Heusenstamm, Flur 6, Nr. 33/1, Lieg.-B. 196, Hof- und Gebäudefläche, Hohebergstraße 58, Größe 4,42 Ar,

am Mittwoch, dem 11. Dezember 1963, um 8.30 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstraße 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 26 400,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 10. 10. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

2973

3 K 5/63: Die ideelle Hälfte des im Grundbuch von Schupbach, Band 18, Blatt Nr. 666, eingetragenen Grundstücks,

Nr. 2, Gemarkung Schupbach, Flur, 6 Flurstück 116, Lieg.-B. 761, Hof- und Gebäudefläche, Hauptstraße 79, Größe 1,10 Ar,

soll am 15. Januar 1964 um 10.00 Uhr im Gerichtsgebäude in Runkel, Zimmer Nr. 15, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 5. 4. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Eheleute Kaufmann Helmut Krey und Johanna geb. Fritsch in Schupbach je zur

ideellen Hälfte. Die ideelle Hälfte des Mannes soll versteigert werden.

Der Wert der ideellen Hälfte des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt worden auf 6300,— DM. (Beschluß vom 5. 9. 1963).

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistellungen“ wird hingewiesen.

6251 Runkel (Lahn), 19. 10. 1963

Amtsgericht

2974

Beschluß

K 18/62: Die im Grundbuch von Klein-Auheim (Main), Band 17, Blatt 1258, eingetragenen Grundstücke,

lfd. Nr. 1, Flur 2, Flurstück 651, Ackerland, In den Almosenäckern, 10,50 Ar;

lfd. Nr. 4, Flur 12, Flurstück 125, Grünland, Auf die Flachsrose, 2,25 Ar;

lfd. Nr. 6, Flur 3, Flurstück 528, Grünland, Auf dem Bruchstück, 5,81 Ar;

lfd. Nr. 8, Flur 10, Flurstück 350, Ackerland, Über dem Thalweg, 4,75 Ar;

lfd. Nr. 9, Flur 13, Flurstück 426, Ackerland, Auf dem alten Weg, 4,95 Ar;

lfd. Nr. 15, Flur 2, Flurstück 668, Ackerland, In den Almosenäckern, 5,38 Ar;

lfd. Nr. 16, Flur 2, Flurstück 669, Ackerland, daselbst; 3,88 Ar;

lfd. Nr. 17, Flur 2, Flurstück 670, Ackerland, daselbst, 3,88 Ar;

lfd. Nr. 19, Flur 10, Flurstück 5,96, Ackerland neben dem Talweg, Auf den Herrnanwänner, 6,56 Ar;

lfd. Nr. 20, Flur 10, Flurstück 598, Ackerland, daselbst, 3,25 Ar;

lfd. Nr. 21, Flur 4, Flurstück 524, Grünland, In den wilden Rödern, 4,31 Ar

lfd. Nr. 22, Flur 4, Flurstück 525, Grünland, daselbst, 2,50 Ar;

lfd. Nr. 23, Flur 4, Flurstück 526, Grünland, daselbst, 2,50 Ar;

lfd. Nr. 24, Flur 4, Flurstück 518, Grünland, daselbst, 3,50 Ar;

lfd. Nr. 25, Flur 4, Flurstück 519, Grünland, daselbst, 5,63 Ar,

sollen am 16. Dezember 1963 um 10.30 Uhr im Bürgermeisteramt in Klein-Auheim, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 6. 9. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Johann Heinrich Bauer in Klein-Auheim.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 17 052,— Deutsche Mark.

Kaufliebhaber haben auf berechtigtes Verlangen eines Beteiligten Sicherheit in Höhe von 10 v. H. des Bargebotes zu leisten.

6453 Seligenstadt (Hessen), 9. 10. 1963

Amtsgericht

2975

3 K 28/62 + 20/63: Die im Grundbuch von Brandobersdorf, Band 9, Flatt 313 A, eingetragenen Grundstücke,

Nr. 3, Gemarkung Brandobersdorf, Flur 1, Flurstück 3/2, Gartenland, Am Hofacker, 1,50 Ar, Wert: 300,— DM;

Nr. 4, Gemarkung Brandobersdorf, Flur 1, Flurstück 78, Grünland, Mühlweg, 6,44 Ar, Wert: 5000,— DM,

sollen am 11. Dezember 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Wetzlar, Werther Straße 2, II. Stockwerk, Zimmer 49, durch Zwangsvollstreckung, versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. 8. 1962 und 17. 5. 1963 (Tage der Versteigerungsvermerke): Eheleute Leonhard Pfaffenberger und Dora geb. Wöll, Brandobersdorf, zu je 1/2.

Beschluß

Die Werte der Grundstücke werden nach § 74a Abs. 5 ZVG auf Grund der ortsgerichtlichen Schätzung vom 27. 9. 1962 gegenüber allen Beteiligten auf die oben angegebenen Beträge festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

6330 Wetzlar, 11. 10. 1963 **Amtsgericht**

2976

61 K 15/63: Die im Grundbuch von Naurod, Band 92, Blatt 966 und Blatt 968, eingetragenen Grundstücke

Blatt 966:

Nr. 4, Gemarkung Naurod, Flur 36, Flurstück 180, Ackerland, Im Bauwald, 12,54 Ar,

Blatt 968:

Nr. 1, Gemarkung Naurod, Flur 22, Flurstück 3272, Ackerland, Auf dem Ruhrwehr, 5,16 Ar,

Nr. 3, Gemarkung Naurod, Flur 23, Flurstück 3333, Ackerland (Obstb.), An der Leinenkaut, 4,30 Ar, Ackerland, daselbst, 0,32 Ar,

sollen am 16. Dezember 1963, um 9.15 Uhr, im Gerichtsgebäude zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 27. Mai 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Blatt 966: a) Rudolf Heinrich Friedrich Diefenbach, Naurod; b) Hedwig Auguste Gerhardt, geb. Diefenbach, Nordenstadt; c) Friedrich Wilhelm Diefenbach, Naurod; d) Anna Maria Rück, geb. Diefenbach, Steinweiler; e) Elsa Furck, geb. Diefenbach, W.-Bierstadt; f) Elfriede Olesch, geb. Diefenbach, Naurod; g) Hildegard Ehrmann, geb. Diefenbach, Königshofen; h) Ewald Rudi Diefenbach, Naurod — Cäcilia Göckler, geb. Rappenecker, Naurod — in ungeteilter Erbengemeinschaft.

Blatt 968: Rudolf Diefenbach, Johanna Rappenecker, Ewald Diefenbach, Hedwig Gerhardt, Friedrich Diefenbach, Anna Diefenbach, Elsa Diefenbach, Elfriede Diefenbach, Hildegard Diefenbach, Herbert Diefenbach zu je 1/16 Miteigentumsanteil.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

62 Wiesbaden, 14. 10. 1963 **Amtsgericht**

2977

4 K 7/63: Das im Grundbuch von Quentel, Band 14, Blatt 393, eingetragene Grundstück

Nr. 1, Gemarkung Quentel, Flur 3, Flurstück 5/1, Grünland und Hutung, Im Eichberge, 83,76 Ar,

soll am 18. Dezember 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Walburger Straße 38, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 18. Aug. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Kaufmann Gerhard Bock in Kassel-Helleböhn.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 2095,— DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvollstreckungen“ wird hingewiesen.

343 Witzhausen, 14. 10. 1963 **Amtsgericht**

Anzeigenschluß

jeden Montag um

14 Uhr

für die am darauffolgenden

Montag erscheinende

Ausgabe des Staats-Anzeiger

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Dr. Schrobsdorff & Dr. Herrmann

Frankfurt/Main, Rathenauplatz 1a, Telefon 20991-7

Aufbau-Organisation, Neubau-Wohnungen,
Eigentums-Etagen, Eigenheim-Villen,
Läden, Büros, Grundstücke, Baufinanzierung



Dokumentation • Röntgenzubehör • Kinoausrüstung



Photo-Eckstein

Lieferant für statl. Verwaltungen und Behörden
Frankfurt/Main
Oederweg 28 Ruf 55 19 07

Alle Schulmöbel – Tische, Stühle für
Lehrer und Schüler, Schränke, Tafeln
und Bilderständer liefert VS. Fordern
Sie Prospekte an!

VS

Vereinigte Schulmöbelfabriken KG
Niederlassung
Frankfurt am Main Im Trutz 39

SCHULMÖBEL

FRIEDRICH BISCHOFF - DRUCKEREI

Frankfurt/M., Sophienstraße 75
Telefon 77 31 51

Wir drucken für staatliche und kommunale Verwaltungen und Behörden:
Illustration - Werkdruck - Formulare - Blocks etc.



König & Neuzath Büromöbelfabrik

Seit 1925 Lieferant für Qualitätsbüromöbel

Lieferung durch den Fachhandel

Klein-Karben bei Bad Vilbel • Telefon Sa.-Nr. 341

**Spül- und Reinigungsmittel
Fußbodenpflegemittel**

Sonderkollektion für Behörden und Großverbraucher
Schlüchtern Seifenfabrik E. HEINLEIN
Schlüchtern • Tel. 251 u. 480

TRUMPF - BÜROMASCHINEN
Büroeinrichtungen - Bürobedarf

Ernst Baums oHG., Gießen

Ruf 26 00 u. 26 34

Bahnstraße 26

2978

Andere Behörden und Körperschaften

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 16. Oktober 1963 sind die Sparkassenbücher Nr. 16-13211 lautend auf Franz Knoblauch, Ffm.-Griesheim, Espenstraße 59, Nr. 27-25012 lautend auf Frau Dr. Helga Erdniss, Frankfurt (Main), Mainkai 36, Nr. 02-33752 lautend auf Frau Martha Lippert, geb. Schunk, Frankfurt (Main), Gabelsbergerstraße 29, für kraftlos erklärt worden.

6 Frankfurt (Main), 16. Oktober 1963 Stadtparkasse Frankfurt(Main)
Der Vorstand

2979

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 15. Oktober 1963 ist das Sparkassenbuch Nr. 2 224 317 — Dr. Harald Heckmann, Kassel, Raabe-straße 9, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 15. 10. 1963 Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

2980

Aufforderung: Herr Adolf Mauder, Kassel, Diakonissenstraße 1, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 333 723 beantragt. Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 14. 10. 1963 Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

2981

Kraftloserklärung: Durch Beschluß vom 29. September 1963 ist das Sparkassenbuch Nr. 2 233 855 — Meta Menzel, geb. Schreiber, Kassel, Philosophenweg 41, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 18. 10. 1963 Stadtparkasse Kassel
Der Vorstand

2982

Aufforderung: Herr Josef Baumann, Frankfurt (Main), Freiligrathstraße 38, hat die Kraftloserklärung des auf den Namen Josef und Rosa Baumann lautenden Sparkassenbuches Nr. 01-60024 beantragt.

Der oder die Inhaber des Sparkassenbuches werden aufgefordert, binnen 3 Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

6 Frankfurt (Main), 18. 10. 1963 Stadtparkasse Frankfurt (Main)

2983 Öffentliche Ausschreibung

ESCHWEGE: Die Arbeiten zum Neubau dreier Brücken im Zuge der Umgehungsstraße Witzenhausen (B 27) bei der Ortslage Unterrieden, Bau-km 0,7 + 50, Bau-km 1,2 + 63 und Bau-km 1,7 + 51, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

Los I Feldwegunterführung l. W. = 9,75 m, l. H. = 4,50 m, Länge = 14,50 m. Erdarbeiten rd. 650 cbm, B 225 rd. 210 cbm, B 300 rd. 700 cbm, Stahlbeton B 300 rd. 150 cbm, Betonstahl rd. 21 t.

Los II Fußgängerunterführung l. W. = 2,00 m, l. H. = 2,50 m, Länge = 18,30 m, Erdarbeiten rd. 500 cbm, Stahlbeton B 300 rd. 80 cbm, Betonstahl rd. 8 t, Vorflutkanal rd. 150 lfd. m.

Gebäudereinigung Günter Schmidt

Wiesbaden · Wetzlar · Marburg · Fritzlar

Hauptbüro Wiesbaden, Postfach 1091

Telefon: Wiesbaden 41838 o. 41860 · Telefon: Marburg 6463

Los III Feldwegüberführung l. H. = 5,60 m, Breite = 9,50 m, Länge (9,00 + 19,50 + 9,00 m) = rd. 37,50 m. Erdaushub rd. 1000 cbm, Beton 225 rd. 70 cbm, B 300 rd. 190 cbm, Stahlbeton B 300 rd. 130 cbm, Spannbeton B 300 rd. 160 cbm, Betonstahl rd. 20 t, Spannstahl rd. 5 t.

Bauzeit: Los I 110 Arbeitstage; Los II 80 Arbeitstage, Los III 120 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 10. 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 20,— DM, die in keinem Falle zurück-erstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Eschwege, Postscheckkonto Ffm. Nr. 6746 oder Konto Nr. 147 bei der Kreissparkasse Eschwege mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Neubau dreier Brücken im Zuge der Umgehungsstraße Witzenhausen (B 27)“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 4. 11. 1963 beim Hess. Straßenbauamt Eschwege.

Eröffnung: Dienstag, den 26. November 1963 um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 21 Werkstage.

344 Eschwege, 17. 10. 1963 Hessisches Straßenbauamt
141 — 63b — 10 — 03

2984

DILLENBURG: Für den Neubau einer Brücke im Zuge der Landesstraße 3331 in der Ortslage von Niederhörle (Hörlebachdurchlaß) im Kreis Biedenkopf

sollen u. a. vergeben werden:

ca. 250 cbm Bodenaushub

ca. 45 cbm B 225

ca. 6 t Betonstahl I a und II a

ca. 120 qm Isolierung

ca. 120 qm Anschluß der vorh. Fahrbahn an die neue Brücke.

Bauzeit: 40 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern und werden durch die Post übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von zusammen 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstraße 5, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 6820, mit der Angabe: „Hörlebachdurchlaß im Zuge der L 3331“ zu überweisen oder dort einzuzahlen. Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht und der Einzahlungsquittung ab 21. 10. 1963 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße 16, Zimmer 8.

Eröffnung: Dillenburg, den 30. Oktober 1963, um 10 Uhr. Die Zuschlagsfrist beträgt 12 Kalendertage.

634 Dillenburg, 17. 10. 1963 Hess. Straßenbauamt
101 — 63b — 10 — 05

Vordrucke

zur

Gewerbeanmeldung A

Gewerbeummeldung B

Gewerbeabmeldung C

Die vorgeschriebenen Vordrucke A, B und C gemäß Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 19. Dezember 1961 R 3-4 B 25-1601/61 StAnz. 5/1962 S 122 halten wir vorrätig und liefern auf schriftliche Bestellung:

(1 Vordrucksatz A od. B od. C umfaßt 2 Blatt Normalpapier und 7 Blatt Dünndruckpapier)

Mindestabnahme:

5 Sätze = DM 7,50

10 Sätze = DM 13,50

25 Sätze = DM 29,50

50 Sätze = DM 48,—

100 Sätze = DM 80,—

250 Sätze = DM 180,—

zuzüglich Versandkosten.

Bei Bestellung bitten wir um genaue Angabe, wieviel Sätze vom Vordruck A, vom Vordruck B und vom Vordruck C gewünscht werden.

Verlag Kultur und Wissen GmbH

Formularabteilung

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Telefon 5 96 67

Postscheckkonto: Frankfurt (M.) 1173 37

Trinkwasser-Behälter

Abdichtungen und Schutzanstriche mit
Garantieleistung gem. VOB.

Korrosionsschutz · Sandstrahlarbeiten

FELIX GERLACH · Isoliertechnik · Wiesbaden - Walkmühle
Postfach 200 Telefon (06121) 44239

Sonderdruck 40/62**Inhalt:**

**Durchführung des Bundesbaugesetzes
Richtlinien für die Aufstellung von Bauleitplänen
— Bauleitplan-Richtlinien —**

Stückpreis 1,20 DM und —,20 DM Versandkosten
Lieferung bis zu 5 Exemplaren nur gegen Vorauszahlung auf
das Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 143 60, Verlag
Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden. Auf dem Einzahlungsabschnitt Bestellung genau bezeichnen.

Staats-Anzeiger, Wiesbaden,

Herrnmühlgasse 11 A — Telefon Sammel-Nr. 5 96 67

**Für staatliche und kommunale
Verwaltungen und Betriebe**

Druck-, Schreib-, Rotaprint- und
Durchschlagpapiere
Kartei- und Aktendeckelkarton
Zeichen- und Transparenzpapiere
feine Büttenspapiere

DRISLER & Co

6000 Frankfurt am Main-Hausen, Postfach 88
Telefon Sammel-Nr. 770006 · FS: 0413128

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,— und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.
Verlag: Verlag Kultur und Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druck- und Verlagshaus Chmielorz, Wiesbaden.
Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.
Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,— und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages (siehe unten).
Anzeigenschluß: 7 Tage vor Erscheinen, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962. Umfang der Ausgabe 32 Seiten.

2985

Bei der Gemeinde Niederhöhnstadt am Taunus, Landkreis Maintaunus, Ortsklasse A, ist die Stelle des

hauptamtlichen Bürgermeisters

neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach der Gruppe W 4 des Wahlbeamten-Besoldungsgesetzes vom 20. 10. 1953 und den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Gemeinde Niederhöhnstadt hat 3100 Einwohner und ist eine aufstrebende Gemeinde mit größeren Bauvorhaben (Kanalisation, Schulerweiterungsbau, Kläranlage usw.).

Die Bewerber müssen gute Allgemeinbildung sowie entsprechende Kenntnisse und Erfahrungen für den Verwaltungsdienst besitzen und sollen möglichst nicht weit über 40 Jahre alt sein.

Schriftliche Bewerbungen mit lückenlosem Lebenslauf und Nachweis über die bisherige Tätigkeit, beglaubigte Zeugnisabschriften sind bis spätestens 22. November 1963 an den Vorsitzenden des Wahlausschusses, Otto Engelhardt, 6231 Niederhöhnstadt (Taunus), Schwalbacher Straße 1, zu richten.

Der Umschlag ist mit dem Kennwort „Bürgermeisterbewerbung“ zu versehen. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung. Der Wahlausschuß

A. W. BECKER & SOHNE K.G.

Textil-Großhandlung

Wiesbaden, Taunusstraße 52, Tel. 20987

Lieferant vieler staatlicher und kommunaler Behörden.
Fordern Sie bitte unverbindliche bemusterte Angebote an.

Vereinigte Papierwarenfabriken GmbH.

Frankfurt/Main, Hauptgüterbahnhof
Ladestraße III, 9–11, Telefon 331573

.. die Lieferanten für
Briefhüllen und Versandtaschen

ZINTGRAFF OHG

Wiesbaden
Neugasse 17

Tel. 59588

Ihr Lieferant für:

Öfen, Gas-, Kohle-, Elektroherde, Kühlschränke,
Waschmaschinen, komplette Kantinen-Einrichtungen
HY-10 & THURINGIA, Papier- u. Abfallverbrenner

Verlangen Sie bitte Angebot!

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen
GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

14360

2986

WIESBADEN: Die Arbeiten zur Herstellung einer geteilten Ortsdurchfahrt im Zuge der B 275 in Idstein, von Bau-km 0,000 bis 0,330, sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:
ca. 1000 cbm Erdbewegung,
ca. 900 cbm Frostschutzkies einbauen,
ca. 1800 qm Unterbau und 7 cm Asphaltbetondecke.
Bauzeit: 60 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 10. 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen abgeholt oder durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für 2 Ausfertigungen in Höhe von 3,- DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Wiesbaden, Postcheckkonto Ffm. Nr. 6830 zugunsten des Hess. Straßenbauamtes Wiesbaden, unter Angabe des Kennwortes: „Richtungsfahrbahn in Idstein im Zuge der B 275“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 2. 11. 1963 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 43.

Eröffnung: Im Hess. Straßenbauamt Wiesbaden, Klopstockstraße 6, Zimmer 13, am 12. November 1963 um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 14 Werktage.

62 Wiesbaden, 16. 10. 1963

Hessisches Straßenbauamt
140 - 63a - 06 - 05

2987

DARMSTADT: Die Arbeiten zum Ausbau der Kreisstraße 188 zwischen Jügesheim und Hainhausen sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:
4500 cbm Erdarbeiten
3700 t Mineralbeton
7000 qm Asphaltbinder und Asphaltfeinbeton
1500 lfd. m Bordsteine und Nebenarbeiten.
Bauzeit: 70 Arbeitstage.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort angefordert werden; sie werden dann portofrei übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,- DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postcheckkonto 35599 beim Postcheckamt Frankfurt (Main) mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen K 188, Jügesheim-Hainhausen“.

Eröffnung: Dienstag, den 5. November 1963 um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werktage.

61 Darmstadt, 16. 10. 1963

Hessisches Straßenbauamt
309 - 63a - 06 - 05

Günstige langfristige Darlehen für Beamte a. L.

bis 15000,- DM - 6 1/2 % Jahreszinsen ohne
übliche Raten, Laufzeit bis zu 20 Jahren.

- Steuervorteile
- Versicherungsschutz
- Restschuld-Ablösung

Kostenlose Beratung durch
TH. FRANKENBERG, 65 Mainz, Postfach 499

Fernruf: 33250

2988

MARBURG (LAHN): Das Hessische Straßenbauamt Marburg hat unter ausdrücklicher Beschränkung auf anerkannte Fachfirmen des Brückenbaues den Neubau des Überführungsbauwerkes über die verlegte B 253 und die eingleisige Bundesbahn Frankenberg (Eder)-Hallenberg (Ortsverbindung Allendorf/Eder-Rennertehausen) (Bauwerk IV) in öffentlicher Ausschreibung zu vergeben.

Es handelt sich um eine vierfeldrige Brücke der Klasse 60 nach DIN 1072 mit Regelquerschnitt 10,5 und einer Gesamtlänge von rd. 80 m. Die einzelnen Öffnungen sind 12,5 - 27 - 27 - 12,5 m. Der Ausschreibungsentwurf sieht zwei Spannbeton-Hohlkastenträger mit querspannter Fahrbahnplatte vor. Der Auftragnehmer ist ermächtigt, einen Sonderentwurf in Spann- oder Stahlbeton einzureichen. In allen Fällen ist der Überbau als Pauschale anzubieten.

Die Arbeiten umfassen im wesentlichen:

- ca. 400 cbm. Erdarbeiten
- ca. 800 lfd. m Pfahlgründung
- ca. 420 cbm Stahlbeton
- Überbau in Spannbeton als Pauschale,
- Isolierungs- und Asphaltarbeiten
- sowie alle Nebenarbeiten einschließlich Statik und Ausführungszeichnungen.

Bewerber, die Angebotsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, dies dem Hessischen Straßenbauamt 355 Marburg (Lahn), Ketzertbach 11, ab sofort mitzuteilen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für die Verdingungsunterlagen in Höhe von 25,- DM ist beizufügen. Einzahlung bei der Staatskasse Marburg (Lahn), Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6758.

Eröffnungstermin: Dienstag, den 19. November 1963 um 11 Uhr im Büro des Hessischen Straßenbauamtes Marburg (Lahn), Ketzertbach 11, Zimmer 31.

355 Marburg (Lahn), 15. 10. 1963


Hessisches Straßenbauamt
63 b - 08 - 03 - Kri

Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe

Sonderdruck
33/59
Öltankrichtlinien
Stückpreis DM 1,-
u. DM -.20 Versandkosten
zu beziehen
gegen Voreinsendung des
Betrages vom
Staats-Anzeiger
62 Wiesbaden,
Herrnmühlgasse 11A

Dipl.-Ing. Rüd. Groll
BAUBERATUNGSGESELLSCHAFT M. B. H.
FRANKFURT AM MAIN
MÜNCHENER STR. 12 - RUF. 331412
**PLANUNG - BERATUNG
FÜR
STADT - GEMEINDE - INDUSTRIE**
WASSERVERSORGUNG · KANALISATION · ABWASSERREINIGUNG

Gebrüder Sorg
Holz bau werke
Baracken-, Hallen-
und Fertighausbau
6361 Gemünden/Taunus
Kreis Usingen
Tel. Rod a. d. Weil 06083-341
od. 289
639 USINGEN/Ts. Tel. 06081-681
6292 WEILMÜNSTER/Ts.
Tel. 06472-247

Fragen Sie uns bei Beleuchtung von Straßen

Verwaltungsgebäuden
Schulen
Sportstätten
Gebäudeanstrahlung
G. Schanzenbach & Co. GmbH. - Frankfurt/Main W 13

August May
Bagger- und Raupenbetrieb
Schwer-Flüssigkeitstransporte · Öltankverlegung
Transporte - Sand und Kies
Frankfurt/M. · Arnsburger Str. 58-62 · Tel. 435274-494338

Gebr. **Schinkel** OHG.
ELEKTROBAU HOCH- UND NIEDERSpannungsanlagen
WIESBADEN Fabrikation med. Leuchten · Einzelhandel in Radio- u. Elektrogeräten
Wiesbaden-Erbenheim, Mainzer Straße 1 · Fernruf 74324

PETER Kraftschuur
AUTOZUBEHÖR GROSSHANDEL WERKZEUGE
WIESBADEN · RÜDESHEIMER STRASSE 4
TELEFON 42357, 42358 · FERNSCHREIBER: 04 83885

Josef Urbach - Seilerei
Wiesbaden, Kaiser-Friedrich-Ring 61
Telefon 43561
Fachgroßhandlung in Hanf- und Drahtseilen, Verpackungsfäden
aller Art, Weiß- und Dichtungsstricken - Import von Dichtungshäfen



Europa

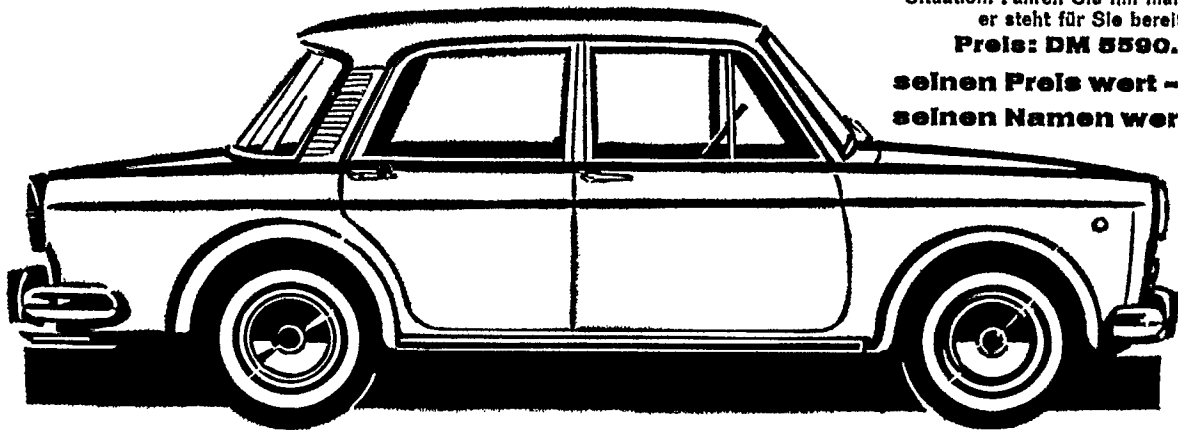
Ihr bestes Stück



Nicht ohne Grund heißt er EUROPA. Es gibt keinen bezeichnenderen Namen für ihn. Vollkommen. Großzügig. Gut durchdacht. Er bietet mehr: Vier Türen. Eine umklappbare Rückenlehne - für großes Gepäck. 48 PS hat er unter der Haube. Sie kommen aus 1221 ccm. Das sorgt für die nötige Elastizität in jeder Situation. Fahren Sie ihn mal - er steht für Sie bereit.

Preis: DM 5590.-

**seinen Preis wert -
seinen Namen wert**



FIAT-WERKSHÄNDLER IN HESSEN

643 Bad Hersfeld, Homberger Str. 16-20, Tel. 29 69 Willi Wetterau	6141 Gadernheim (Odenwald) Nibelungenstr. 156, Tel. (0 62 54) 288 Ernst Reimund	6115 Münster b. Dieburg Darmstädter Str. 51, Tel. 471 Karl Schadt & Söhne
638 Bad Homburg v. d. H., Saalburgstr. 55, Tel. 2 21 43 Autohaus Helmut Schenk	6309 Gambach b. Butzbach Butzbacher Str. 4, Tel. 30 38 Autohaus Metzger	3578 Treysa, Wierastraße 3, Tel. 2334 Autohaus Kohl, Inh. Georg Dickhaut
6842 Bürstadt (Ried), Nibelungenstr. 197, Tel. 63 00/63 05 Auto-Lausecker OHG	3501 Heiligenrode/Kassel, Kasseler Str. 113, Tel. Kassel (05 61) 5 93 56 Autohaus Brill	629 Weilburg (Lahn), Frankfurter Str. 52, Tel. 547 Wilhelm Nürnberger
6 Frankfurt (Main), Rheingauallee 33, Tel. Sa.-Nr. 77 64 44 Josef Heuler KG	3569 Holzhausen/Hünstein, Kreis Biedenkopf, Tel. 136 Wilhelm Schmidt	633 Wetzlar, Leitzstr. 39-41, Tel. 26 71 August Frech
6 Frankfurt (Main), Hanauer Landstr. 121, Tel. 4 05 16 Krupp Kraftfahrzeuge Frankfurt/M. GmbH	3588 Homberg, Bez. Kassel, Ziegenhainer Str. 9, Tel. 23 61 Heinrich Ulrich	62 Wiesbaden, Friedrichstr. 8, Tel. 2 93 64 und 2 88 60 Rudolf Marschall KG
6230 Frankfurt (Main)-Zeilsheim, Hofheimer Str. 5/7, Tel. 31 36 32 Fahrzeughaus Theobald	6418 Hünfeld (Hessen), Fuldaer Berg 46, Tel. 205 Joseph Lehmer	62 Wiesbaden, Mainzer Str. 174 Tel. 7 44 93 und 7 60 95 Auto-Transit GmbH
623 Frankfurt (Main)-Höchst, Kurmainzer Straße 59, Tel. 31 66 22 Josef Fiedler	35 Kassel-Bettenhausen, Leipziger Str. 129, Tel. 55 01/57 21 Autohaus Fitsch	62 Wiesbaden-Dotzheim, Rheinstr. 10, Tel. 4 08 84 August Schütz
636 Friedberg (Hess.), Am Bahnhof, Tel. 59 00	625 Limburg (Lahn), Auto-Zubringer Nord, Tel. 27 38 Martin Klein & Co., Inh. Willi Gresser	62 Wiesbaden-Schierstein, Rheingastr. 28, Ausstellungsraum Bismarckring 11, Tel. 6 66 14 Bentele & Sohn
6473 Gedern, Krs. Büdingen, Am Bahnhof Auto-Ulrich	355 Marburg (Lahn), Rosenstr. 12, Tel. 22 03 Hans Kaletsch	343 Witzenhausen, Am Eschenbornrasen 9, Tel. 389 August Leunig jr.
6451 Froschhausen üb. Hanau, Tel. Amt Seligenstadt 565 Offenbacher Landstr. 40 Gebr. Sticksel OHG		

DEUTSCHE FIAT-AKTIENGESELLSCHAFT

Zweigniederlassung Frankfurt (Main), Mainzer Landstraße 581 und Neue Mainzer Straße 33-35 · Telefon Sa.-Nr. 383641